

DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP
und Eberhard Welty OP

Nr. 5/2021 Oktober 75. Jahrgang

Editorial

Wolfgang Ockenfels,
Unter Verdacht 322

Stefan Hartmann, Naturrecht als „Aufhalter“
des Relativismus. Papst Benedikts Rede 324

Manfred Spieker, Das Gefängnistagebuch
von George Kardinal Pell 341

Felix Dirsch, Die liberale Demokratie und
ihre populistischen Kritiker 355

Peter Hoeres, Die Realität der Pressefreiheit 368

Bericht und Gespräch

Marc von Knorring, Lähmender Zeitgeist 377

Peter Gullo, Gustav Schnürer und die
Kulturgeschichte 384

Hans-Peter Raddatz, Von der Transformati-
on zum „Reset“. Ein moderner Kulturkampf 387

Herausgeber:
Institut für
Gesellschaftswissenschaften
Walberberg e.V.

Redaktion:
Wolfgang Ockenfels OP (verantw.)
Wolfgang Hariolf Spindler OP

Redaktionsbeirat:
Stefan Heid
Martin Lohmann
Herbert B. Schmidt
Manfred Spieker
Horst Schröder
Johannes Zabel OP

Redaktionsassistentin:
Andrea Wieland

Druck und Vertrieb:
Verlag Franz Schmitt, Postf. 1831
53708 Siegburg
Tel.: 02241/64039 – Fax: 53891

Die Neue Ordnung erscheint alle
2 Monate

Bezug direkt vom Institut
oder durch alle Buchhandlungen
Jahresabonnement: 25,- €
Einzelheft 5,- €
zzgl. Versandkosten

ISSN 09 32 – 76 65

Bankverbindung:
Darlehnskasse Münster
IBAN: DE70 4006 0265 0017 0202 00
BIC: GENODEM1DKM

Anschrift:
Redaktion und Institut:
Simrockstr. 19
D-53113 Bonn
e-mail: ifgwb@t-online.de
redaktionno@aol.com
Tel.: 0228/21 68 52
Fax: 0228/22 02 44

Unverlangt eingesandte Manuskripte und
Bücher werden nicht zurückgeschickt.
Verlag und Redaktion übernehmen keine
Haftung

Namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck, elektronische oder photome-
chanische Vervielfältigung nur mit
Genehmigung der Redaktion

<http://www.die-neue-ordnung.de>
<http://www.youtube.com/>
[http://www.facebook.com/
institutwalberberg/](http://www.facebook.com/institutwalberberg/)

Unter Verdacht

Habense was zu verbergen? Und was haben Sie, gerade Sie, zu verbergen? Penetrant-indiskrete Fragen wie diese werden uns fürsorglich um die Ohren gehauen – wie es früher nicht einmal und gerade nicht die Beichtväter fertigbrachten. Deren dezent-verständnisvolle Art wurde zunehmend durch psychologisierende Pädagogen beiderlei Geschlechts ersetzt, denen aber die Diskretion des Beichtgeheimnisses abgeht. Denn es gilt ja das Prinzip der Öffnung „nach allen Seiten“, also einer Offenheit und Öffentlichkeit, die keine Grenzen mehr kennt und auch das Privateste noch ausplaudern soll.

Hier regt sich der naheliegende Verdacht, eine Öffentlichkeit, die massenwirksam durch „die Medien“ verkörpert wird, könnte alles, was ihr als „politisch“ erscheint, auch rechtlich erzwingbar regulieren. Wenn aber „alles politisch“ ist oder werden soll, wie uns besonders die 68er Ideologen lehrten, landen wir bei einem totalitären Nachlaß der Aufklärung, die ja nicht nur personale Freiheitsideen beförderte. Zum Erbe dieser „modernen Freiheitsgeschichte“ gehören leider auch die schlimmsten diktatorisch-totalitären Herrschaftsformen der nachfolgenden Jahrhunderte. Aus diesen Erfahrungen formte sich – vielleicht etwas verspätet – eine ambivalente Kultur des Mißtrauens, der Kritik und des Verdachts. Und zwar gerade auch denen gegenüber, die ihr säkular-religiöses Vertrauen auf eine innerweltliche Erlösungspolitik der Konstruktion eines „neuen Menschen“ als Subjekt der „neuen Gesellschaft“ richteten. Hierauf bezog sich die realistische und zugleich naturrechtliche Position der C-Parteien, die ihre Kritik an sozialistischen wie liberalistischen Ideologien deutlich markiert haben – und jetzt in ihrer Verschwommenheit überflüssig zu werden scheinen.

Inzwischen wird der Verdacht zur Gewißheit: Je stärker sich das Öffentliche – besonders das Öffentlich-Rechtliche in Verbindung mit den wuchernden Internet-Foren und den staatlich subventionierten „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) – über das Persönliche und Private hermacht, desto mehr muß man sich in acht nehmen vor einem Denunziantentum, das sich nicht einmal die Mühe macht, öffentlich begründete Positionen einer rationalen Kritik zu unterziehen. Wer sich vor diesen politischen, also vor allem partei- und kirchenpolitisch beliebigen Anklagen noch öffentlich wirksam verteidigen will, muß über eine geistig-moralische Freiheitsliebe verfügen, die sich auch durch finanzielle Unabhängigkeit sichern läßt. Darum genießen Rentner, Pensionäre und Emeritierte die höchste Form der bürgerlichen Freiheit. Und den Zölibatären konnte man (jedenfalls im „Dritten Reich“) nicht mit der Drohung kommen: Seien Sie bloß vorsichtig, Sie haben doch Frau und Kinder! *Joachim Fest* hat zu diesem düsteren Kapitel einen bemerkenswerten familienbiographischen Text verfaßt, der das biblische „Et si omnes, ego non“ zu einer aktuellen Bedeutung verhilft.

Gelegentlich wird man sogar von guten Freunden mit indiskreten Fragen behelligt wie etwa: Bist du schon geimpft? Und welche Partei hast Du gewählt? Beide Fragen sind bisher nicht Gegenstand der Beichte gewesen und sind, vor allem wenn sie per *email* beantwortet werden sollen, nicht mehr vertraulich, sondern öffentlich - und können einige unangenehme Reaktionen nach sich ziehen. Denn das Internet kennt keine Grenzen der Diskretion und auch nicht der Scham, es darf auch nichts vergessen, weshalb es sich nicht als Ersatz für den Beichtstuhl empfiehlt.

Die systematische Neugier einer altgewordenen Neuzeit wird ein wenig befriedigt, wenn sich journalistisch verwöhnte Zeitgenossen den empirisch verfügbaren Umfrageergebnissen zuwenden. Denen ist aber auch nur eingeschränkt zu trauen, weil sie kaum auf die Bedingungen und Grundlagen ihrer Erkenntnisse schließen lassen. Die „Forschungsgruppe Wahlen“ stellte hinsichtlich der jüngsten Bundestagswahl fest: „Von den Katholiken machten rund 35 Prozent ihr Kreuz bei der Union (2017: 44 Prozent), von den Protestanten waren es 24 Prozent (2017: 33 Prozent)“. Ein ökumenisch einträchtiger und nachhaltiger Niedergang, der besonders die „Kirchenleitungen“, die sich in Loyalität zur langjährigen *Merkel*-Politik gegenseitig übertrafen, nachdenklich stimmen sollte, zumal sich ihr eigener Abstieg bestens mit dem der C-Parteien verbindet, die sich ihre Existenzkrise selber zuzuschreiben haben.

Laut vorläufigem amtlichen Endergebnis kam die „Union“ auf 24,1 Prozent der Stimmen, also auf ein desaströses Ergebnis, zu dem man sie nur beglückwünschen könnte, wenn es ihr danach wenigstens gelänge, sich einmal den Bedingungen und Gründen ihres eigenen Untergangs zu widmen. Den C-Parteien blieb eine selbstkritische Analyse von Programm und Praxis bisher erspart – dank Frau *Merkel*, die als „Mutti“ geradezu heiligmäßig verehrt wurde. Die nachgeborenen Historiker werden genug damit zu tun haben, den familien-, migrations- und energiepolitischen Opportunismus von seinen konkreten nachhaltigen Folgen her zu beurteilen. Vorseilende Kritik an den wahrscheinlichen Folgen der vermeintlichen „C“-Politik wurde freilich systematisch abgewimmelt. Hier erweist sich die Zukunftsbesessenheit von sehr kurzfristigen Interessen, denen die Tradition, die überlieferte Normativität und die Geschichtserfahrung ziemlich egal sind, als Vollstrecker einer zeitgeistbeflissenen Gemeinschaft mit beschränkter Haftung. Die Unionsparteien haben eine Menge Fragen zu beantworten.

Aber was haben Sie persönlich und privat zu verheimlichen, und was haben Sie politisch zu verbergen? Man wird ja noch fragen dürfen. Aber muß man auch auf in Frageform gekleidete Unterstellungen antworten? Viele von staatswegen gestellte Fragen verdrehen die Rechenschafts- und Beweispflicht der nachweisbaren rechtlichen Schuld in die bloß insinuierte „moralische“ Schuld der Beschuldigten. Und viele sollen ihre eigene Unschuld beweisen. Diese juristische Beweisumkehr hat es nicht einmal zur Zeit der Inquisition gegeben. Vielleicht landen wir wieder bei den „Gottesurteilen“, die diesmal von „den Medien“ gefällt und zugleich exekutiert werden. Bloß ein Verdacht?

Wolfgang Ockenfels

Naturrecht als „Aufhalter“ des Relativismus

Zur Bundestagsrede Papst Benedikts XVI. vor zehn Jahren

**„Gäbe es kein von Natur Rechtes,
so könnte man über Fragen der Gerechtigkeit gar nicht sinnvoll streiten.“¹**

„Zurück zur Natur“ – so lautete eine *Jean-Jacques Rousseau* in den Mund gelegte Parole. Die Natur sei ursprünglich gut, Kultur und Zivilisation dagegen hätten den Menschen sich selbst entfremdet. Daraus ergebe sich auch eine neue Sicht des menschlichen Miteinanders, das sich in einem „Gesellschaftsvertrag“ (*Contrat social*) ausdrücklich formuliere². Das Böse und die theologische Realität einer „Ersünde“, die die ursprünglich gute menschliche Natur verwundet hat, wird bei *Rousseau* wie bei vielen modernen Theologen verdrängt³. Natur ist und hat ein weites Feld, weit mehr als „Naturwissenschaften“ in ihrem pragmatischen Materialismus und methodischen Atheismus erfassen können.

Der neuzeitliche Begriff der Natur „meint das unmittelbar Gegebene; die Gesamtheit der Dinge, bevor der Mensch etwas an ihnen tut; den Inbegriff der Energien und Stoffe, Wesenheiten und Gesetzlichkeiten“ (*Romano Guardini*)⁴. Vom allgemeinen Begriff der Natur⁵ ist noch einmal die personale Natur des Menschen zu unterscheiden, vom Natürlichen das Künstliche.

Natur ist nicht nur ein Vorhandensein, sondern auch eine evolutionär-teleologische Wirklichkeit, die im menschlichen Bewußtsein eine Krönung erfährt. Theologisch ist das Gegenüber der Natur die Realität der Gnade, des „Übernatürlichen“, das leider von der gegenwärtigen akademischen Theologie weitgehend verdrängt wird. Trotz der Kritik durch eine „nouvelle théologie“ (etwa bei *Henri de Lubac SJ*) macht der theoretische Begriff einer „natura pura“ (etwa bei *Réginald Garrigou-Lagrange OP*) logisch und theologisch Sinn.

Gnadenstreitigkeiten zwischen Dominikanern und Jesuiten gingen in der katholischen Kirche immer unentschieden aus. Es kommt heute hinzu, daß Natur zunehmend ökologisch in ihrer Gefährdung wahrgenommen wird, ob in der Umweltverschmutzung, beim Klimawandel oder als Produzent von Viren. Sie steht als Schöpfung, „Erde“ und „gemeinsames Haus“ im Zentrum der von Papst *Franziskus* 2015 veröffentlichten Enzyklika „Laudato si“ und seines apostolischen Schreibens zur Amazonien-Synode 2019.

Papst *Benedikt XVI.* sprach sogar wiederholt, auch in seiner Bundestagsrede, von einer „Ökologie des Menschen“, die die nicht zu manipulierende menschliche Natur zu achten und ihr gerecht zu werden hat. *Harald Seubert* (Basel) hat diesen „geworfenen Entwurf“ einer tiefen Analyse unterzogen⁶.

Die Vernunft ist Teil der menschlichen Natur und kann unabhängig von jeder göttlichen Offenbarung natürliche Rechte und Werte erkennen. *Romano Guardini* hielt fest: „Natur‘ meint auch einen Wertbegriff, nämlich die für alles Erkennen und Schaffen verbindliche Norm des Richtigen, Gesunden und Vollkommenen, eben das ‚Natürliche‘“⁷. Diese Norm ist vernünftig erkennbar entsprechend dem *Paulus*-Wort „Wenn Heiden, die das (jüdische) Gesetz nicht haben, von Natur aus das tun, was im Gesetz gefordert ist, so sind sie, die das Gesetz nicht haben, sich selbst Gesetz. Sie zeigen damit, daß ihnen die Forderung des Gesetzes ins Herz geschrieben ist“ (Röm 2, 14f). Konfessionsübergreifend und weltanschaulich neutral ist die Natur dann im „Naturrecht“⁸ der abendländischen Tradition der „*philosophia perennis*“ Bezugspunkt des ethischen Sollens. Griechische Philosophie, besonders der Stoa, römisches Recht und jüdisch-christlicher Glaube begründen das Naturrechtsdenken.

Josef Pieper stellt in seinem Buch „Die Wirklichkeit und das Gute“ (München 1949) die „These“ auf: „Alles Sollen gründet im Sein. Die Wirklichkeit ist das Fundament des Ethischen. Das Gute ist das Wirklichkeitsgemäße. Wer das Gute wissen will, der muß seinen Blick richten auf die gegenständliche Seinswelt. Nicht auf die eigene ‚Gesinnung‘, nicht auf das ‚Gewissen‘, nicht auf ‚die Werte‘, nicht auf eigenmächtig gesetzte ‚Ideale‘ und ‚Vorbilder‘. Er muß absehen von seinem eigenen Akt und hinblicken auf die Wirklichkeit.“⁹ Dazu zitiert *Pieper* als Motto das *Goethe*-Wort: „Im Tun und Handeln kommt alles darauf an, daß die Objekte rein aufgefaßt und ihrer Natur gemäß behandelt werden.“¹⁰

Maßgebliche Vertreter des Naturrechtsdenkens

Bevor *Joseph Ratzingers/Benedikts XVI.* Haltung zum Naturrecht betrachtet wird, seien einige repräsentative Vertreter des thomasischen Naturrechtsdenkens aufgeführt. Das Naturrecht ist unabhängig vom religiösen Glauben oder einer christlichen Konfession, stammt aus dem vorchristlichen antik-griechischen Denken und kannte zunächst noch keine Verurteilung der Sklaverei. Auch das Neue Testament ist da zurückhaltend und mahnt die Sklaven gute Sklaven, die Herrn gute Herren zu sein (1 Petr 2,18-21; Eph 6,5-8; 1 Kor 7,20f; 1 Tim 6,1f). Später werden gerade das katholische Christentum und die Lehre der Päpste zusammen mit Aufklärern zum Ende der Sklaverei beitragen¹¹. Vertreter des Naturrechts, die auch als Vertreter der Menschenrechte argumentieren, haben die Entwicklung gestützt und begründet¹².

Dabei gründet das Naturrecht nicht auf göttlicher Offenbarung, sondern auf der Natureinsicht der menschlichen Vernunft, wie neben *Thomas von Aquin*¹³ auch die protestantischen Rechtsgelehrten *Hugo Grotius* und *Christian Thomasius* sowie die Glaubenskonstitution „*Dei Filius*“ des Ersten Vatikanums übereinstimmend lehrten. Dabei geht es in der abendländischen Tradition nicht um eine Ideologie oder einen „Überbau“, sondern um Recht und Gerechtigkeit¹⁴. Neben den Sozialenzykliken der Päpste seit *Leo XIII.* verbindet sich im 20. und frühen 21. Jahrhundert im international rezipierten deutschen Sprachraum das katholische Naturrechtsdenken vor allem mit den Namen folgender Gelehrter:

Gallus M. Manser OP (1866-1950), Philosophieprofessor an der von Dominikanern getragenen Universität Fribourg, ist Verfasser des Klassikers „Das Wesen des Thomismus“ (1932) und tritt in thomistischer Tradition für die bleibende Bedeutung des Naturrechts ein, vor allem in seiner noch während des Zweiten Weltkrieges erschienenen Schrift „Das Naturrecht in thomistischer Beleuchtung“ (Fribourg 1944).

Er setzt sich mit dem polemischen Naturrechtskritiker *Karl Bergbohm* (1849-1927) auseinander und sieht im „Voluntarismus“ den größten Feind des Naturrechts. *Manser* spricht von der „Unveränderlichkeit des Naturrechts“ und sieht als dessen Fundamentalprinzip die *Thomas von Aquin*-Maxime „Das Gute ist zu wollen, das Böse zu meiden“ (I-II 94,2).

Johannes Messner (1891-1984), Professor für Ethik und Sozialwissenschaften an der Universität Wien, gilt international durch sein Standardwerk „Das Naturrecht“¹⁵ als der Nestor der katholisch geprägten Naturrechtslehre¹⁶. Für ihn ist das Menschen- und Gesellschaftsbild Voraussetzung für jede Soziallehre.

Dank der katholischen Erbsündenlehre, in der es nicht wie bei *Martin Luther* nur noch eine „natura corrupta“ gibt, ist „unsere Naturrechtslehre gleichweit entfernt von einem einseitigen Pessimismus wie von einem einseitigen Optimismus in der Deutung der Menschennatur“¹⁷. Aus der Erbsündenrealität ergibt sich immer wieder die soziale Frage, mit der die personale Freiheit des Menschen nach den Grundprinzipien der Subsidiarität, Solidarität und des Gemeinwohls in der wirtschaftlich-sozial-politischen Wirklichkeit zu ringen hat. *Messner* hat dabei auch stets die natürliche Realität von Ehe und Familie¹⁸ vor Augen.

Arthur Fridolin Utz OP (1908-2001)¹⁹, ein gebürtiger Basler, promovierte in Moraltheologie und begründete seinen wissenschaftlichen Ruf durch den *Thomas*-Kommentar im Band 18 der Deutschen *Thomas*-Ausgabe „Recht und Gerechtigkeit“ (1953; überarbeitet und ergänzt 1987). Seit Ende 1945 bekleidete *Utz* an der philosophischen Fakultät der Universität Fribourg den neugegründeten Lehrstuhl „Ethik und Sozialphilosophie“. Er gab (zusammen mit *Josef Groner OP*) Dokumente zur Soziallehre Papst *Pius' XII.* heraus, veröffentlichte eine mehrbändige am Naturrecht orientierte „Sozialethik. Mit internationaler Bibliographie“ (1960-1980) und konnte im Jahr 2000 eine fünfbandige „Sozialethik“, die sich von einer bloßen Individualethik abhebt²⁰, als sein Hauptwerk abschließen.

Utz bildete als „Nestor der christlichen Sozialethik“ eine internationale Schule und war auf vielen akademischen Plattformen präsent. Seine Besinnung auf die klassische katholische Naturrechtslehre war nicht „neuscholastisch“, sondern bezog sich direkt auf *Thomas von Aquin*. *Utz* ermöglicht in seiner Vernunftorientierung Dialog, Konsens und Präsenz in einer pluralistischen Gesellschaft bei gleichzeitigem Festhalten an unverzichtbaren Grundwerten. Dabei bewies er, daß auch in angeblich „nachmetaphysischer“ Zeit ein dynamisches Naturrechtsdenken bedeutsam bleibt und man sich dem Relativismus nicht zu unterwerfen braucht. Die naturrechtliche Begründung der Menschenrechte bei *Utz* ist von

sozialethischer Relevanz in einer pluralistischen Gesellschaft mit ihrer oft „hypothetischen Kultur“²¹.

Eberhard Schockenhoff (1953-2020) war Moraltheologe in Freiburg i. Br. und hat die beeindruckende Monographie „Naturrecht und Menschenwürde“²² vorgelegt. Er ist kein Naturrechtsdenker wie die zuvor erwähnten Autoren, sondern beschreibt zunächst „Zweideutigkeiten“ des Naturrechts und geht das Thema geschichtlich mit Denkkategorien von *Ernst Troeltsch* und *Karl Jaspers* an. Gegen einen ethischen Relativismus hält *Schockenhoff* am universalen Anspruch des Naturrechts und der biblischen Ethik des Dekalogs fest. Die Bergpredigt sieht er im Zusammenhang mit Jüngergemeinden eher individual- als sozial-ethisch praktikierbar.

Auch die Frage der „in sich schlechten Handlungen“ wird erörtert²³. *Schockenhoff* möchte mit seinem Buch zum Verständnis der 1993 von Papst *Johannes Paul II.* veröffentlichten Moralenzyklika „*Veritatis splendor*“ beitragen und macht sich deren Satz aus Nr. 51 zu eigen: „Insofern aber das Naturgesetz die Würde der menschlichen Person zum Ausdruck bringt und die Grundlage für ihre fundamentalen Rechte und Pflichten legt, ist es in seinen Geboten universal, und seine Autorität erstreckt sich auf alle Menschen.“²⁴ Leider tendierten *Schockenhoffs* Aussagen seit 2019 auf dem „Synodalen Weg“ kurz vor seinem plötzlichen Tod dann doch zu einer Relativierung des natürlichen und christlichen Ehe- und Familienideals²⁵.

Robert Spaemann (1927-2018) war einer der renommiertesten Philosophen Deutschlands und hat sich immer wieder verständlich und engagiert zu Fragen des Naturrechts und seinen Konsequenzen geäußert. *Spaemanns* Einsatz hebt 1973 an mit dem Aufsatz „Die Aktualität des Naturrechts“²⁶, setzt sich 1986 fort mit dem Essay „Das Natürliche und das Vernünftige“²⁷, 1992 mit der Abhandlung „Die Bedeutung des Natürlichen im Recht“²⁸ und mündet in den Beitrag „Warum gibt es kein Recht ohne Naturrecht?“ im von *Hanns-Gregor Nissing* hrsg. Sammelband „Naturrecht und Kirche im säkularen Staat“²⁹.

Vor allem setzte sich *Spaemann* praktisch und publizistisch für die Ge- und Verbote des Naturrechts ein. Überzeugend kämpft er gegen die Liberalisierung von Abtreibung und Euthanasie. Er wendet sich gegen kirchliche Beratungsscheine, die eine Abtreibung ermöglichen, verurteilt Sterbehilfe und Suizid-Propaganda, wendet sich gegen die Todesstrafe und das Hirntod-Konzept. Wenig anfangen kann er mit *Hans Küngs* „Projekt Weltethos“³⁰, das Verantwortung durch Gesinnung und Recht durch Moral ersetzen will. Kein katholischer Denker hat auch in der säkularen Öffentlichkeit überregionaler Medien vergleichbare Resonanz gehabt.

Wolfgang Ockenfels OP (*1947) war von 1985-2015 Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Theologischen Fakultät Trier und ist seit 2007 Vorsitzender des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg. Er ist einer der dominikanischen Vertreter des „Walberberger Kreises“, der sich nach dem Krieg in der Bundesrepublik Deutschland sozialethisch - im Sinne der katholischen Soziallehre – engagiert. *Ockenfels* hat bei *Arthur F. Utz OP* zum Thema

„Gewerkschaft und Staat“ promoviert und sich in Augsburg bei *Anton Rauscher SJ* mit der großen Untersuchung „Politisierter Glaube? Zum Spannungsverhältnis zwischen katholischer Soziallehre und politischer Theologie“³¹ habilitiert.

Naturrechtliches Vernunftdenken widerspricht dem marxistisch inspirierten geschichtlich-eschatologischem Denken der meisten Befreiungstheologien. Leider hat die deutschsprachige systematische Theologie diese umfassende Kritik eines katholischen Sozialwissenschaftlers an der politischen Theologie *Johann Baptist Metz*‘ (1928-2019) kaum rezipiert. Dabei gelingt es *Ockenfels* in der Auseinandersetzung mit *Metz* zugleich, das Gesamtverhältnis der katholischen Soziallehre zu Welt, Geschichte und Politik fundiert und kritisch aufzuzeigen.

In verschiedenen Medien publizierte er im Sinn der katholischen Soziallehre und des Naturrechts, schrieb über „Kolonialethik“³², auch an zahlreichen Fernsehdiskussionen nahm er teil und konnte zur CDU, deren langjähriges Mitglied er ist, und ihrer Führung unter *Angela Merkel* begründet unbequeme Positionen vertreten. Verbreitet sind seine sozialetischen Bücher „Armes Deutschland“ (Aachen 1999), „Das hohe C“ (Augsburg 2009), „Was kommt nach dem Kapitalismus?“ (Augsburg 2011) sowie zahlreiche Kleinschriften. Er ist Chefredakteur dieser Zeitschrift.

Auch wenn sie nicht so explizit wie die hier vorgestellten Gelehrten sich mit dem Naturrecht befaßten, seien auch die renommierten katholischen Sozialwissenschaftler *Oswald von Nell-Breuning SJ* (1890-1991), *Joseph Kardinal Höffner* (1906-1987)³³, *Edgar Nawroth OP* (1912-2010), *Wilhelm Weber* (1925-1983), *Anton Rauscher SJ* (1928-2020) und *Lothar Roos* (*1935) erwähnt.

Rechtspositivistische und geschichtstheologische Kritik

Allen Vorgaben eines Naturrechts widersetzt sich nun nach dem bereits erwähnten *Karl Bergbohm* der vom positiv gesetzten Recht ausgehende „Rechtspositivismus“ des liberalen *Hans Kelsen* (1881-1973) und – in anderer Weise – des zeitweilig Führer-freundlichen *Carl Schmitt* (1888-1985)³⁴. Doch die Erfahrung mit den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben ihre Rechtstheorien widerlegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Shoa wurde die Geltung des Naturrechts und die Verkündung der Menschenrechte international in den Parlamenten erneuert. Dennoch blieb das Konzept des Naturrechts in der sozial-ethischen³⁵ und philosophischen³⁶ Diskussion immer wieder umstritten.

Sogar ein katholischer Gelehrter wie der Österreicher *August M. Knoll* nannte das Naturrecht in einseitig-historischer Perspektive eine Rechtfertigung des jeweiligen Status Quo und kritisierte es als auf die Interessen des Klerus fixiert³⁷. Auch eine marxistisch inspirierte politische „Befreiungstheologie“ kennt kein von der Vernunft geleitetes naturrechtliches Denken, verschiebt objektiv geltendes Recht in die messianisch-politische Utopie oder ignoriert es mit „eschatologischem Vorbehalt“³⁸, der doch eigentlich gegen politisch-totalitäre Systeme gerichtet ist³⁹.

Verschiedene bedeutende Denker meist jüdischer Herkunft⁴⁰ versuchten, das Naturrecht geschichtstheologisch zu deuten und relativieren damit meist seine

aus dem „Sein“ selbst entspringende übergeschichtliche Geltung. Unterschiedlich ist bei den Autoren das Zeitverständnis als Weltzeit oder Endzeit, die dann geschichtstheologisch nach den Kategorien des Zisterzienserabtes *Joachim von Fiore* (1135-1202)⁴¹ in ein Zeitalter des Vaters (Altes Testament), des Sohnes (Neues Testament und Kirche) und das „dritte Reich“ des Heiligen Geistes, das mit dem Auftreten des *hl. Franziskus* begonnen habe, aufgeteilt werden⁴².

Henri de Lubac SJ sieht in *Joachim von Fiore* den Ursprung utopischer, millenaristischer und chiliastischer Strömungen, vom Münsteraner Wiedertäuferstaat bis zur Parole „Reich Gottes“ der Tübinger Stifter *Hegel/Schelling/Hölderlin* und zu *Ernst Blochs* „Prinzip Hoffnung“⁴³. *Thomas von Aquin* hat *Joachim von Fiore* und vor allem seinem Gesetzesverständnis mit Hinweis auf die „lex aeterna“ und „lex divina“ nüchtern widersprochen⁴⁴. *De Lubac* sieht im Joachimismus eine große Gefahr: „Ich erkenne ihn im Säkularisierungsprozeß, der, das Evangelium verrätend, die Suche nach dem Gottesreich in soziale Utopien verwandelt. Ich sehe ihn am Werk in dem, was zurecht [von *Hans Urs von Balthasar* mit Bezug auf den „antirömischen Affekt“; S.H.] als ‚Selbsterstörung der Kirche‘ bezeichnet worden ist.“⁴⁵

Die vom Neomarxismus der „Frankfurter Schule“ geprägte „politische Theologie“ eines *Johann Baptist Metz*, die wie erwähnt *Wolfgang Ockenfels OP* minutiös untersucht und nicht nur aus Sicht der Katholischen Soziallehre überzeugend „erledigt“⁴⁶ hat, übersah das Naturrecht und ist nach dem Wendejahr 1989 selbst recht marginal geworden.

Eine durch die vatikanischen Instruktionen von 1984 und 1986 geläuterte Befreiungstheologie und „Theologie des Volkes“ hat allerdings mit dem lateinamerikanischen Papst *Franziskus* seit 2013 in nichtmarxistischer Form wieder Interesse gefunden⁴⁷ und könnte vom Naturrechtsdenken profitieren. Jedoch allein ein konsequent christologisches Zeitverständnis befreit von eschatologischer Engführung und wird den Ansprüchen von Natur und Offenbarung gerecht⁴⁸.

Man spricht heute von „Unverzichtbarkeit und Ungenügen des Naturrechts“ (*Martin Rhonheimer*) oder mit *David Hume* und den alten und neuen Rechtspositivisten von der Unmöglichkeit, aus einem Sein ein Sollen zu begründen („naturalistic fallacy“). Damit verschließt sich der Mensch in den eigenen Subjektivismus und kann kein objektives Recht und keine objektive Verantwortung mehr erkennen. Ethik ist zu politisch-korrekturer Gesinnungsideologie herabgesunken. Eine neue Moraltheologie der „Autonomie“⁴⁹ sieht sich historisierend „nach dem Gesetz Gottes“⁵⁰. Hier wird Autonomie nicht mit Natur und Vernunft, sondern mit einem einseitig ausgelegten Kantianismus begründet.

Wolfgang Ockenfels hielt dagegen in seiner erwähnten Habilitationsarbeit über das Spannungsverhältnis zwischen katholischer Soziallehre und der politischen Theologie eines *Johann Baptist Metz* fest: „Das Naturrechtsdenken der Kirche ist darauf ausgerichtet, das Moralische dem Bereich rein subjektiver Beliebigkeit, Nützlichkeit und Interessenbezogenheit zu entziehen und es einer allgemeinen Vernunft zuzuordnen, die nicht auf das Berechenbare reduzierbar ist. Erst dann kann das Moralische als öffentlich wirksame Kraft gelten.“⁵¹ Das gesamte Pro

und Contra des Naturrechts war auch Papst *Benedikt XVI.* schon lange bewußt, als er vor zehn Jahren seine historische Ansprache im Deutschen Bundestag hielt.

Naturrecht bei Joseph Ratzinger/Papst Benedikt XVI.

Als theologischer Systematiker hat sich *Joseph Ratzinger* zunächst nicht viel mit dem zur Soziallehre gehörenden Naturrecht befaßt⁵². Es gibt in seinen Einschätzungen der Naturrechtslehre Entwicklungen, ja sogar eine „Wende“ aufgrund neuer Einsichten. In einem frühen Aufsatz von 1964 „Naturrecht, Evangelium und Ideologie in der katholischen Soziallehre“⁵³ war er noch ein eindeutiger Kritiker des Naturrechtsdenkens. *Martin Schlag* (Rom) hat in seinem Aufsatz „Naturrecht und Benedikt XVI.“ die damaligen Hauptkritikpunkte *Ratzingers* so zusammengefaßt: „Erstens kritisierte er die ideologische Verwendung des Instruments Naturrecht in der katholischen Soziallehre, die zu einem deduzierenden Lehramtspositivismus geführt habe. Zweitens forderte er in der Individualethik die personenorientierte Überwindung des Naturalismus stoischer und aristotelischer Prägung, besonders im Bereich von Ehe und Familie.“⁵⁴ 1984 meinte er in einem Zeitungsaufsatz⁵⁵, daß durch die Aufnahme des *Aristoteles* und seines Naturrechtsgedankens die katholische Theologie zu einem positiven Begriff des profanen, nicht-messianischen Staates gefunden habe. „Aber sie hat dann doch häufig die Naturrechtsidee mit so vielen christlichen Inhalten aufgeladen, daß die nötige Kompromißfähigkeit verloren ging“⁵⁶.

Klar für das Naturrecht artikulierte sich *Ratzinger* 1993 als Präfekt der Glaubenskongregation bei der Vorstellung der an das Naturrecht anknüpfenden Enzyklika „*Veritatis splendor*“ von Papst *Johannes Paul II.*: „Naturgesetz ist ein Vernunftgesetz. Vernunft zu haben ist die Natur des Menschen. Wenn gesagt wird, daß unsere Natur das Maß unserer Freiheit ist, dann wird die Vernunft nicht ausgeschaltet, sondern vollends in ihr Recht gesetzt.“⁵⁷ Hier kann durchaus von einer „Wende“ im Denken gesprochen werden, aber so wie beim Konzilsverständnis von einem Wandel in einer „Hermeneutik der Reform“, nicht in einer „Hermeneutik des Bruchs“. Außerdem war *Ratzinger* im christlich-jüdischen Dialog immer an Fragen des Gesetzes und der Tora interessiert, etwa im Dialog mit Rabbi *Jacob Neusner*⁵⁸, und redigierte im Weltkatechismus von 1992 die Passagen über „Jesus und das Gesetz“ (KKK 577-582).

Die offene Problematik des Naturrechts zeigte sich dann auch in Kardinal *Ratzingers* aufsehenerregendem Gespräch „Dialektik der Säkularisierung“⁵⁹ mit dem Philosophen *Jürgen Habermas* am 19. Januar 2004 an der Katholischen Akademie Bayern in München. Der Kardinal kam auf das abendländische Naturrechtsdenken als mögliche vernünftige Vermittlungsinstanz zum säkularen Rechtsverständnis einer pluralistischen Gesellschaft zu sprechen, bemerkt aber sogleich, daß dieses Instrument „leider stumpf geworden“ sei, weshalb er sich in diesem Gespräch nicht darauf stützen wolle: „Die Idee des Naturrechts setzte einen Begriff von Natur voraus, in dem Natur und Vernunft ineinandergreifen, die Natur selbst vernünftig ist. Diese Sicht von Natur ist mit dem Sieg der Evolu-

tionstheorie zu Bruche gegangen. Die Natur als solche sei nicht vernünftig, auch wenn es in ihr vernünftiges Verhalten gibt.“⁶⁰

Ratzingers fast resignative Skepsis dehnt sich auch auf die Interkulturalität des Rechts aus. Vom Naturrecht, „das im tiefsten ein Vernunftrecht sein wollte, jedenfalls in der Neuzeit, sind die Menschenrechte stehen geblieben“⁶¹, doch auch diese sind angefochten oder werden pervertiert in ein Menschenrecht auf Abtreibung, Euthanasie, Suizid oder Geschlechtsumwandlung. Säkulare Rationalität stößt interkulturell auf Grenzen, es mag Berührungen mit indischen oder chinesischen Ethiken geben, aber schon die „Scharia“ des Islam⁶² ist durch seine Theokratie eine völlig andere Welt, trotz des Rationalismus mancher seiner Gelehrten. Eine rationale, ethische oder religiöse Weltformel, „auf die alle sich einigen, und die dann das Ganze tragen könnte, gibt es nicht [...] Deswegen bleibt auch das sogenannte Weltethos eine Abstraktion.“⁶³

Einige dieser Bewertungen trafen in der anschließenden Aussprache mit dem Publikum auf Verwunderung und Kritik. *Robert Spaemann* meldete sich zu Wort und fragte, wie der Kardinal „es bei der Darlegung der christlichen Ethik denn künftig mit dem Naturrecht halten wolle“⁶⁴. Bleiben vom Naturrecht nur noch die Menschenrechte? Diese Unsicherheit führte dazu, daß Kardinal *Ratzinger* kurz vor seiner Wahl zum Papst den Katholisch-Theologischen Fakultäten in Münster, München und Eichstätt in einem Brief den Wunsch vortrug, „drängende Fragen bezüglich des Naturbegriffs bzw. des natürlichen Sittengesetzes zu vertiefen“. Es gehe darum, „in der gegenwärtigen Stunde der Geschichte einen gemeinsamen Nenner ethischer Prinzipien zu finden, die von allen angenommen werden, in der Natur des Menschen und der Gesellschaft verankert sind und wesentliche Kriterien bieten, um in Grundfragen bezüglich der Rechte und Pflichten des Menschen Gesetze erlassen zu können“⁶⁵.

Das Mißtrauen gegenüber dem Naturrecht verbindet sich mit dem 1998 von Papst *Johannes Paul II.* in der Enzyklika „*Fides et Ratio*“ erwähnten „Mißtrauen gegenüber der Wahrheit“ (Nr. 5) und dem damit verbundenen ethisch-religiösen Relativismus, der aufhört, neuen „Ideologien des Bösen“ rechtliche Grenzen zu setzen⁶⁶. Diesen sieht *Ratzinger* als Hauptfeind jeder christlichen Lehre und verurteilt im April 2005 vor seiner Wahl zum Papst in der Predigt zur Messe „*Pro Eligendo Romano Pontifice*“ rhetorisch wirksam „eine Diktatur des Relativismus, die nichts als endgültig anerkennt und als letztes Maß nur das eigene Ich und seine Gelüste gelten läßt“⁶⁷. Ohne das Naturrecht explizit zu erwähnen, geschieht diese Relativismuskritik doch in dessen Sinne⁶⁸. Weit öfter als in seiner Zeit als Theologieprofessor, Kardinal und Glaubenspräfekt wird *Ratzinger* nun als Papst *Benedikt XVI.* an das Naturrecht erinnern und ihm eine Stimme verleihen.

In der Antrittsenzyklika „*Deus est Caritas*“ steht der Satz: „Die Soziallehre der Kirche argumentiert von der Vernunft und vom Naturrecht her, das heißt von dem aus, was allen Menschen wesensgemäß ist“ (Nr. 28)⁶⁹. In der am 29. Juni 2009 erschienenen Sozialenzyklika „*Caritas in Veritate*“ verweist er auf das Naturrecht als gemeinsame Basis jeder Soziallehre: „In allen Kulturen gibt es besondere und vielfältige ethische Übereinstimmungen, die Ausdruck derselben

menschlichen, vom Schöpfer gewollten Natur sind und von der ethischen Weisheit der Menschheit Naturrecht genannt wird“ (Nr. 59).

Im selben Jahr veröffentlichte die Internationale Theologische Kommission das Dokument „Auf der Suche nach einer universalen Ethik. Ein neuer Blick auf das natürliche Sittengesetz“⁷⁰. Ähnlich sprach schon 1943 der bekannte christliche Autor C. S. Lewis in seinem aufrüttelnden Buch „The Abolition of Man“ („Die Abschaffung des Menschen“⁷¹) von der objektiven Weltordnung des „Tao“, auf deren Anerkennung Menschen aller Kulturen von ihrer Natur und Wesensart her verpflichtet sind.

Die historische Rede vor dem Bundestag

Ein deutliches und bleibend gültiges Bekenntnis zur uneingeschränkten Geltung des Naturrechts ist dann 2011 bei seinem Deutschlandbesuch die Rede Papst *Benedikts XVI.* vor dem Deutschen Bundestag⁷². Man kann in ihr die Kulmination seiner Position zum Naturrecht sehen. Am 22. September 2011 ging es nicht um eine theologische oder sozialetische Abhandlung, sondern um eine öffentliche Ansprache an einem besonderen Ort, dem Ort, an dem in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat Gesetze beschlossen werden. Ein Essay von *Christian Geyer* in der F.A.Z. am Tag danach trug den Titel „Die Sonne über Berlin. Der Papst bringt den Politikern Naturrecht bei“.

Papst *Benedikt XVI.* beginnt seine Ansprache mit der Geschichte des jungen Königs Salomo, der bei seiner Thronbesteigung von Gott eine Bitte freigestellt bekam. Er bittet nicht um Erfolg, Reichtum, langes Leben oder Vernichtung der Feinde, sondern spricht: „Verleih deinem Knecht ein hörendes Herz, damit er dein Volk zu regieren und das Gute vom Bösen zu unterscheiden vermag“ (1 Kön 3,9). Letzter Maßstab für Politik darf nicht der Erfolg sein, denn er ist „dem Maßstab der Gerechtigkeit, dem Willen zum Recht und dem Verstehen für das Recht untergeordnet“⁷³. Es folgt das *Augustinus*-Zitat „nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“⁷⁴

Der deutsche Papst verweist auf die zerstörerischen Erfahrungen mit dem Unrechtsstaat der Nationalsozialisten. Recht ist keine Frage der Macht oder einer Mehrheitsentscheidung. Bei der Frage „wie erkennt man, was recht ist“ verweist *Benedikt XVI.* mit Berufung auf *Wolfgang Waldsteins* Buch „Ins Herz geschrieben. Das Naturrecht als Fundament einer menschlichen Gesellschaft“⁷⁵ auf die „Begegnung zwischen dem von stoischen Philosophen entwickelten sozialen Naturrecht und verantwortlichen Lehrern des römischen Rechts“, in der die abendländische Rechtskultur geboren worden sei und über das christliche Mittelalter und die Rechtsentfaltung der Aufklärungszeit bis zur Erklärung der Menschenrechte und zum deutschen Grundgesetz von 1949 geführt hat. Er verweist auf den Römerbrief des Paulus (2,14f) mit den in Herz geschriebenen Forderungen des Gesetzes bei den gerechten Heiden und beobachtet in der Frage der Grundlagen der Gesetzgebung in den letzten fünfzig Jahren „eine dramatische Veränderung der Situation“. Diese entstand durch das Vordringen rechtspositi-

vistischer Positionen besonders von *Hans Kelsen*, die kein aus dem Sein ergehendes Sollen mehr anerkennen.

„Der Gedanke des Naturrechts gilt heute als eine katholische Sonderlehre, über die außerhalb des katholischen Raums zu diskutieren nicht lohnen würde, so daß man sich schon beinahe schämt, das Wort überhaupt zu erwähnen.“⁷⁶ Diese falsche Scham will *Benedikt XVI.* mit seiner mutigen Rede sachlich, emotional und endgültig überwinden und spricht angesichts der Dominanz eines positivistischen Natur- und Vernunftbegriffs von einer „dramatischen Situation“ und der Notwendigkeit einer neuen öffentlichen Diskussion über die Erkenntnisquellen von Ethos und Recht, „zu der dringend einzuladen eine wesentliche Absicht dieser Rede ist“⁷⁷. Er stellt dazu die Frage: „Wie finden wir ins Weite, ins Ganze? Wie kann die Vernunft wieder ihre Größe finden, ohne ins Irrationale abzugleiten? Wie kann die Natur wieder in ihrer wahren Tiefe, in ihrem Anspruch und mit ihrer Weisung erscheinen?“⁷⁸

Der Papst verweist auf die Berechtigung der ökologischen Bewegung, fügt aber hinzu: „Es gibt auch eine Ökologie des Menschen. Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muß und die er nicht beliebig manipulieren kann. Der Mensch ist nicht nur sich selbst machende Freiheit. Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur achtet, sie hört und sich annimmt als der, der er ist und der sich nicht selbst gemacht hat. Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit“ – und nicht in der losgelösten Autonomie eines Relativismus.

Abschließend erwähnt *Benedikt XVI.* in seiner Rede vor dem Bundestag das zu wählende kulturelle Erbe Europas, das aus der geistigen Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom hervorging. „Diese dreifache Begegnung bildet die innere Identität Europas. Sie hat im Bewußtsein der Verantwortung des Menschen vor Gott und in der Anerkennung der unantastbaren Würde des Menschen, eines jeden Menschen, Maßstäbe des Rechts gesetzt, die zu verteidigen uns in unserer historischen Stunde aufgegeben ist.“⁷⁹ Auch nichtchristliche oder atheistische Bundestagsabgeordnete konnten diese Ansprache bei gutem Willen verstehen und im Grundsatz annehmen. Papst *Benedikt XVI.* hat nicht eigene Gedanken zum Naturrecht vorgebracht, sondern sich allgemein an die abendländische Rechtstradition und das von *Dietrich von Hildebrands* objektiver Wertethik geprägte Konzept seines „Kronzeugen“ *Wolfgang Waldstein* gehalten. Die Bundestagsrede über das Naturrecht hat eine bleibende Nachwirkung, *Robert Spaemann* sah Übereinstimmungen mit *Immanuel Kants* Ethik⁸⁰, *Elmar Nass* ein Bekenntnis zur Orthopraxie⁸¹.

Die Diskussion, zu der *Benedikt* eingeladen hat, wurde bisher vor allem in Ungarn am Lehrstuhl von *Nadja El Beheiri* geführt⁸². Dabei werden entgegen einem relativistischen Mainstream auch Fragen der Bioethik und Familienpolitik naturrechtlich behandelt. *Benedikts* Rede in Berlin ist deshalb so glaubwürdig und überzeugend, weil er selbst erst über mehrere Stationen zur Einsicht in die unverzichtbare Notwendigkeit des Naturrechts gefunden hat. Die Arroganz des Relativismus im Namen einer falsch verstandenen Toleranz läßt keine andere

Wahl, als sich konsequent am universalen Anspruch der Natur und der Vernunft auszurichten, ob mit oder ohne direktem Gottesbezug. Leider hat der Deutsche Bundestag in den letzten zehn Jahren nach der Papstrede dann mehrere Gesetze beschlossen, die der vernünftigen, gerechten und naturgemäßen Norm des Naturrechts entgegenstehen – etwa in Reformgesetzen zur „Ehe für alle“, zur Sterbehilfe und Suizidassistenten oder der Werbung für Abtreibung (§ 219a StGB).

Naturrecht als „Aufhalter“ (Katechon) des Relativismus

Recht und Gesetz sind nicht rein formale „positivistische“ Vorgaben, sondern inhaltlich an Natur, Vernunft und Menschenbild orientiert. Das Naturrecht, das der von Kardinal *Joseph Ratzinger* redigierte „Katechismus der Katholischen Kirche“ (München / Città del Vaticano 1993) „natürliches Sittengesetz“ (KKK 1954) oder „sittliches Naturgesetz“ (KKK 1956) nennt, erfährt Ressentiment, Ablehnung und Aufbegehren von relativistischer oder autonomistischer Seite. Dem entspricht ein „antinomistischer“ Grundzug der Theologiegeschichte, der von der Verfälschung des paulinischen Gegensatzes von Gesetz und Evangelium ausgeht und mit antisemitischen Folgen von *Marcion* über *Martin Luther* und *Adolf von Harnack* bis zu den Nationalsozialisten reicht⁸³. *Hitler* nannte Gesetz und Gewissen „eine jüdische Erfindung“.

Heute widerspricht ein diktatorischer ethischer Relativismus der Brüsseler EU-Zentrale christlich geprägten Ländern wie Polen und Ungarn, weil sie die Abtreibung weiter verbieten und ihre Familienpolitik nicht an der LBGTQ-Agenda ausrichten. Eine „Ehe für alle“, wie sie sich selbst im ehemals katholischen Irland per Wahl durchsetzte, widerspricht den Vorgaben des Naturrechts⁸⁴ und würde nebenbei auch in keinem islamischen Land zugelassen.

Die antichristliche Entwicklung und das Ressentiment gegen das Naturrecht kann endzeitlich und apokalyptisch an die Worte des Apostels *Paulus* aus 2 Thess 2, 1-12 erinnern, wo vom „großen Abfall“ und vom „Mensch der Gesetzeswidrigkeit“ (3), dem noch ein Hemmender oder ein Hemmendes als „Katechon“ (Κατέχων) aufhaltend entgegensteht, die Rede ist: „Ihr wißt jetzt auch, was ihn zurückhält, damit er erst zu seiner Zeit offenbar wird. Denn das Geheimnis der Gesetzeswidrigkeit ist schon am Werk; nur muß erst der beseitigt werden, der es jetzt noch zurückhält“ (6;7).

Wer aber ist dieser zu beseitigende „Aufhalter/Katechon“ des Gesetzeswidrigen? Für den umstrittenen Rechtsgelehrten *Carl Schmitt*, der sich intensiv mit der Frage befaßte, war es vor allem die Existenz von römischem Reich und römischer Kirche⁸⁵, für den Konvertiten und Religionshistoriker *Erik Peterson* dagegen eine noch undefinierbare Gestalt⁸⁶, die mit der weiteren Existenz des Judentums zusammenhängt und während der Shoa in der hl. Karmelitin *Edith Stein* erahnbar wird. Papst *Benedikt XVI.* hat sich wie aufgezeigt in zunehmender Entschiedenheit zum Naturrecht als Gegenpart des gesetzeswidrigen Relativismus bekannt.

Als abschließende These dieses Überblicks zum Naturrecht zehn Jahre nach der Bundestagsrede Papst *Benedikts XVI.* sei daher formuliert:

Die Vorgaben des der Vernunft und dem Gewissen des Menschen allgemein und überkonfessionell einsehbaren Naturrechts sind der „Aufhalter“ (Katechon), der der Gesetzwidrigkeit eines fundamentalistischen Relativismus Einhalt und Widerstand bietet. Deshalb will „die geheime Macht der Gesetzwidrigkeit“ das Naturrecht und seine Zeugen „beseitigen“, um selbst als gesetzwidriger Antichrist offenbar zu werden. Doch am Ende wird „Jesus, der Herr, ihn durch den Hauch seines Mundes töten und durch das Erscheinen seiner Ankunft vernichten“ (2 Thess 2,7f).

Dies ist keine apokalyptisch-eschatologische „Naherwartung“, sondern eine nüchtern-wache „Stetserwartung“ der Christen, für die die Gottesherrschaft in *Jesus Christus* übergeschichtlich immer schon präsent ist⁸⁷ und die daher schon lange vor *Theodor W. Adorno* alle Dinge der Welt „vom Standpunkt der Erlösung“⁸⁸, christlich von der Auferstehung aus, betrachten. Das Naturrecht als „Spiegel göttlicher Gerechtigkeit“⁸⁹ und die Lehre der Kirche in Fragen des Glaubens und der individuellen/sozialen Moral/Ethik geben Orientierung in der „Zwischenzeit“ vor dem Weltende mit der öffentlichen und endzeitlichen Wiederkunft („Parusie“) Christi, der – wie *Walter Benjamin* in seinem „Theologisch-politischen Fragment“ richtig sagte – als Messias „alles historische Geschehen vollendet“⁹⁰.

Anmerkungen

- 1) Robert Spaemann, Die Aktualität des Naturrechts, in: Ders., Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie, Stuttgart 1977, 183-198, 183.
- 2) Dazu Robert Spaemann, Rousseau – Mensch und Bürger. Das Dilemma der Moderne, Stuttgart 2008.
- 3) Dazu Christoph Schönborn, Albert Görres, Robert Spaemann, Zur kirchlichen Erbsündenlehre. Stellungnahmen zu einer brennenden Frage, Freiburg 1991; Gustav Siewerth, Die christliche Erbsündenlehre, entwickelt aufgrund der Theologie des heiligen Thomas von Aquin, Einsiedeln 1964.
- 4) Das Ende der Neuzeit. Ein Versuch zur Orientierung, Basel 1950, 44.
- 5) Dazu die magistralen Texte bei Hans-Gregor Nissing (Hrsg.), Natur. Ein philosophischer Grundbegriff, Darmstadt (WBG) 2010 (u.a. von Robert Spaemann, Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Berthold Wald und Holger Zaborowski). Vgl. auch die ältere moraltheologische Diskussion bei Franz Böckle (Hg.), Der umstrittene Naturbegriff. Mit einem Geleitwort von Franz Kardinal König, Düsseldorf 1987, und Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Natur oder Schöpfung? Über einen vergessenen Unterschied, in: IKaZ 49 (2020), 510-522.
- 6) Ökologie des Menschen. Der geworfene Entwurf, in: Stephan Otto Horn, Wolfram Schmidt (Hg.), Hoffnung und Auftrag. Die Reden Benedikts XVI. zur Politik, Freiburg 2017, 126-150.
- 7) A.a.O.
- 8) Einen ausgezeichneten einführenden Überblick gibt der im Auftrag der Johannes-Messner-Gesellschaft von Herbert Pribyl und Christian Machek hrsg. Wiener Symposions-Band „Das Naturrecht. Quellen und Bedeutung für die Gegenwart“ (Heiligenkreuz 2015). Ebenso klarstellend ist das von Papst Benedikt XVI. in seiner Rede vor dem Bundestag mehrfach zitierte Buch von Wolfgang Waldstein „Ins Herz geschrieben. Das Na-

turrecht als Fundament einer menschlichen Gesellschaft“ (Augsburg 2010). Vgl. dazu die zusammenfassende Rezension von Anton Ziegenaus „Zur Begründung des Rechtssystems“, in: FKTh 28, 2/2012, 134-139.

9) Josef Pieper, Werke Band 5, Hamburg ²2007, 48.

10) Ebd. aus „Maximen und Reflexionen“, Nr. 550.

11) Vgl. Arnold Angenendt, Toleranz und Gewalt. Das Christentum zwischen Bibel und Schwert, Münster ²2007, 205-230; Manfred Lütz, Der Skandal der Skandale. Die geheime Geschichte des Christentums, Freiburg 2018, 173-192.

12) „Das von der katholischen Soziallehre im 15. Jahrhundert ausgesprochene Verbot, die Eingeborenen der neuentdeckten Erdteile zu versklaven, zu enteignen und auszusiedeln, bedeutete implizit bereits eine Proklamation von Menschenrechten“ (Wolfgang Ockenfels, Politisierter Glaube? Zum Spannungsverhältnis zwischen Katholischer Soziallehre und Politischer Theologie, Bonn 1997, 89). Vgl. Joseph Höffner, Christentum und Menschenwürde. Das Anliegen der spanischen Kolonialethik im Goldenen Zeitalter, Trier 1947 (Neuauflage in „Ausgewählte Schriften“ Bd.2, Paderborn 2017).

13) Vgl. Thomas von Aquin, Naturgesetz und Naturrecht. Theologische Summe Fragen 90-97, hrsg. und kommentiert von Arthur Fridolin Utz (Sammlung Politeia 34), Bonn 1996.

14) Vgl. den sich von Gustav Radbruch absetzenden Aufsatz von Horst Ehmann, Recht und Gerechtigkeit. Zum aristotelisch-thomistischen Naturrechtsverständnis, in: Elmar Nass, Wolfgang Spindler, Johannes H. Zabel (Hrsg.), Kultur des Gemeinwohls (FS Wolfgang Ockenfels OP), Trier 2017, 37-73.

15) Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik. 2 Teilbände, 8. Unveränderte Auflage Berlin (Duncker & Humblot) 2018. Vgl. Hideshi Yamada, Johannes M. Schnarrer, Zur Naturrechtslehre von Johannes Messner und ihrer Rezeption in Japan (hrsg. von der Johannes-Messner-Gesellschaft), Wien 1996.

16) Vgl. Anton Rauscher SJ, Johannes Messner – Pionier der sozialen Gerechtigkeit, in dieser Zeitschrift 4/2013, 251-259.

17) Naturrecht, a.a.O. 125.

18) Vgl. Josef Spindelböck, Die Familie in der Naturrechtstheorie Johannes Messners, in: Herbert Pribyl, Christian Machek (Hrsg.), Das Naturrecht. Quellen und Bedeutung für die Gegenwart, Heiligenkreuz 2015, 87-100.

19) Vgl. die Darstellung seiner Person durch seinen Schüler Wolfgang Ockenfels OP im Sonderheft dieser Zeitschrift „Der Walberberger Kreis“, November 2011, 15-23, außerdem die zwanzig Beiträge „Sozialethik und Gemeinwohl. Arthur F. Utz zum 85. Geburtstag“ in Heft 2/1993 dieser Zeitschrift.

20) Vgl. Bernd Kettern, Sozialethik und Gemeinwohl. Die Begründung einer realistischen Sozialethik bei Arthur F. Utz, Berlin 1992; Peter Paul Müller-Schmid, Naturrecht und Pluralismus bei Arthur F. Utz OP, in dieser Zeitschrift 5/2011, 343- 360, und 6/2011, 416-427. Hingewiesen sei auf das schöne Nachlaßwerk: Arthur F. Utz, Der Weg des Menschen zu dauerhaftem Glück und innerem Frieden. Ein Resümee der Ethik und der Moraltheologie des Thomas von Aquin, Bonn 2011.

21) Vgl. den seinem Lehrer gewidmeten Aufsatz: Peter Paul Müller-Schmid, Zur sozial-ethischen Relevanz naturrechtlicher Begründung der Menschenrechte, in: Christoph Böttigheimer, Norbert Fischer, Manfred Gerwing (Hgg.), Sein und Sollen des Menschen. Zum göttlich-freien Konzept vom Menschen, Münster 2009, 173-206.

22) Universale Ethik in einer geschichtlichen Welt, Mainz 1996.

23) Ebd. 197-232.

- 24) Ebd. 301.
- 25) Vgl. meine ausführliche Besprechung des Buches von Bernhard Meuser: „Freie Liebe. Über neue Sexualmoral“ (Basel 2020), in dieser Zeitschrift 6/2020, 446-458, 450.
- 26) In: E. W. Böckenförde und F. Böckle (Hrsg.), *Naturrecht in der Kritik*, Mainz 1973, 262ff (abgedruckt auch in: Robert Spaemann, *Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie*, Stuttgart 1977, 183-198).
- 27) In: Robert Spaemann, *Grenzen. Zur ethischen Dimension des Handelns*, Stuttgart 2001, 123-136.
- 28) Ebd. 137-145.
- 29) Wiesbaden 2016, 27-34.
- 30) *Grenzen*, a.a.O. 525-538.
- 31) (Sammlung Politeia Bd. 33) Bonn 1987.
- 32) Wolfgang Ockenfels, *Kolonialethik. Von der Kolonial- zur Entwicklungspolitik*, Paderborn 1992.
- 33) Höffner nennt in seinem zum Klassiker gewordenen Lehrbuch „Christliche Gesellschaftslehre“ (Neuausgabe hrsg. von Lothar Roos, Erkelenz 32011) das Naturrecht ein „Wesensrecht“ des Menschen mit drei Eigenschaften: „die Allgemeingültigkeit, die Unwandelbarkeit und die Erkennbarkeit“ (ebd. 76).
- 34) Trotzdem blieb die intellektuelle Brillanz Schmitts nachwirkend. Vgl. dazu Wolfgang Spindler, *Die politische Theologie Carl Schmitts. Kontext – Interpretation – Kritik*, Hamburg 2015.
- 35) Vgl. Hans Thomas, Johannes Hattler (Hrsg.), *Der Appell des Humanum. Zum Streit um Naturrecht*, Heusenstamm (ontos Verlag) 2010; Hans Joachim Türk, *Abschied vom Naturrecht – oder Wiederkehr?*, in dieser Zeitschrift 6/2011, 404-415 (an J. Messner orientiert); Christian Müller, Elmar Nass, Johannes Zabel (Hg.), *Naturrecht und Moral in pluralistischer Gesellschaft*, Paderborn 2017.
- 36) Vgl. Holger Zaborowski, *Natur – Vernunft – Freiheit. Zum naturrechtlichen Denken in der Philosophie der Neuzeit*, in: Hanns-Gregor Nissing (Hrsg.), *Natur*, a.a.O. 131-146; Berthold Wald, *Menschenwürde und Menschenrechte. Unverzichtbarkeit und Tragweite naturrechtlicher Begründungen*, in: Hanns-Gregor Nissing (Hrsg.), *Naturrecht und Kirche im säkularen Staat*, a.a.O. 53-74; Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, *Philosophische Annäherungen an das Naturrecht*, in: *Die Neue Ordnung* 72 (Februar 2018), Sonderheft „Naturrecht und Menschenwürde. In memoriam Joachim Kardinal Meisner“, Walberberg 2018, 8-14. Auch die anderen Aufsätze dieses Heftes verdienen Beachtung.
- 37) *Katholische Kirche und scholastisches Naturrecht. Zur Frage der Freiheit*, Wien 1962.
- 38) Dieser Begriff kann leicht mißbraucht werden. Zu Hintergrund und Deutung vgl. Kurt Anglet, *Der eschatologische Vorbehalt. Eine Denkfigur Erik Petersons*, Paderborn 2001.
- 39) „Der eschatologische Vorbehalt enthält nicht nur das Verbot, bestehende politische Systeme eschatologisch zu rechtfertigen. Darüber hinaus verbietet er auch die Legitimierung reformistischer und revolutionärer Bestrebungen“ (Wolfgang Ockenfels, *Politisierter Glaube?*, a.a.O. 200).
- 40) Etwa Ernst Bloch (*Naturrecht und menschliche Würde*, Frankfurt a. M. 21975), Leo Strauss (*Natural Right and History*, Chicago 1953), Eric Voegelin (*Ordnung und Geschichte*, 10 Bde. 2001-2005; *Die Natur des Rechts*, Berlin 2012), Eugen Rosenstock-Huussy (*Des Christen Zukunft – oder: Wir überholen die Moderne*, Moers 1985) und Karl Löwith (*Der Mensch inmitten der Geschichte*, Stuttgart 1990. Vgl. dazu die vorzügliche Arbeit von Christian Machek, *Die Rückkehr zu den Ursprüngen der politischen Philoso-*

phie. Die Katholische Soziallehre, Leo Strauss, Eric Voegelin und die Aktualität des Naturrechts, Paderborn 2012.

41) Vgl. den Artikel über Joachim von Joseph Ratzinger in LThK² 5, 975. Joachim wird auch in dessen Habil.-Arbeit über „Die Geschichtstheologie des heiligen Bonaventura“ (jetzt in JRGS 2) thematisiert.

42) Zu anderen Geschichtstheologien im Deutschland des Mittelalters vgl. den Überblick bei Manfred Gerwing, Theologie im Mittelalter. Personen und Stationen theologisch-spiritueller Suchbewegung im mittelalterlichen Deutschland, Paderborn 2002.

43) La Postérité spirituelle de Joachim de Flore, I. Paris 1979; II. Namur 1981.

44) Vgl. Winfried H. J. Schachten, Ordo Salutis. Das Gesetz als Weise der Heilsvermittlung. Zur Kritik des hl. Thomas von Aquin an Joachim von Fiore (BGPhMA NF 20), Münster 1980.

45) Henri Kardinal de Lubac, Meine Schriften im Rückblick, Freiburg 1996, 516.

46) Ich beziehe mich mit dieser Wortwahl auf Erik Peterson (1890-1960), der 1935 die anders geartete Politische Theologie eines Carl Schmitt als „erledigt“ ansah (Der Monotheismus als politisches Problem, in: Erik Peterson, Theologische Traktate. Ausgewählte Schriften, Band 1, Würzburg 1994, 23-59, 59). Das gilt unabhängig davon, daß Schmitt später diese Erledigung in „Politische Theologie II“ (Berlin 1970) als „Legende“ bezeichnete. „Nur auf dem Boden des Judentums oder Heidentums kann es so etwas wie eine ‚politische Theologie‘ geben“ (Peterson, a.a.O. 59). Die politische Theologie des Islam seit der iranischen Revolution 1979 stand Peterson und Schmitt noch nicht vor Augen.

47) Vgl. Jorge M. Bergoglio, Im Gespräch mit Hans Urs von Balthasar. Die Wahrheit ist symphonisch und der theologische Pluralismus. Kommentiert von Rodrigo Polanco und M. Gabriela Wozniak SAS, Freiburg 2018. Dazu meine Bedenken in dieser Zeitschrift 6/2019, 416-428 („Hans Urs von Balthasar und die Befreiungstheologie“), 424f.

48) Dazu mehr in meiner Untersuchung „Christo-Logik der Geschichte bei Hans Urs von Balthasar“ (Hamburg 2004; Berlin Bamberg 2017).

49) Vgl. in dieser Zeitschrift: Lothar Roos, „Anschluß an die Moderne“ als Moralprinzip? Zum Konstrukt einer autonomen Moral nach Stephan Goertz, 6/2014, 414-426, und meinen Artikel zur Kontroverse zwischen Karl-Heinz Menke und Magnus Striet um Wahrheit und Freiheit: „Katholizismus im Umbruch“ – oder im Abbruch?, 6/2017, 409-417.

50) Stephan Goertz, Magnus Striet (Hg.), Nach dem Gesetz Gottes. Autonomie als christliches Prinzip (Katholizismus im Umbruch, Bd.2), Freiburg 2014.

51) Politisierter Glaube?, a.a.O. 150.

52) Es gibt mehrere Abhandlungen über Joseph Ratzingers/Papst Benedikts XVI. Stellung zum Naturrecht. Neben der Monographie von Maria Raphaela Hölscher („Das Naturrecht bei Joseph Ratzinger/Papst Benedikt XVI. Die Bedeutung des Naturrechts in Geschichte und Gegenwart“, Heiligenkreuz 2014) sind zu erwähnen: Christoph Schönberger, Zurück zur Natur? Der Papst im Bundestag, in: Jan-Heiner Tück (Hg.), Der Theologenpapst, Eine kritische Würdigung Benedikts XVI., Freiburg 2013, 158-169; Lothar Roos, Naturrecht und Offenbarung in der Sozialverkündigung Benedikts XVI. Kirche und Gesellschaft Nr. 401, Köln 2013; Lothar Roos, Werner Münch, Manfred Spieker, Benedikt XVI. und die Weltbeziehung der Kirche, Paderborn 2015; Nadja El Beheiri, Die Rechtstraditionen Europas und das Naturrecht, in: Stephan Otto Horn, Wolfram Schmidt (Hg.), Hoffnung und Auftrag. Die Reden Benedikts XVI. zur Politik, Freiburg 2017, 90-112; Martin Schlag, Naturrecht und Benedikt XVI., in: Kultur des Gemeinwohls (FS Wolfgang Ockenfels), a.a.O. 178-192.

53) Jetzt in: JRGS 4, 769-776.

- 54) A.a.O. 183.
- 55) „Christliche Orientierung in der pluralistischen Demokratie? Über die Unverzichtbarkeit des Christentums in der modernen Welt“, in: JRGS 3/1, Freiburg 2020, 527-544.
- 56) Ebd. 536.
- 57) Glaube als Weg. Hinführung zur Enzyklika des Papstes über die Grundlagen der Moral, in: JRGS 4, Freiburg 2014, 777-785, 783.
- 58) Dazu mein Beitrag: Jesus und die Tora. Rabbi Jacob Neusners Dialog mit Jesus und die Rezeption bei Joseph Ratzinger/Benedikt XVI., in: Die Neue Ordnung 72 (2/2018), 84-95.
- 59) Freiburg 2004, 8. Auflage 2011.
- 60) Ebd. 50f.
- 61) Ebd. 51. Vgl. auch die Beiträge, auch aus der Habermas-Diskussion, in: Joseph Kardinal Ratzinger, Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen, Freiburg 2005, jetzt alles in JRGS 3/2, Freiburg 2020.
- 62) Dazu der Münsteraner Islamtheologe Mouhanad Khorchide, Scharia – der mißverständene Gott. Der Weg zu einer modernen islamischen Ethik, Freiburg 2013.
- 63) A.a.O. 55.
- 64) Christian Geyer, Die Gefahr der Hypertrophie, in: Georg Essen (Hg.), Verfassung ohne Grund? Die Rede des Papstes im Bundestag, Freiburg 2012, 27-33, 27.
- 65) Christoph Böttigheimer, Norbert Fischer, Manfred Gerwing (Hgg.), Sein und Sollen des Menschen, a.a.O. 1 (Vorwort des auf die Bitte reagierenden Tagungsbandes).
- 66) Dazu das kurz vor seinem Tod erschienene prophetische Buch von Papst Johannes Paul II., Erinnerung und Identität. Gespräche an der Schwelle zwischen den Jahrtausenden, Augsburg 2005, 13-46 („Die dem Bösen gesetzte Grenze“).
- 67) Der Anfang. Papst Benedikt XVI./Joseph Ratzinger (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 168), Bonn 2005, 12-16, hier: 14.
- 68) Vgl. die klärenden Aufsätze bei Hanns-Gregor Nissing (Hg.), Was ist Wahrheit? Zur Kontroverse um die Diktatur des Relativismus, München 2011. Wenig Verständnis für das Anliegen Benedikts XVI. haben die meisten Autoren des Bandes: Michael Seewald (Hg.), Glaube ohne Wahrheit? Theologie und Kirche vor den Anfragen des Relativismus, Freiburg 2018.
- 69) Vgl. Lothar Roos, „Was allen Menschen wesensgemäß ist.“ Das moralische Naturgesetz bei Papst Benedikt XVI. Kirche und Gesellschaft Nr.330, Köln 2006.
- 70) Nur über vatican.va einsehbar. Das hilfreiche Dokument fand leider wenig Beachtung. Die Deutsche Bischofskonferenz publizierte den Text nicht wie sonst üblich in der Reihe „Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls“. Allein der Freiburger Fundamentaltheologe Magnus Striet hat in „Nach dem Gesetz Gottes“ (a.a.O. 118-128) in einem Anhang die Argumentation des Dokuments mit dem Naturrecht verworfen, sowohl theoretisch, als auch praktisch mit Blick auf die vom Naturrecht ausgeschlossene gelebte Homosexualität und die ihm widersprechende Gendertheorie.
- 71) Einsiedeln 1979.
- 72) Der Redetext steht bei vatican.va und ist auch abgedruckt bei Georg Essen (Hg.), Verfassung ohne Grund? A.a.O. 17-26, wo die Rede aus verschiedenen auch kritischen Blickwinkeln beleuchtet wird. Besonders zu erwähnen ist der Beitrag „Säkularer Staat, Demokratie und Naturrecht“ von Martin Rhonheimer (ebd. 75-90), der seine Fortsetzung findet in seinem Aufsatz „Recht und Politik. Benedikts Auseinandersetzung mit Demokratie und Rechtspositivismus“, in: Stephan Otto Horn, Wolfram Schmidt (Hg.), Hoff-

nung und Auftrag. Die Reden Benedikts XVI. zur Politik, Freiburg 2017, 62-89. Rhonheimer möchte „auf einige Lücken in Benedikts Argumentation hinweisen und versuchen, sie mit Hilfe der Tradition des christlichen Naturrechts, wie sie in Thomas von Aquin ihren Höhepunkt findet, zu schließen“ (ebd. 65). Ob dabei von nominalistischer Tendenz bei Benedikt XVI. gesprochen werden muß, sei dahingestellt. Richtig ist an Rhonheimers vom liberalen Sozialphilosophen Friedrich A. von Hayek beeinflussten Einwand, daß die Normativität des Naturrechts bereits im Sein von Natur und Vernunft gründet, nicht erst im Willen Gottes.

73) A.a.O. 18.

74) De civitate Dei, IV, 4,1.

75) Augsburg 2010.

76) A.a.O. 21.

77) Ebd. 22.

78) Ebd. 23.

79) Ebd. 25.

80) Katrin Krips-Schmidt, Ecksteine einer Deutschlandreise. Ein Jahr nach der Bundestagsrede: Ein Gespräch mit dem Philosophen Robert Spaemann, in: „Die Tagespost“ vom 2. Oktober 2012, 5.

81) Lehre für das Leben. Der Papst bekennt sich zur Orthopraxis des Naturrechts, in dieser Zeitschrift 2/2012, 103-113.

82) Vgl. das Gespräch von Michaela Koller mit der Rechtswissenschaftlerin über die bleibende Bedeutung des Naturrechts in: „Die Tagespost“ vom 27. Juni 2015, 14.

83) Vgl. den Artikel „Tödlicher Antinomismus“ in meiner Textsammlung „Standorte. Theologische Skizzen und Gestalten“, Heiligenkreuz 2010, 16-25 (Erstfassung in dieser Zeitschrift 5/1995, 392-395).

84) Vgl. etwas bei Wolfgang Waldstein, *Ins Herz geschrieben*, a.a.O., was konkret zum Lebensrecht, zu Fragen von Ehe und Erziehungsrecht der Eltern, zum Naturrecht auf Eigentum und zu Grundlagen des Vertragsrechts gesagt wird.

85) Vgl. Alfons Motschenbacher, *Katechon oder Großinquisitor? Eine Studie zu Inhalt und Struktur der Politischen Theologie Carl Schmitts*, Marburg 2000. Auf Augustinus und Tyconius beruft sich Giorgio Agamben, *Das Geheimnis des Bösen. Benedikt XVI. und das Ende der Zeiten*, Berlin 2015.

86) Vgl. die tiefeschürfende Arbeit des Heidegger-Kritikers Kurt Anglet, *Katechon – das/der „Hemmende“, „Aufhaltende“*, in: Ders., *Macht und Offenbarung. Zum Geheimnis der Gesetzwidrigkeit*, Würzburg 2009, 96-192.

87) Dazu Helmut Merklein, *Die Gottesherrschaft als Handlungsprinzip. Untersuchung zur Ethik Jesu (Forschung zur Bibel 34)*, Würzburg 1981.

88) Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*, Frankfurt a.M. 1951/1969, 333.

89) Walter Hoeres, *Die verratene Gerechtigkeit. Nach dem Abschied von Gottes heiliger Majestät*, Aachen 2016, 177-202.

90) *Sprache und Geschichte. Philosophische Essays*, Stuttgart (Reclam UB 8775) 1992, 132.

Dr. theol. Lic. theol. Stefan Hartmann wirkt als Autor und Dozent in Bamberg.

Manfred Spieker

Das Gefängnistagebuch von Kardinal Pell

„Ich komme klar, vielleicht besser als erwartet. Ich habe mein Brevier und meinen Rosenkranz, die vielen Briefe, die lieben Besuche und die Unterstützung – außerdem den Fernseher und den Wasserkocher“, schreibt *George Kardinal Pell* in sein Gefängnistagebuch am 28. Mai 2019 – nach drei Monaten in Einzelhaft in einem Hochsicherheitsgefängnis in Melbourne. Und er fährt fort: „Gott wirkt durch die alltäglichen Dinge. Ich bin sicher, daß all die Gebete und Opfer wie eine Flut sind, die meine ganze Situation und die Qualität meiner Berufung samt den jüngsten Entwicklungen tragen, nicht zu vergessen die investigative Arbeit von Windschuttle, Friel, George Weigel und First Things. Der Glaube gibt mir Sinn und Richtung, und die christliche Lehre über das Leiden ist der Schlüssel“.

Pell, am 8. Juni 1941 in Ballarat in Australien geboren, 1987 von Papst *Johannes Paul II.* zum Weihbischof, 1996 zum Erzbischof von Melbourne und fünf Jahre später zum Erzbischof von Sidney ernannt, wurde 2003 in das Kardinalskollegium aufgenommen. Im Jahr 2008 war er Gastgeber des Weltjugendtages mit Papst *Benedikt XVI.* Sechs Jahre später wurde er von Papst *Franziskus* 2014 sowohl zum Mitglied des ihn beratenden Kardinalsrats zur Kurienreform als auch zum Präfekten des neu geschaffenen Wirtschaftssekretariates berufen, um die Finanzen des Vatikans zu ordnen. Im Juni 2017 kehrte er nach Australien zurück, um sich gegen den Vorwurf sexueller Übergriffe zu verteidigen. Er soll Ende 1996 zwei Chorknaben nach einem Gottesdienst in der Sakristei der Kathedrale sexuell mißbraucht haben.

Als Bischof hatte *Pell* den Wahlspruch „Nolite Timere“ (Habt keine Angst) in sein Wappen geschrieben. Furchtlos wies er in Melbourne die Anschuldigungen zurück. Dennoch sprach ihn eine Jury von Geschworenen am 11. Dezember 2018 schuldig. Das Urteil wurde mit der Glaubwürdigkeit des Klägers, eines der beiden Chorknaben, begründet. Der zweite war schon vor dem Verfahren verstorben. Zeugen, die in der Sakristei anwesend gewesen waren und *Pell* entlasteten, blieben unbeachtet. Am 27. Februar 2019 wurde er nach den Verhandlungen über das Strafmaß im Gerichtssaal verhaftet und am 13. März zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Berufung vor dem höchsten Gericht des Bundesstaates Victoria wurde am 21. August, entgegen allen Erwartungen, mit 2 zu 1 Stimmen abgelehnt. Erst das Oberste Gericht von Australien hob am 7. April 2020 alle vorherigen Urteile mit 7 zu 0 Stimmen auf. *Pell* wurde aus der Haft entlassen und kehrte am 30. September 2020 nach Rom zurück.

Die 404 Tage der Haft nutzte *Pell*, um ein Tagebuch zu schreiben, das er nach seiner Entlassung in drei Bänden veröffentlichte. Der erste Band mit dem Titel „Unschuldig angeklagt und verurteilt“ ist in einer hervorragenden Übersetzung und mit informativen Anmerkungen versehen im Mai 2021 auf Deutsch erschie-

nen. Er umfaßt die ersten 20 Wochen im Gefängnis (27. Februar bis 13. Juli 2019).

George Kardinal Pell, Unschuldig angeklagt und verurteilt. Das Gefängnistagebuch, Band 1, Vorwort von George Weigel, Übersetzung von Dr. Gabriele Stein und Sr. Cornelia M. Knollmeyer, Verlag Media Maria, Illertissen, 415 S.

Die Übersetzung des zweiten Bandes mit dem Titel „Die Berufung wurde abgewiesen“ ist für Dezember 2021 angekündigt. *George Weigel*, mit *Pell* seit gemeinsamen Studientagen in Oxford in den 60er Jahren befreundet, schrieb ein Vorwort, dessen erste Zeilen den Bogen schlagen vom Justizskandal, dem *Pell* zum Opfer fiel, zu den geistlichen Früchten, die daraus hervorgingen: „Dieses Gefängnistagebuch hätte niemals geschrieben werden dürfen. Daß es dennoch geschrieben wurde, zeugt von Gottes Gnade, die es inmitten von Niedertracht, Bosheit und Ungerechtigkeit vermag, Einsicht, Großmut und Güte hervorzubringen. Und daß etwas so Schönes daraus entstanden ist, zeugt von der christlichen Gesinnung, die seinen Verfasser, George Kardinal Pell, prägt“.

Was schreibt *Pell* in seinem Tagebuch? Der Leser erfährt viel über den Gefängnisalltag, aber dabei bleiben seine Aufzeichnungen nicht stehen. Er betrachtet seine Zeit im Gefängnis als verlängerte Exerzitien, die täglich mit Betrachtungen zur Hl. Schrift eingeleitet und einem Gebet geschlossen werden. Dazwischen finden sich aufschlußreiche Reflexionen zu Entwicklungen im Vatikan, in der Weltkirche, in Australien, in der Politik und nicht zuletzt zu seinem Prozeß. Dabei mangelt es *Pell* nicht an Humor.

I. Der Gefängnisalltag

„Im Gefängnis zu sein bedeutet: Der Gefangene hat nicht das Sagen. Das ist, mit ein paar Ausnahmen, nicht auf Böswilligkeit zurückzuführen, sondern liegt am System. Anders kann und sollte es auch nicht sein“ (13. Juni). Der Gefängnisalltag beginnt für *Pell* in der Regel mit einer hl. Messe im Fernsehen, der „Mass for You at Home“ um 6.00 Uhr, an die sich oft evangelikale Musik der Hillsong Church oder der Songs of Praise anschließen. Die Zelebration der hl. Messe ist ihm untersagt. Nur sechs Bücher und sechs Zeitschriften darf er in seiner Zelle behalten. Am 3. März, seinem ersten Sonntag im Gefängnis, schreibt er: „Heute ist seit vielen Jahrzehnten, wahrscheinlich seit über 70 Jahren, der erste Sonntag, an dem ich – ohne krank zu sein – keine Messe besucht oder zelebriert habe. Ich konnte nicht einmal die Kommunion empfangen“. Der frommen Fernsehsendung folgen Meditationen zu Schriften des Alten oder Neuen Testaments. „Das Buch Hiob war perfekt, um mich ans Gefängnisleben zu gewöhnen“, schreibt er am 12. Mai, dem vierten Sonntag der Osterzeit, und zwei Monate zuvor, am 12. März, meint er: „Die Fastenzeit im Gefängnis zu verbringen, beinhaltet größtenteils die Dimension der Buße. Außerdem hat man genug Zeit zum Beten, nur das Almosengeben fällt aus“. Er scheut sich nicht, auch Schwächen zuzugeben: „Meine Betrachtung heute Morgen war ein kleines Desaster, weil ich in zwei

Drittel der festgesetzten Zeit und auch noch 20 Minuten darüber hinaus gedöst habe. Ich erinnere mich nur verschwommen, aber ich meine, ...die heilige Theresese von Lisieux, hätte gesagt, auch der Schlaf sei ein ‚gültiges‘ Gebet, denn auch wenn das Fleisch schwach ist, sei doch die Absicht gut“ (20. März).

Pell beschließt seine Notizen jeden Tag mit einem Gebet. Am 12. März, dem Vorabend der Urteilsverkündung, schreibt er: „Lieber Herr Jesus, gib mir die Kraft, morgen meine Fassung und meine christliche Würde zu bewahren und mich nicht vom Zorn darüber hinreißen zu lassen, wie ungerecht das alles ist. Möge Maria, deine Mutter, unsere Mutter und daher auch meine Mutter, bei mir sein, damit ich ein annehmbares Opfer zum Wohl der Kirche bringen kann“. Den 14. Mai beschließt er mit Versen von *Dietrich Bonhoeffer*, die ihm ein protestantischer Pastor aus Südastralien geschickt hatte: „Und reichst du uns den schweren Kelch, den bitteren des Leids, gefüllt bis an den höchsten Rand, so nehmen wir ihn dankbar ohne Zittern aus deiner guten und geliebten Hand“. Zweimal pro Woche bringt Schwester *Mary*, die Gefängnisseelsorgerin, ihm die Kommunion. Schwester *Mary*, die schon 25 Jahre im Dienst ist und von den Mithäftlingen „die Lebenslängliche“ genannt wird, beschreibt er als „resolut und beeindruckend“. Er könne sich „gut vorstellen, wie sie all die Weihbischöfe dazu bringt, ... in jedem Gefängnis eine Messe pro Woche zu feiern“. Am Aschermittwoch bringt sie ihm mit der Kommunion auch das Aschenkreuz. „Vorher war Father Philip Gill bereits bei mir gewesen, der anglikanische Gefängnisseelsorger..., der mir ebenfalls das Aschenkreuz auf die Stirn zeichnen wollte. Ich war einverstanden und sagte zu ihm, daß ich kein Problem mit anglikanischer Asche hätte. Darauf gab er zurück, daß es eigentlich katholische Asche sei, denn er hätte sie von Schwester *Mary* erhalten“ (6. März).

„Ein Wort oder zwei“, schreibt er am 14. März, dem Tag nach der Urteilsverkündung, „über meine Unterbringung in Zelle 11, Trakt 8 des Hochsicherheitsgefängnisses von Melbourne, wo ich gemeinsam mit einem muslimischen Terroristen ... und Gargasoulas, dem Bourke-Street-Mörder, inhaftiert bin (Gargasoulas hatte bei einer Amok-Fahrt sechs Menschen getötet, M.S.). Über die meisten weiß ich nichts. Mindestens ein paar der Häftlinge in den etwa zwölf Zellen schreien nachts vor Verzweiflung, aber in der Regel nicht sehr lange. ... Ich bin in Einzelhaft. Bis zu einer Stunde täglich habe ich Hofgang, und außerdem darf ich Besuche von Anwälten, Amtspersonen, Freunden, dem Arzt usw. erhalten. Das Wachpersonal ist nicht gleichermaßen entgegenkommend, aber alle sind korrekt, die meisten freundlich und einige sind sogar herzlich und hilfsbereit“. Einer bittet ihn eines Tages zu seiner Freude, für seine Kinder zu beten. Ein anderer will seinen Sohn am St. Pat's College in Ballarat anmelden, an dem *Pell* selbst Schüler war, das sich aber schon kurz nach seiner Verhaftung zu seiner Bestürzung von ihm distanziert hatte. „Ich habe ihm dies empfohlen und ihm gesagt, daß das St. Pat's eine gute Schule ist. Früher hätte ich ihm ein Empfehlungsschreiben ausstellen können, aber ich fürchte, das wäre jetzt nicht hilfreich“ (3. Mai).

In der Beschreibung seines Alltags und seiner Zelle fährt er fort: „Ich darf Briefe empfangen und kann draußen während des Hofgangs telefonieren. Meine Zelle

ist sieben bis acht Meter lang und unter dem dunkel getönten Fenster, wo das Bett steht, mehr als zwei Meter breit. Es ist ein gutes Bett mit einer festen Unterkonstruktion, einer nicht zu dicken Matratze. ... Wenn man hereinkommt, befinden sich links an der Wand Regale mit einem Bord für meinen Wasserkocher, ein Fernsehgerät und ein Eßplatz“. Zwei Wochen später notiert er: „Natürlich könnte ich im Gefängnis auch ohne Wasserkocher und Fernseher überleben, aber ich hoffe, daß das nicht nötig sein wird. Das Leben hält oft seltsame und willkommene Tröstungen bereit“. In der Beschreibung seiner Zelle fährt er fort: „Auf der anderen Seite des schmalen Durchgangs ... befinden sich ein Waschbecken mit heißem und kaltem Wasser, eine offene Toilette mit erhöhtem Sitz und Armstützen (wegen meiner Knie) und eine Duschzelle mit hohem Wasserdruck und wunderbar warmem Wasser. Anders als in vielen noblen Hotels gibt es an der Wand über dem Bett eine gute Leselampe. Es ist sehr bequem, alles, was man braucht, ist in Reichweite“. Auch die Gefängnisküche und das Wetter erwähnt er gelegentlich: das Essen sei meistens zu reichhaltig, nie heiß und wenig appetitlich. Höhepunkt: die Fleischpastete mit Tomatensoße samstags, vor allem, wenn sie warm ist. Dreimal pro Woche darf er „ein paar Kleinigkeiten aus der Kantine bestellen, ... meine Lipton- und Kamillentebeutel, zwei Tafeln Cadbury's Vollmilchschokolade (nur vier kleine Stückchen am Tag) ...“. Vom Wetter bekommt er nur bei seinen Hofgängen etwas mit. Er freut sich über jeden Sonnenstrahl, der in den Hof fällt. Zweimal am Tag gibt es einen Anwesenheitsappell. „Dann öffnen sie die kleine Klappe in der Zellentür und wir müssen unsere Hand darauflegen“ (18. März).

Entspannung im Gefängnisalltag bieten ihm zum einen *Tolstois* „Krieg und Frieden“ und zum anderen Football und täglich zwei Sudoku-Rätsel. Immer wieder hält er fest, wie weit er in der Lektüre des Romans, des besten, den er je gelesen habe (8. Juni), fortgeschritten ist. Die Spitzenspiele der Australian Football League, die im Fernsehen übertragen werden, läßt sich *Pell*, der selbst vor einer Football-Profi-Karriere stand, bevor er sich entschloß, Priester zu werden, nicht entgehen: „Football hat das Gefängnisleben für mich leichter gemacht“ (13. April). Schon am 21. März hatte er einige Gedanken zu seiner Entscheidung im Jahr 1959, die Vertragsangebote von Football-Clubs der Victorian Football League abzulehnen, um Priester zu werden, festgehalten. Seine Begeisterung für Sport, auch für Pferderennen und die Tour de France, die er wegen der Schönheit der französischen Landschaften gern verfolgt, reißt ihn zu der Bemerkung hin, über Australiens Niederlage gegen England im Cricket empfinde er größere Scham als über seinen Gefängnisaufenthalt (...).

Ein großer Trost sind die zahlreichen Briefe, die er täglich erhält. Sie enthalten Gebete, Gebets- und Fastenversprechen, Gedichte, Psalmen oder Schriftworte, Ermutigungen oder Versicherungen, daß sein Leiden geistliche Früchte hervorbringen werde. „Seit meiner Ankunft“, schreibt er am 9. März, „habe ich 100 Briefe erhalten. ... Über ein Dutzend stammt von Mithäftlingen. Zwei Häftlingen habe ich geantwortet, einer von ihnen hatte mir auf Latein geschrieben. Viele von ihnen haben Gedichte und Gebete dazugelegt, die oft in jeder Hinsicht schön sind und beinahe immer den tiefen Glauben der Absender und ihr tiefes Ver-

ständnis des Leidens und Sterbens Christi zum Ausdruck bringen“. Auch *Gargasoulas*, der Mörder, schreibt ihm mehrfach. „Entgegen dem Rat meines Anwalts hielt ich es für das Beste, mich ihm gegenüber als Priester zu verhalten“ (12. März). Bis zum 1. April erhält er rund 350 Briefe. Deren Lektüre nimmt täglich einen erheblichen Teil seiner Zeit in Anspruch. Häufig zitiert er aus ihnen. „Heute sind wieder 45 Briefe eingetroffen, die ich mit Dankbarkeit gelesen habe. ... Matthew, ein guter Freund, hat geschrieben, daß es sich so anfühlt, als ob er an Thomas Morus oder an John Fisher schreiben würde, ‚aber Deine Haft scheint in den Augen der Welt weit weniger ruhmreich zu sein‘. Das stimmt. Er schloß den Brief ab, indem er die Worte Christi, die dieser an den heiligen Petrus gerichtet hatte, zitierte: ‚Als du jünger warst, gingst du, wohin du wolltest. Wenn du aber alt geworden bist, wird ein anderer dich gürteln und dich führen, wohin du nicht willst‘. Auch das stimmt“ (4. April).

Eine Woche später notiert er: „Der gebildetste meiner Mithäftlinge, der mit mir korrespondiert, hat mir einen mit der Maschine geschriebenen, vier Seiten langen Brief mit einer ganzen Reihe guter Ratschläge und interessanter Beobachtungen gesandt. Freundlicherweise erwähnte er, daß er, einige Seelsorger und sein kleiner christlicher und muslimischer Freundeskreis an meine Unschuld glaubten ...“ (11. April). Ein anderer Schreiber teilt ihm seine Träume mit. Von ihm berichtet *Pell* einen Monat nach der Berufungsverhandlung: „Mein Freund, der Träumer, hat zum dritten Mal geschrieben, da er mich in seinem neuesten Traum noch immer hinter einer Absperrung und weinend gesehen hat. Meine Berufung könnte möglicherweise nicht erfolgreich sein. Trotzdem wird sich für mich alles zum Guten wenden. Er scheint in seinen Träumen nun beide Möglichkeiten abgedeckt zu haben, was ihm zweifellos helfen wird, seinen Anspruch auf eine zutreffende ‚Prophezeiung‘ aufrechtzuerhalten“ (6. Juli).

II. Der Prozeß

Am 27. Februar 2019 war *Pell* verhaftet und am 13. März zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Am 5. und 6. Juni fand die Berufungsverhandlung vor dem Obersten Gericht des Bundesstaates Victoria statt. Die Ablehnung der Berufung erfolgte am 21. August. Sie ist nicht mehr Gegenstand des ersten Bandes des Tagebuches. Von Anfang an wurde von *Pell*, seinen Anwälten und auch den Medien die Frage aufgeworfen, „wie es bei einer nicht bestätigten Beschuldigung und 20 widersprüchlichen Zeugenaussagen der Anklage überhaupt zu einem Prozeß kommen konnte“ (28. Februar). Die von *Pell* erwähnten investigativen Journalisten hatten seinen Prozeß mit einem Fall in Philadelphia verglichen. (Ein 23-jähriger Mann, genannt „Billy Doe“, hatte 2011 zwei Priester und einen Lehrer beschuldigt, ihn elf Jahre zuvor als Ministranten vergewaltigt zu haben. Die Angeklagten waren zu Haftstrafen verurteilt worden. Später wurde nachgewiesen, daß die Anklage auf einer Serie von Lügen beruhte, M.S.).

Pell selbst hatte schon 1996 als Erzbischof von Melbourne im „Melbourne Response“ Regelungen zur Behandlung von Fällen sexuellen Mißbrauches durch Priester und kirchliches Personal eingeführt. Er begrüßt im Tagebuch die von

Papst *Franziskus* erlassenen Bestimmungen zur Behandlung von Mißbrauchsvorwürfen und die Ankündigung von Protokollen, „wie mit Vorwürfen gegen Kardinäle, Bischöfe und Ordensobere umzugehen ist ... das alles muß ein Schritt in die richtige Richtung sein, weil das Problembewußtsein und vermutlich auch die kriminellen Muster von Nation zu Nation sehr unterschiedlich sind“ (13. Mai).

„Es kann wohl nicht bezweifelt werden“, schreibt *Pell* am 9. März, „daß die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung – und insbesondere der militanten Säkularisten – durch meinen Sozialkonservatismus und mein Eintreten für die jüdisch-christliche Ethik befeuert worden ist. Ich glaube an die göttliche Vorsehung. Nie habe ich diese Situation gewollt, sondern alles getan, um sie zu vermeiden. Aber hier bin ich nun, und ich muß bestrebt sein, Gottes Willen zu erfüllen“. *Pell* ist davon überzeugt, daß die Geschworenen ihn „für Dinge außerhalb des Verfahrens ... zur Rechenschaft ziehen wollten. ... Der Richter hatte mit seiner Warnung, niemand zum Sündenbock zu machen, keine Chance gegen die Feindseligkeit einer durch jahrelange Negativ-Publicity aufgestachelten Öffentlichkeit“ (3. Mai).

Von März bis Mai bereiten die Anwälte mit *Pell* die Berufungsverhandlung vor. Der einzige Kläger hatte seine Aussagen immer wieder geändert. „Nicht ein einziger der 20 Zeugen hat die Geschichte des Klägers bestätigt, und ich hatte vier Personen, die mir ein Alibi gegeben haben: den Zeremoniar, den Küster und zwei Ministranten“ (12. März). Am 25. Mai notiert *Pell*: „Ich hatte einen unerwarteten Besuch von Kartya, der Anwältin aus unserem Team, die sich persönlich und professionell zu 100 Prozent für meine Sache einsetzt. Sie war ganz aufgeregt und hat mir einen Brief gezeigt, den sie ans Gericht gesandt hatten. Die Beweislage hat ergeben, daß ich 1996 nur zweimal in der Kathedrale von Melbourne die Sonntagsmesse zelebriert hatte, und zwar am 15. und am 22. Dezember“.

Nachdem Kläger und Staatsanwaltschaft die Daten, an denen der Mißbrauch stattgefunden haben sollte, mehrfach geändert hatten und dabei auch ein Datum genannt hatten, an dem *Pell* gar nicht vor Ort gewesen war, notiert *Pell*: „Das Wichtigste aber war, daß wir inzwischen beweisen konnten, daß der Chorknabe (R.) an dem fraglichen Wochenende im Krankenhaus gelegen hatte. Da wir nun also beide Eckdaten ausschließen konnten, stehen wir kurz davor, das Spiel, Satz und Sieg, für uns zu entscheiden“ (25. Mai). Seine Anwälte nennt *Pell* „gute, wirklich gute Menschen, aber gottlos“ (28. Mai). Am 24. Juni schreibt er: „Ich habe nie damit gerechnet, verurteilt zu werden, nicht nur, weil ich unschuldig bin, sondern auf Grund des Mangels an Beweisen (abgesehen von dem armen Kläger) und auf Grund der Aussagen meines Juristentams und anderer Anwälte. Wie ich gern wiederhole, sagte der Haftrichter, der mich wegen der Beschuldigungen im Zusammenhang mit der Kathedrale in Untersuchungshaft genommen hat: Wenn die Zeugenaussagen des Zeremoniars und des Küsters berücksichtigt werden, könnte mich kein Geschworenengericht verurteilen“.

Nicht nur *Pell* sieht im Prozeß ein Resultat des Antikatholizismus und Antiklerikalismus, die von den Medien gefördert werden. „In Australien, wo die säkulare

Minderheit sich vergrößert und zur zweitgrößten ‚Religionsgruppe‘ gleich nach den Katholiken entwickelt hat, führen die Bestrebungen, das Rechtswesen von jüdisch-christlichen Einflüssen zu befreien, dazu, daß die Auseinandersetzungen offener und erbitterter sind, und das wiederum führt zu antikatholischen Positionen. Tony Abbott (katholischer Ministerpräsident 2013-2015, M.S.) hatte darunter zu leiden. Tief in meinem Inneren habe ich das Gefühl, daß auch in meinem juristischen Kampf mehr als nur ein Hauch des bösen Geistes am Werk ist“ (18. März). Eine Frau schreibt ihm, der Anfang der „Katholikenverfolgung“ in Australien sei „der Moment gewesen ... , als ich denen, die mit Regenbogenschärpen in die St. Patrick’s-Kathedrale in Melbourne gekommen waren, die Kommunion verweigert hatte. ... Es mag durchaus sein, daß sie recht hat. Jetzt, da durch ein Referendum zugunsten der gleichgeschlechtlichen Ehe entschieden wurde, können wir damit rechnen, daß der Druck, unsere Religionsfreiheit einzuschränken – die auch darin besteht, in unsren Schulen und Kirchen und Pfarrgemeinden die christliche Lehre über Ehe, Familie und Sexualität zu vertreten – weiterwächst“ (1. April).

In einem weiteren Brief werden andere Gründe für die Anklage gegen ihn vermutet: „Zum dritten Mal war ein Brief mit einer Botschaft über mich dabei, die Unsere Liebe Frau der irischen Seherin Christina Gallagher übermittelt hat (oder haben soll). Darin erklärt die Jungfrau Maria, daß ‚der Grund, weshalb die Macht der Finsternis ihn (mich) mit falschen Anklagen überschattet hat‘, die Arbeit gewesen sei, die ich übernommen hätte, um dem finanziellen und sexuellen Fehlverhalten im Vatikan ein Ende zu bereiten. Alle maßgeblichen Verantwortlichen der vatikanischen Finanzreform sind angegriffen worden, besonders von der Presse, und einer Reihe dieser wichtigen Leute in Rom hat den Eindruck, daß meine Probleme in Australien damit zusammenhängen. Wir haben keine Beweise für einen solchen Zusammenhang, obwohl ich diese Möglichkeit nicht ausschließe, aber Unsere Liebe Frau muß mehr wissen als ich, jedenfalls wenn die Botschaft echt ist“ (31. März).

Über einen Austausch seiner Rechtsanwältinnen und die entsprechende Medienresonanz wird *Pell* von einer Mitarbeiterin des Anwaltsteams informiert: „Sie hat erwähnt, daß *The Age* (liberale australische Tageszeitung, M.S.) auf der Titelseite groß darüber berichtet, daß Richter (einer der Anwältinnen, M.S.) bei der Berufungsverhandlung durch Walker ersetzt werden wird. Als man ihn nach den Gründen fragte, hat Richter seine Chance grandios genutzt und erklärt, daß er die emotionale Distanz nicht länger wahren könne. Das Urteil sei absurd, betonte er, und man habe einen Unschuldigen ins Gefängnis gebracht. Und das alles auf der Titelseite von *The Age*“ (6. März). Von derselben Mitarbeiterin berichtet er gut zwei Monate später: „Sie ist beeindruckt von Walker, der inzwischen auch davon überzeugt ist, daß in meinem Fall ein schwerwiegender Justizirrtum vorliegt, und daher auch emotional Anteil nimmt“ (10. Mai). *George Weigel* vergleicht den Prozeß wiederholt mit der *Dreyfus-Affäre*, einem Justizskandal, der 1894 die französische Gesellschaft spaltete: In einem Klima des Nationalismus und des Antisemitismus war *Alfred Dreyfus*, ein jüdischer Hauptmann aus dem Elsaß, wegen angeblichen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt und auf die Teu-

felsinsel vor der Küste von Französisch-Guayana verbannt worden. Erst 1906 hob das zivile Oberste Gericht Frankreichs das Urteil auf und rehabilitierte *Dreyfus*.

III. Kirche und Welt

Erhält *Pell* während des Prozesses und im Gefängnis Unterstützung aus dem Vatikan? Ja, aber sie bleibt sehr gering und *Pell* seinerseits läßt Zurückhaltung sowohl gegenüber Papst *Franziskus* als auch gegenüber der Kurie erkennen. Bei seiner Rückkehr nach Australien im Juni 2017 hatte ihn Papst *Franziskus* vom Amt des Präfekten des Wirtschaftssekretariats beurlaubt. Im Februar 2019 endete sein Mandat sowohl im Wirtschaftssekretariat als auch im Kardinalsrat. Der Vatikan bekundete „Respekt“ gegenüber der australischen Justiz.

1. Papst *Franziskus* und Kardinal *Parolin*

Nach der ersten Woche im Gefängnis notiert *Pell*: „Parolin hat mir über den Nuntius und Schwester Mary eine Nachricht gesandt und seine Unterstützung ausgedrückt. Ich war gerührt und habe mich darüber gefreut“ (6. März). Zu Papst *Franziskus* gibt es bis zum 13. Juli (Ende des ersten Bandes) keinen persönlichen Kontakt. Nach vier Monaten im Gefängnis notiert er etwas distanziert: „Ehe ich es vergesse, Chris Meney (Kanzler der Erzdiözese Sidney, M.S.) hat mich vor ein paar Tagen darüber informiert, daß Papst *Franziskus* mich warmherzig als persönlichen Freund bezeichnet habe anlässlich des Ad-limina-Besuchs der australischen Bischöfe in Rom. Er erklärte, daß er meine Sache implizit unterstütze und wies darauf hin, daß er nicht um meinen Rücktritt gebeten habe. Ich habe den Text nicht gesehen, bin aber sehr dankbar“ (27. Juni).

An anderer Stelle äußert sich *Pell* sehr kritisch zu Papst *Franziskus*, ohne ihn allerdings beim Namen zu nennen: „Die Treue zu Christus und seiner Lehre bleibt unverzichtbar für jeden fruchtbaren Katholizismus und jede religiöse Erneuerung. Deshalb sind die (von Papst *Franziskus*, M.S.) ‚approbierten‘ argentinischen und maltesischen Auslegungen von *Amoris Laetitia* so gefährlich. Sie widersprechen der Lehre des Herrn über Ehebruch und den Lehren des heiligen Paulus über die notwendigen Voraussetzungen für den würdigen Empfang der heiligen Kommunion“.

2. Die Kurie

Zu seinen Schwierigkeiten in Rom bei der Ordnung der Finanzen des Vatikans macht *Pell* nur Andeutungen. Er erwähnt einen Brief von *Roger Kardinal Malony*, dem emeritierten Erzbischof von Los Angeles, der ihm nicht nur versichert, daß viele der Mitbrüder im Kardinalsamt auf seiner Seite stünden, sondern ihn auch daran erinnert, „daß wir zusammen im 15-köpfigen Kardinalsrat des Vatikans waren, der unter Papst Benedikt mit der Untersuchung der organisatorischen und wirtschaftlichen Probleme des Heiligen Stuhls beauftragt war, ‚als so viele unserer Fragen nie zufriedenstellend beantwortet und unsere Empfehlungen nie ernst genommen wurden‘“. *Pell* fährt fort: „Die Lage hat sich inzwischen verbessert, ist aber immer noch nicht gut genug, denn die Bemühungen des Wirt-

schaftssekretariats um eine Finanzreform wurden vereitelt und haben keine Ergebnisse gebracht“ (20. April).

Auch in einigen anderen Bemerkungen kommt „der Vatikan“ nicht gut weg. *Pell* nennt die Klimawandel-Bewegung „gnadenlos und intolerant, kolossal teuer und für allzu viele Menschen ein willkommener Religionsersatz“ und fügt hinzu „Leider sind viele im Vatikan auf den Klimawandel-Zug aufgesprungen, obwohl die Enzyklika *Laudato Si* zweimal ausdrücklich einräumt, daß die Kirche die Naturwissenschaft den Naturwissenschaftlern überlassen sollte. Das könnte sich als ein ähnlich schwerer Fehler erweisen wie der, den das Papsttum mit Galileo gemacht hat“ (30. April).

Er berichtet von einem Gespräch mit dem Jesuitengeneral, Pater *Kolvenbach*, „ein intellektuelles, moralisches und vermutlich auch spirituelles Schwergewicht, ein würdiger Oberer der Jesuiten, ... Fest steht jedenfalls, daß es dieses hohe intellektuelle Niveau in Rom heute ... nicht mehr gibt“ (20. März). Im Hinblick auf den vietnamesischen Kardinal *van Thuan* lautet seine Kritik an der Kurie: „Ehe er zum Präsidenten des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden ernannt wurde, lebte der Erzbischof in der Via Sacchetti in Rom und erhielt keinerlei Unterstützung vom Vatikan ... vielen in Rom war sein außerordentliches moralisches und spirituelles Format gar nicht bewußt“ (6. April).

3. Kardinal Francois Xavier Nguyen van Thuan

In Kardinal *van Thuan* sieht *Pell* einen Heiligen. Der Seligsprechungsprozeß wurde 2010 eröffnet. Kardinal *van Thuan* war in Vietnam nach der kommunistischen Machtübernahme 1975 dreizehn Jahre im Gefängnis, davon neun Jahre in Einzelhaft. „Ich habe gerade die Biographie des vietnamesischen Kardinals Francois Xavier Nguyen van Thuan ausgelesen, den ich kennenlernen und als meinen Freund betrachten durfte. ... Er hat eine ganze Reihe wunderbarer Bücher geschrieben, die vor allem von seiner Zeit im Gefängnis inspiriert sind. Viele handeln von der Hoffnung. Er wollte andere an seinen Erfahrungen teilhaben lassen“ (6. April). Knapp sechs Wochen später schreibt er: „Bei der Lektüre von Kardinal *van Thuans* Betrachtung über die Eucharistie habe ich ein Problem gelöst, das mich beschäftigt hat. Er hatte bekannt, daß er in einer Phase seiner 13-jährigen Haft ... nicht in der Lage gewesen sei zu beten. Das konnte ich nicht verstehen. Ich verstehe zwar nur allzu gut, daß einem das Beten widerstrebt, daß es sich trocken anfühlt, einem nichts gibt, einen nicht tröstet. Aber es war mir ein völliges Rätsel, daß ein Mann, den ich als Heiligen betrachte, nicht beten konnte. Er hat uns zu diesem Denken verleitet, weil er einen zu hohen Maßstab angesetzt hat. Wenn ihn sein physisches und moralisches Elend am Beten hinderte, so schreibt er in seinem Büchlein, habe er ‚Hunderte Male das Ave-Maria wiederholt‘. Das war auf jeden Fall Gebet genug“ (15. Mai).

4. Benedikt XVI. und Johannes Paul II.

Pell hadert mit dem Rücktritt von Papst *Benedikt XVI.* im Jahr 2013: „Ich bevorzuge die jahrtausendealte Tradition, daß Päpste nicht zurücktreten und bis zu ihrem Tod im Amt bleiben, da dies dazu beiträgt, die Einheit der Kirche zu bewahren“. Er macht Vorschläge zum Status eines zurückgetretenen Papstes (Titel:

Papst emeritus, Eingliederung ins Kardinalskollegium, keine weiße Soutane) und meint dann: „Wahrscheinlich können solche Maßnahmen am besten von einem Papst eingeführt werden, dessen Vorgänger nicht mehr lebt“ (29. Juni). *Pell* rühmt den am 10. April 2019 veröffentlichten Text des emeritierten Papstes über die Mißbrauchskrise: „Trotz seiner 89 Jahre (hier irrt *Pell*, denn Benedikt XVI. war zu diesem Zeitpunkt bereits 91 und wurde wenige Tage später, am 27. April 2019, 92, M.S.) ist das Dokument typisch für Benedikt in Bestform und bringt seine Ansichten zu drei Themen auf elegante und stichhaltige Weise zum Ausdruck. Er beginnt damit, die Welt zwischen 1960 und 1980 aus deutscher Sicht zu analysieren. Es waren die Jahre der sexuellen Revolution, nach der Erfindung der Pille, und er legt dar, wie sich diese Revolution auf Priester und die Priester-ausbildung ausgewirkt hat. Das letzte Drittel des Textes beantwortet Lenins berühmte Frage: Was tun?“ (13. Mai). *Pell* erwähnt *Benedikt XVI.* auch im Hinblick auf die Krise der katholischen Kirche in Irland: „Ich habe mich unter Papst Benedikt stark dafür eingesetzt, für Irland Bischöfe zu berufen, die energischer durchgreifen. Er stand diesem Anliegen wohlwollend gegenüber, doch war es ihm nicht gelungen, seine Wünsche in Taten umzusetzen“ (17. März).

Johannes Paul II. wird selten erwähnt, aber *Pells* Bewunderung für diesen heiligen Papst wird hinreichend deutlich. Im Zusammenhang mit Reflexionen über die Notwendigkeit von Führungspersönlichkeiten schreibt er: „Die Kirche in der westlichen Welt – und nicht nur in der ehemaligen kommunistischen Welt – würde heute anders aussehen ohne den heiligen Johannes Paul den Großen“ (3. Juli). *Pell*, der berichtet, daß sein Neffe *Nick* ihn „als einen Mann Johannes Pauls des Großen bezeichnet“ (28. März), erwähnt das Institut *Johannes Pauls II.* für Ehe und Familie, „dessen Gründung ich 2001 unterstützt habe und das nun wegen finanzieller Engpässe im Erzbistum Melbourne – demselben Bistum, das erst kürzlich zehn Millionen für ein Bürogebäude ausgegeben hat – geschlossen worden ist. Eine der schlimmsten Fehlentscheidungen in der Geschichte der Erzdiözese“ (22. März).

5. Das II. Vatikanische Konzil

Im Zusammenhang mit dem II. Vatikanischen Konzil erwähnt *Pell* ein weiteres Mal *Ratzinger*. Nach dem Konzil waren „wir, die jungen Priester und Ordensleute, alle ‚progressiv‘ ... und den Konzilsreformen verpflichtet. ... Erst nach und nach zeichneten sich die Unterschiede ab zwischen denjenigen, die sich an den Wortlaut der Konzilsdokumente halten wollten, und denjenigen, die die Texte für bloße Kompromisse hielten, die man als Sprungbrett für andere, ‚bessere‘ Optionen nutzen könnte. 30.000 Männer gaben ihr Priesteramt auf, und die Zahl der Ordensleute, die ihren Orden verließen, war noch größer. Ratzinger, de Lubac, Daniélou und von Balthasar haben deutlich gemacht, wo die Grenze zwischen Kontinuität und Bruch verläuft“ (20. März).

Pell würdigt die Rolle von Papst *Paul VI.* am Ende des Konzils im Zusammenhang mit der Lehre über Maria: „Die progressiven Kräfte überzeugten die Mehrheit der Bischöfe, kein besonderes Konzilsdokument über Maria zu veröffentlichen; daher wurde ihr ein ausgezeichnetes Kapitel in der Konstitution über die Kirche *Lumen Gentium* („Licht der Völker“) gewidmet. ... Papst Paul VI. war

allerdings ein großer Marienverehrer, und es war ihm bewußt, daß minimalistische Kräfte am Werk waren, als er als Papst, ohne die Konzilsväter zu konsultieren, sie als ‚Maria, Mutter der Kirche‘ proklamierte. Manche hatten Einwände, denn da Maria offensichtlich ein Glied der Kirche ist, wie dies im Kapitel in *Lumen Gentium* richtig dargelegt wurde, sollte sie nicht als deren Mutter verehrt werden. Andere wiederum waren deshalb dagegen, weil diese Lehre einseitig vom Papst und nicht vom Konzil verkündet worden war. Papst Paul argumentierte zutreffend, daß das Petrusamt nicht dem der Nachfolger der Apostel untergeordnet ist. Deshalb kann es auch kein gültiges Konzil ohne den Vorsitz und die Zustimmung des Papstes geben“. Im Hinblick auf die Ökumene hält *Pell* fest: „Das Konzil zeichnete sich gegenüber der protestantischen Welt durch mehr Sensibilität aus als gegenüber der östlichen Orthodoxie“ (10. Juni).

Mehrfach rühmt *Pell* die Stärkung der Rolle der Laien durch das II. Vatikanische Konzil: „Die vielleicht wichtigste Errungenschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils war, daß es die Laien zur Mission berufen hat, wie wir es beim Neokatechumenalen Weg und dem *Opus Dei* erkennen können, die beide vor dem Konzil gegründet worden waren (*Opus Dei* 1928, Neokatechumenaler Weg 1964, M.S.), aber maßgeblich an der Vorbereitung der Konzilsdokumente beteiligt gewesen sind“ (30. Mai). „Die Anerkennung der Würde und der Berufung der Laien, der überwältigenden Mehrheit der Getauften, ist eine der besten Früchte des Zweiten Vatikanischen Konzils, doch der Niedergang und tatsächlich auch das Sterben vieler Ordensgemeinschaften in der westlichen Welt gehört zu den traurigsten Entwicklungen in der nachkonziliaren Kirche. Die Jesuiten sind die Spitzenreiter in diesem Niedergang“. Er habe sich mit Papst *Franziskus*, „ein Jesuit, (der) selbst Probleme mit den Jesuiten hatte, über die Notwendigkeit von Reformen unterhalten. Bislang haben wir, oder wenigstens ich, keinen Anhaltspunkt für Fortschritte“ (21. Juni).

6. *Opus Dei*

Seiner großen Wertschätzung des *Opus Dei* und auch des Neokatechumenalen Weges gibt *Pell* in einem den Eintrag vom 12. April abschließenden Gebet Ausdruck, in dem er die Geschichte der großen Erneuerungsbewegungen der Kirche Revue passieren läßt: „Gott, unser Vater, hilf uns, nicht zu vergessen, daß dein Geist noch immer in der Kirche wirkt, damit so, wie die Benediktiner im 6., die Dominikaner und Franziskaner im 13. und die Jesuiten im 16. Jahrhundert entstanden sind, um den Herausforderungen ihrer Zeit zu begegnen, auch heute Gruppen wie das *Opus Dei* und der Neokatechumenale Weg uns helfen, der Glauben weiterzugeben“.

Am selben Tag notiert er: „Ich habe ziemlich viele Briefe von Freunden erhalten, die Numerarier des *Opus Dei* sind. Das *Opus Dei* besteht hauptsächlich aus Laienmitgliedern, wird aber von Priestern und einem Prälaten geleitet. Es wurde 1928 in Spanien von Padre Josemaria Escriva gegründet. Seine Mitglieder haben überall dort, wo sie hingegangen sind, das Leben der Kirche gestärkt und sind mir nicht zuletzt während meiner Zeit in Rom eine große Hilfe gewesen. Ich habe an ihren monatlichen Einkehrtagen in der Kirche Sant’ Eugenio teilge-

nommen, und sie haben mir etliche Jahre lang einen Beichtvater zur Verfügung gestellt“.

In Rom hat *Pell* noch eine weitere Unterstützung durch das Opus Dei erfahren: „Während meiner Arbeit mit den vatikanischen Finanzen wurden mir die Herausforderungen dort und andernorts und die gelegentlichen Mißgeschicke bewußt, die es auf jedem Kontinent gegeben hat. Persönliche Ehrlichkeit und guter Wille sind keine Entschuldigung für mangelnde Kompetenz, die die Korruption begünstigt. Es erschien mir notwendig, in Rom einen Studiengang für Management und Finanzen für Priester, Ordensleute und Laien einzurichten. ... Man mußte kein Einstein sein, um diese Notwendigkeit zu erkennen, aber die Verantwortlichen der Universität Santa Croce (der Opus Dei-Universität, M.S.) haben die Anregung professionell und schnell umgesetzt. Ihr Engagement und ihre Effizienz sind nicht alltäglich in Rom, und im Februar dieses Jahres (2019) hat der erste Jahrgang seinen Abschluß gemacht“ (24. April).

Pell erwähnt, daß er als Erzbischof von Melbourne das Opus Dei eingeladen hatte, nach Melbourne zu kommen, unter der Voraussetzung, daß sein Priesterrat zustimmen würde. Diesem hatte er erklärt, daß niemand sich dem Opus Dei anschließen oder mit ihm zusammenarbeiten müsse. Der Rat stimmte „mit einer hauchdünnen Mehrheit für die Einladung“ (12. April). Als er dann 2001 Erzbischof von Sidney wurde, habe ihn ein „altgedienter Priester, ein freundlicher Mann ohne Groll“ darauf hingewiesen, daß „weder das Opus Dei noch der Neokatechumenale Weg in Sidney sonderlich wohlwollend betrachtet würden. ‚Dann sind das zwei Dinge, die sich ändern müssen‘, erwiderte ich“ (4. April).

Mit einer Anekdote bringt er neben seiner Wertschätzung auch das gespannte Verhältnis der Jesuiten zum Opus Dei zum Ausdruck: „Einer meiner Briefschreiber war schon früh dem Opus Dei beigetreten. ... Er ist bei den Jesuiten in Riverview in Sidney zur Schule gegangen, und es geht die Rede, daß seine früheren Mitschüler bei einem Ehemaligentreffen, als die meisten schon recht ausgelassen waren, beschlossen hatten, einen Trupp zusammenzustellen, um ihn zu retten und aus den Händen der Sektierer zu befreien, die ihn gefangen hielten. Er hat überlebt und arbeitet immer noch effektiv und gern“ (12. April). In seinem eigenen Tagesablauf macht sich *Pell* allerdings die Sitten des Opus Dei nicht zu eigen: „Ich habe gehört, daß es eine Bußübung beim Opus Dei ist, gleich nach dem Wachwerden aus dem Bett zu springen, aber ich habe es schon immer vorgezogen, nach dem Klingeln des Weckers noch fünf Minuten im Bett zu bleiben“ (29. März).

7. Der „synodale Weg“ und eine Alternative

Der Begriff „synodaler Weg“ kommt im Tagebuch nicht vor, aber die Sache ist *Pell* vertraut und er hat eine klare Meinung dazu: „Ich glaube, T. S. Eliot war es, der gesagt hat, daß wir immer nach einem neuen System suchen, damit wir nicht gut sein müssen. Er hat das sicherlich eleganter ausgedrückt (wenn er es denn war), aber Erneuerung bedeutet weit mehr als eine Reform der Verwaltung, so wichtig diese auch sein mag. Der Versuch, die gelebte Homosexualität zu legitimieren, Frauen zu Priestern zu weihen, die Autorität und die Kraftreserven des

Papsttums radikal zu beschneiden, die prophetischen und königlichen Funktionen von Bischöfen und Priestern abzuschaffen und ihnen dann gleichzeitig die Feier der Sakramente zu erlauben, führt in eine Sackgasse und ist unrealistisch. Und sich über diese Fragen zu streiten, kostet Zeit und Kraft, wie die jahrzehntelange Auseinandersetzung über die Frauenordination in der anglikanischen Kirche gezeigt hat. Der emeritierte Papst Benedikt hat es auf den Punkt gebracht: Wir brauchen ‚nicht eine von uns erdachte andere Kirche‘. Was wir brauchen, ist Reue und Glauben an den einen wahren und transzendenten Gott der Liebe und seinen eingeborenen Sohn, unseren Erlöser“ (15. Mai).

Sieht *Pell* Länder, in denen die Kirche andere Wege einschlägt als in Deutschland? Er blickt anlässlich des Brandes der Kathedrale Notre-Dame auf den traditionellen Katholizismus in Frankreich, der eine lebendige und kraftvolle Minderheit sei: „Das ist zu einem Großteil Kardinal Lustiger, dem verstorbenen Erzbischof von Paris zu verdanken, der gezeigt hat, wie die Kirche auch in einer weitestgehend säkularisierten Gesellschaft ihren Beitrag leisten und überleben kann“ (16. April). Bereits am 11. März notiert er: „Lustigers Umgang mit der Moderne war so, wie er sein sollte: ein bedingungslos christlicher Aufruf zu Glauben und Buße. Einmal hatte er mehr junge Priester und Seminaristen als der Rest von Frankreich zusammen. Ich bin bei der Reform des Seminars in Melbourne ein Stück weit seinem Vorbild gefolgt“.

Nach dem Lob auf Kardinal *Lustiger* kommt *Pell* auf dessen zweiten Nachfolger zu sprechen, mit dem er eine Vision verbindet, die auch als Kritik am gegenwärtigen Papst gelesen werden kann: „Der gegenwärtige Erzbischof von Paris, Michel Aupetit, der früher Arzt war, kommt aus derselben Tradition, und ich hoffe, daß er bald zum Kardinal ernannt wird. Mit noch ein paar Jahren praktischer Leitungserfahrung sollte er absolut ‚papabile‘ sein, das heißt, eine reelle Chance haben, der nächste Papst zu werden“ (16. April). Auch in der katholischen Kirche der USA sieht *Pell* hoffnungsvolle Zeichen. „Trotz ihrer gegenwärtigen Probleme zeigen die besten Glieder in der amerikanischen Kirche, wie die Christen, die sich nach dem Evangelium ausrichten, der Moderne begegnen können“ (4. Juli).

8. *Marginalien zur Politik*

Anmerkungen zur Politik finden sich in *Pells* Tagebuch, sieht man von Australien ab, nicht häufig. Zum amerikanischen Präsidenten notiert er: „Präsident Trump ist leider ein bißchen barbarisch, aber in dem einen oder anderen Punkt ist er ‚unser‘ (christlicher) Barbar“. Er würdigt die Ernennung von Richtern am Supreme Court: „Seine beiden Ernennungen von Richtern für den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten werden den Vormarsch des Säkularismus verlangsamen, denn der Oberste Gerichtshof hat sehr viel mehr Möglichkeiten, die Gesellschaft zu formen, als der Oberste Gerichtshof hier bei uns in Australien. Ich halte das australische System, in dem das Parlament mehr Entscheidungen trifft, für besser. Um dieses Gleichgewicht zu schützen, war ich gegen eine australische Bill of Rights, die den Interpretationen der Gerichte größere Entscheidungsgewalt gegeben hätte. Parlamentarier kann man abwählen, Richter nicht“ (30. März). Am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, kommt er noch

einmal auf die Ernennung der Richter zurück: „Präsident Trump ... nominierte zwei gute Richter für den Obersten Gerichtshof (2020 kam noch eine dritte Ernennung hinzu, die Richterin Amy Coney Barrett, M.S.) und arbeitet nicht wie sein Vorgänger darauf hin, den christlichen Kräften zu schaden“.

In seinen Reflexionen zur Notwendigkeit von Führungskräften in der Politik dient ihm Großbritannien als Beispiel dafür, daß „ganze Länder ... durch ungeschickte Führung Schaden nehmen, wie Cameron und May mit dem Brexit bewiesen haben, oder – was viel seltener vorkommt – ... durch eine inspirierte Führung gerettet werden, wie zum Beispiel durch Churchill“ (3. Juli).

Auf den nach dem 11. September erhobenen Vorwurf, daß die Religion die Ursache aller Kriege sei, entgegnet er, „daß die größten Kriegsverbrecher des 20. Jahrhunderts – wie Stalin, Mao, Hitler oder Pol Pot – ...keine Christen gewesen sind“. Die Kriege, die sie angefangen haben, sind ihm Anlaß, in der umstrittenen Frage, ob die Kirche an der Lehre vom „Bellum iustum“ festhalten solle, eindeutig Stellung zu beziehen: Er glaube deshalb, „daß es einen gerechten Krieg geben kann“ (15. April).

Fazit: Notizen eines souveränen Hirten der katholischen Kirche, der furchtlos der säkularen Welt entgegentritt und eine ungewöhnliche Schule der Demütigung durchlaufen hat. Eine Freude für jeden Leser, eine Pflichtlektüre für die Mißbrauchsbeauftragten der deutschen Bistümer.

Prof. em. Dr. Manfred Spieker lehrt Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück und war Consultor beim Päpstlichen Rat „Justitia et Pax“ in Rom.

Felix Dirsch

Die liberale Demokratie und ihre populistischen Kritiker

Umriss einer katholischen Perspektive

1. Die liberale Demokratie in Europa ist nicht mehr unangefochten

Unzähligen Kommentatoren des Zeitgeschehens erscheint die Europäische Union als gefährdet. Unlängst hat der FDP-Abgeordnete *Marco Buschmann* als einer von vielen ein flammendes Plädoyer zur Verteidigung der liberalen Demokratie vorgelegt.¹ Schriften wie die jüngst von dem Wiener Verhaltensbiologen *Kurt Kotrschal* vorgelegte mit dem Titel „Sind wir Menschen noch zu retten?“ stellen sogar die liberale Demokratie als besten Ausdruck unserer evolutiv entwickelten Natur heraus.² Nur eine liberale Demokratie mit breiter Partizipation, Gleichstellung der Geschlechter und starker Gemeinwohlorientierung sei in der Lage, das Überleben des Menschen und des Planeten zu gewährleisten. Der Wiener Gelehrte stuft die Feinde der liberalen Demokratie auch als Feinde einer menschlichen Politik und Natur ein.

Allen (meist aus Kalkül übertriebenen) Sorgen um das Phänomen „liberale Demokratie“ zum Trotz ist nach 1989/90 wenigstens tendenziell eine ungemaine Überheblichkeit, ein Quasi-Fundamentalismus der herrschenden liberalen Eliten festzustellen. Man hat (im Anschluß um *James C. Scott*) von „liberaler Monokultur“ gesprochen, die Räume und Zeichen verachtet, sofern sie nicht mit ihren Prinzipien vereinbar sei. Die Entstehung des Populismus brachte einige übermütige Sieger von 1989/90 wieder auf den Boden der Tatsachen.

So geistert im Anschluß an eine berühmt gewordene Rede *Viktor Orbans* in Rumänien das Schreckgespenst (jedenfalls für viele Linke und Liberale) der „illiberalen Demokratie“ durch diverse Medien. Schon allein eine solche Rede treibt einigen Vertretern des Establishments den Schweiß auf die Stirn, wenn es sich bei nüchterner Betrachtung auch um keine Alternativ-Konzeption handelt. Das erkennt man schon daran, daß „illiberale Demokratie“ als Gegenentwurf zu diversen Fehlentwicklungen des liberalen Pendants exponiert wird, etwa gegen schrankenlose Einwanderung.

Allerdings liegt bisher kein größeres positives Konzept vor, das verschiedene politische, gesellschaftliche und kulturelle Bereiche im Sinne einer „illiberalen Demokratie“ ausbuchstabieren könnte. Sicher kommen Formen der „illiberalen Demokratie“, die die Exekutive auf Kosten anderer Elemente des politischen Systems stärken will, nicht ohne liberale Bestandteile aus. Diese sollen aber in Politik und Justiz nicht so exponiert sein, daß die für Demokratie notwendige relative Homogenität zerstört wird.

Obwohl die Strukturen liberaler Demokratie in den meisten Staaten der EU, erst recht auf der Ebene der EU intakt sind, scheint es für ihre Verfechter in den linken wie liberalen Eliten nach der Finanzkrise am Ende der 2000er Jahre und nach der Migrationswelle von 2015/16 nicht mehr rund zu laufen. Man spricht vermehrt von einer Zäsur für Liberalismus wie liberaler Demokratie. Die zunehmende Spaltung beziehungsweise Fragmentierung der Bevölkerung ist seither in aller Munde. Erwähnt sind stellvertretend für andere Erklärungsversuche die idealtypische soziale Dichotomisierung in „Somewheres“ und „Anywheres“.³ Hinter derartigen Deskriptionen des Zusammenlebens stehen in politiktheoretischer Hinsicht zwei paradigmatische Sichtweisen im Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft: die Welt *Immanuel Kants* und die Welt *Carl Schmitts*, der auch in gegenwärtigen Debatten über die omnipräsente Krise des Liberalismus häufig angeführt wird⁴. In ganz groben Zügen kann man feststellen: Für *Kant* stehen individuelle Freiheiten, eine bestimmte Sicht von Vernunft und Verantwortung im Vordergrund.

Liberalität statt Demokratie, könnte man zusammenfassen. *Schmitt* stellt den Primat der Gesellschaft, Homogenität, die Gleichheit nach innen und die Abgrenzung nach außen heraus. In der Nachfolge *Rousseaus* ist der Vorrang eines bestimmten Modells von Demokratie im Gegensatz zum Liberalismus bei dem Staatsrechtslehrer unverkennbar. Wie sich dieser gegensätzliche Ansatz in der politischen Praxis niederschlägt, zeigen die verschiedenen Akzentuierungen einiger osteuropäischer Staaten im Unterschied etwa zu Deutschland und Frankreich.

Über die Bruchstellen der Liberalen Demokratie in ideengenealogischer Hinsicht ist viel geschrieben worden. Manche Autoren gehen sogar von einem echten Widerspruch von Demokratie und Liberalismus aus. Aus der Fülle greife ich zwei von diesen Ansätzen heraus.

Zu den prominenten Autoren zählt *Carl Schmitt*. In seiner Schrift „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ arbeitet er den Kontrast zwischen Liberalismus, für den Ungleichheit stets zentral ist, und der Auffassung von Demokratie heraus, deren wichtigstes Kriterium Homogenität ist. In diesem Kontext setzt er die liberal-bürgerliche Klasse, die über weite Strecken im 19. Jahrhundert den Parlamentarismus bestimmt, in Gegensatz zum massendemokratischen Parlamentsbetrieb der 1920er Jahre, der stark vom Lobbyismus geprägt sei.

Als weiteres Beispiel für die Annahme eines Widerspruchs zwischen Liberalismus und Demokratie ist auf die Demokratie-Kritik eines Libertären zu verweisen: *Hans-Hermann Hoppe* bezeichnet die Demokratie als Gott, der keiner sei. Er sieht in demokratischen Systemen die Tendenz nach einer Ausweitung der Staatsschulden und zu Angriffen auf das Privateigentum und die Geldwertstabilität. Alles, was dem Liberalen heilig ist, wird in der Demokratie mehr oder weniger negiert. Er präferiert eine natürliche Ordnung, was immer darunter zu verstehen ist. Seine relativ positive Sicht der Monarchie hat ihm bisweilen den Ruf

eingebraucht, Monarchist zu sein. Jedenfalls ist er ein starker Gegner der Umverteilungsdemokratie.

Auch in der aktuellen Debatte zeigen sich die Bruchlinien liberaldemokratischer Konstitutionen. Die universalistische Grundausrichtung des Liberalismus steht in einem einmal mehr, einmal weniger offenen Widerspruch zum demokratischen Prozedere, das eine wenigstens relative Homogenität auf nationalstaatlicher Ebene voraussetzt. Diese Diskrepanzen klingen theoretisch, sind aber in hohem Maß praktisch. Durch Masseneinwanderung und schleichenden Bevölkerungsaustausch, die nicht zuletzt von Vertretern des universalistischen Liberalismus in Kauf genommen werden, erodiert zumindest langfristig die Grundlage der für demokratische Entscheidungen notwendigen Homogenität.

Niemand wird glauben, daß in den sich immer stärker verbreitenden, vornehmlich muslimischen Parallelgesellschaften das Interesse am deutschen Staat besonders hoch sei. Die Krux auch des heutigen Liberalismus liegt darin, daß er seinen Totengräbern die Tore aufschließt. Heute profitieren davon vor allem islamische Kontingente, deren Anteil in Europa sukzessive zunimmt.

Repräsentanten der „illiberalen Demokratie“ wie der ungarische Ministerpräsident haben auf diese Krux wiederholt hingewiesen. Daß *Orban* diesen Begriff verwendet hat, ist nicht nur tagespolitischer Strategie geschuldet, sondern rekurriert impliziert auf soziokulturelle Hintergründe: Stärker agrarisch geprägte Gesellschaften wie Ungarn oder stärker religiöse fundierte wie Polen legen eher Wert auf Nationalstolz und Autorität denn früh industrialisierte und individualisierte.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß *Orban* statt „illiberaler Demokratie“ auch den Terminus „christliche Demokratie“ verwendet, wohl wissend, daß der Zusammenhang von Christentum und Demokratie historisch deutlich enger verbunden sind als Christentum und Liberalismus. Religiös-kulturelle Faktoren wirken sich stärker in der Politik aus. Nicht außer Acht zu lassen sind kapitalismus- und neoliberalismus-kritische Hintergründe, die auch mit der kommunistischen Vergangenheit zusammenhängen. *Orban* weiß, daß mit ausschließlich liberalen Grundsätzen kein Staat zu machen ist. Die ungarische Verfassung setzt dem reinen Individualismus Schranken, wenn sie darauf insistiert, daß „sich die individuelle Freiheit nur im Zusammenwirken mit Anderen entfalten“ kann.

Auch die EU versteht sich als liberal ausgerichtete Demokratie. Hier ist sie noch weniger als anderswo verwirklicht. Der rechtskonservative Philosoph *Ryszard Legutko*, über Jahre hinweg Abgeordneter im EU-Parlament, fällt ein vernichtendes Urteil: „Die Europäische Union widerspiegelt das System und den Geist der liberalen Demokratie in ihrer am meisten entarteten Form. Wenn Wahlen und die in sie eingebaute Möglichkeiten, die Regierung und ihr Programm auszutauschen, die größte Stärke der Demokratie sind, so hat die EU alles getan, um diese Möglichkeit auf ein Minimum zu reduzieren“.⁵

Sowohl die Kommission als auch andere, mit großer Machtfülle verbundene Schlüsselpositionen werden von politischen Eliten ausgekugelt, etwa die Mit-

glieder des Europäischen Gerichtshofes oder die der Europäischen Zentralbank. Sie sind praktisch nicht kontrolliert. Die Gewaltenteilung fehlt auf EU-Ebene, Kommission und Rat nehmen exekutive wie legislative Aufgaben wahr.

Kritiker wie *Legutko* oder *Schöpflin* wissen, daß die herkömmliche Intoleranz des kommunistischen Universalismus heute zumeist vom liberalen übernommen wird, der diverse Partikularismen wie Religion, Nation und Familie verächtlich macht oder zumindest depotenzieren will. Institutionell wird dieser liberale Universalismus in starkem Maße von den immer einflußreicheren Brüsseler Eliten vertreten.

Das demokratische Defizit wird gern mit dem Hinweis gerechtfertigt, die EU sei kein Staat und müsse deshalb mit anderen Maßstäben gemessen werden. *De jure* ist dieser Hinweis nicht falsch, *de facto* jedoch schrammt die derzeitige Gestalt der EU knapp am Bundesstaat vorbei.

Diverse Urteile des Bundesverfassungsgerichts betonen daher ein großes „Noch“: Noch sei die EU kein Bundesstaat. Die führenden Eliten gerade in Deutschland nutzen selbst den schmerzhaften Einschnitt „Corona“, um die Zentralisierung der Macht auf Brüsseler Ebene weiter voranzutreiben, etwa die Wirtschafts- und Finanzunion. In einem Interview erklärte der amtierende Bundestagspräsident: „Die Corona-Krise ist eine große Chance. Der Widerstand gegen Veränderung wird in der Krise geringer. Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen (...)“.⁶

Für Vordenker des postnationalen Einheitseuropas wie *Jürgen Habermas* ist die EU lediglich eine Vorstufe zum Weltstaat, der „großen Gleichschaltung“ (*Norbert Borrmann*). Liberaler Universalismus führt in letzter Konsequenz stets über den Nationalstaat hinaus. Gerade die EU-Kommission ist der Prototyp einer liberalen Scheindemokratie: Es gibt keinen Demos, der sie wählt, legitimiert oder kontrolliert. An dessen Stelle treten vielfach Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks und Lobbyisten aller Art. Debatten finden in Brüssel statt, und deren Ergebnisse werden nicht selten den Bürgern der Staaten aufgedrückt. Unionsrecht genießt Vorrang vor nationalem Recht.

Ein anderer rechtskonservativer Europapolitiker aus Osteuropa, *György Schöpflin*, sieht die Demokratie in Europa nach 1989/90 vom Grundzug eines hegemonialen, „quasi-fundamentalistischen Liberalismus“ geprägt.⁷ Dieser werde durch eine suprastaatliche Elite mit Hilfe eines deterministischen Geschichtsbilds und einer spezifischen Sicht der Menschenrechte durchgesetzt. Der Furor der Antidiskriminierung, letztlich ein Postulat zugunsten eines schwer definierbaren Einheitsmenschen, richtet sich im Kern gegen alle Partikularismen: gegen Klassen, gegen Geschlechter, gegen Rassen, gegen Nationen und Religionen.

Schöpflin hebt hervor, daß solche Zielsetzungen notwendigerweise kollidieren mit politischen Vorstellungen, die in Räumen verbreitet sind, deren Bewohner über Generationen von Unterdrückung und aufgezwungener Modernisierung geprägt wurden. Hier haben andere Identitätsmarker ein größeres Gewicht: Religion, Nation, Geschichte und Autorität. Solche Prägekräfte werden in vielen

westlichen Gesellschaften vom politmedialen Komplex entweder relativiert oder gar negiert. So erstaunt es nicht, daß sich in den 2010er Jahren Widerlager bilden. Zu solchen Antidota zählen vor allem populistische Bewegungen und deren Anführer.

2. Die populistische Alternative zur liberalen Demokratie

Der Populismus, seit Mitte der 2010er Jahre Thema unzähliger Debatten⁸, läßt sich als facettenreiches Antidot gegen vielfältige Erscheinungen begreifen, die man als Übertreibungen des liberaldemokratischen Systems und seines (wenn man so will) liberalglobalistischen Überbaus beschreiben kann.

Stellvertretend für andere Zielsetzungen sind folgende programmatische Punkte zu exponieren: die Kritik an den sozialen Verwerfungen der Globalisierung (daher die zumeist nationalen Akzentuierungen); die negative Sicht der partiellen Entmachtung der Nationen und Völker durch übernationale Einrichtungen wie die UN und die EU; einen antielitären Effekt gegen „die da oben“; eine Befürwortung direkt-demokratischer Mitbestimmung der von Entscheidungen betroffenen Menschen und stärkere Wahrnehmung der Interessen von Einheimischen; Widerstand gegen radikale emanzipatorische und konstruktivistische Strömungen wie Feminismus und (in seinem Schlepptau) Gendermainstreaming.

Die antiglobalistische Stoßrichtung macht die entsprechenden Bewegungen selbst zu einer globalen Bewegung mit national stark verschiedenen Akzenten: Die populistischen Akzente des Brasilianers *Jair Bolsonaro* sind nicht identisch mit denen des früheren US-Präsidenten *Donald Trump* und diese wiederum etwas verschieden von der Programmatik des französischen *Rassemblement National* und der polnischen *PiS*. Es macht einen Unterschied, ob der Populismus in Regierungsverantwortung steht oder oppositionell agiert.

Wie bei allen grundlegenden Begriffen der politisch-sozialen Sprache sind auch bei dem des Populismus polemische Untertöne stets präsent, sei es *pro sei es contra*. Führt für die einen Populismus zum „Zerfall der Demokratie“ (*Yascha Mounk*), werten ihn andere als „Schrei der Völker, die nicht sterben wollen“ (*Philippe de Villiers*). Oder, um mit *Alexander Gauland* zu sprechen: „Populismus entsteht, wenn ein Establishment den Gesellschaftsvertrag mit einem Volk mehr oder weniger aufkündigt“.

Auch die kulturelle Grundierung der populistischen Kräfte ist keinesfalls einheitlich. Länder wie Polen und Ungarn, die lange Zeit stärker agrarisch geprägt waren und einen anderen Weg in die Moderne beschritten haben als die Staaten in Mittel- und Westeuropa, lassen stärkere kirchlich-christliche Einflüsse im politischen Leben erkennen. Diese Akzente prägen auch die dortige „populistische“ Regierungspolitik, sofern man überhaupt „Fidesz“ und „PiS“ zu dieser politischen Familie rechnen will⁹. Beim französischen *Rassemblement National* sind hingegen deutlich säkularistische Einflüsse festzustellen, ebenfalls bei der österreichischen FPÖ und bei *Geert Wilders' PVV* in den Niederlanden. Etwas stärker gewichtet sind die katholischen Hintergründe bei der italienischen LEGA.

Innerhalb der „Alternative für Deutschland“ macht sich eine sehr aktive Gruppe bemerkbar, die christliches Gedankengut in dieser Partei offensiv zum Ausdruck bringen will.¹⁰ Deutlich waren aber die Worte *Alexander Gaulands*, der die AfD nicht als „christliche Partei“ sieht, christliche Elemente aber immerhin befürwortet. Der Populismus *Trumps* beziehungsweise der US-Republikaner ist nicht ohne massive evangelikale Unterstützung denkbar.¹¹

Sachliche Einwände gegen populistischen Politikstil zu finden ist relativ einfach. Da es sich zum Teil um Antibewegungen handelt, haben diese es schwer, sich dauerhaft zu behaupten, wenn sie in Regierungsverantwortung stehen. Oftmals erfüllen sie das Vertrauen nicht, das der Wähler in sie gesetzt hat. Die Krise der FPÖ als Konsequenz des „Falls *H.C. Strache*“ ist ein Beispiel. Auch der frühere US-Präsident *Trump* wurde – trotz unstrittiger Erfolge – nicht für eine zweite Amtszeit gewählt. Sein Auftreten dürfte nicht wenig zu seiner Niederlage beigetragen haben. Grundsätzlich haben Anti-Establishment-Parteien Probleme, qualifiziertes Personal zu finden, das ja wiederum nur aus entsprechenden Elitekreisen rekrutiert werden kann. Darüber hinaus haben sämtliche der genannten Vereinigungen sowohl die internationalen wie die nationalen Qualitätsmedien gegen sich, was durch die so genannten „Freien Medien“, die oppositionell agieren, nicht aufgewogen werden kann. Weiter ist offenkundig, daß Kritik oft leichter ist als die Formulierung und (noch wichtiger) Umsetzung von Zielen in der Regierungsverantwortung.

Ende 2020 erkennt man überaus deutlich eine Schwächung populistischer Kräfte: *Trump* abgewählt, die AfD tief in Flügelkämpfe verstrickt, Rassemblement Nation und FPÖ schon seit einiger Zeit im Niedergang begriffen. Ob die rechte Welle gebrochen ist, wird sich erst aus späterer Perspektive zeigen. Jedenfalls liegen Anzeichen für eine solche Diagnose vor.

Unabhängig vom Erfolg rechtspopulistischer Parteien und der Plausibilität ihrer Argumentationstopoi ist zu konstatieren: Die „liberale Demokratie“ stellt ungeachtet aller Verdienste keinesfalls das „Ende der Geschichte“ dar. Eine solche Perspektive ist unhistorisch. Bereits der Hauptvertreter des klassischen Modells des politischen Denkens, *Platon*, aber auch dessen Erben im 20. Jahrhundert wie die Politiktheoretiker *Leo Strauss* und *Erik Voegelin* arbeiteten bei allen Staatsformen auf lange Sicht eine Tendenz zum Niedergang heraus.¹²

Diese Abwärtsbewegung schließt auch die demokratische wie liberale Ordnung ein. Bereits ein herausragender Philosoph wie *Martin Heidegger* hat in seinem legendären „Spiegel“-Interview von 1966 Zweifel geäußert, ob die Demokratie eine angemessene Staatsform für das technische Zeitalter sei. Heutige Repräsentanten mächtiger technizistisch-transhumanistischer Strömungen wie der Historiker *Yuval N. Harari* negieren offen die Kompatibilität von Liberalismus und Demokratie mit den neuen Digitaltechniken, die mit Hilfe großer Datenmengen Entscheidungen des Menschen besser und schneller kennen als dieser selbst.

Eine Glorifizierung der liberalen Demokratie, die zweifellos diverse zustimmungsfähige Inhalt besitzt, ist also unangemessen. Wie soll sich die katholische Sozialethik in dem idealtypischen Streit zwischen dem distinkten Populismus auf

der einen Seite und den linken sowie liberalen Eliten auf der anderen positionieren?

3. Mehr Populismus oder mehr Liberalglobalismus?

Glaubt man höheren geistlichen Würdenträgern, Vertretern der theologischen Fakultäten, aber auch Publizisten und sonstigen Sprachrohren, so ist die Grundhaltung klar: Katholischer Glaube und Populismus sollten sich wie Weihwasser und Teufel zueinander verhalten.¹³

Wie läßt sich das lehramtliche Verhältnis zu Liberalglobalisten wie Populisten beschreiben? Ein Blick auf die herkömmliche katholische Lehrdoktrin ist hier lohnenswert. Auch in früheren Epochen war bekannt, daß man die Glaubensdoktrin nicht eins zu eins auf gesellschaftlich-politische Zusammenhänge übertragen kann.

Der hochmittelalterliche Denker *Thomas von Aquin* erschuf in Anlehnung an *Aristoteles* eine Sichtweise von Glauben und Politik, die man weit später als „Indifferenzlehre“ bezeichnet hat. Demnach ist der christliche Glaube mit allen guten Staatsformen des *Aristoteles* zu verbinden: Monarchie, Aristokratie und Demokratie. Der *Thomas*-Verehrer Papst *Leo XIII*, hat im späten 19. Jahrhundert an diese Doktrin des großen Kirchenlehrers erinnert („Immortale dei“) und damit einige Zeit später den Befürwortern der Weimarer Demokratie Argumente an die Hand gegeben. Der Sozialethiker *Peter Tischleder* wies die Absicht einiger katholischer Legitimisten zurück¹⁴, die Kirchen auf ewig an die Monarchie zu ketten.

Der faktische Trend zur Indifferenz zeigte sich Jahrhunderte nach *Thomas* auch im Anschluß an die Französische Revolution. Diese große neuzeitliche Zäsur war der hauptsächlichste Katalysator für die Brechungen des politischen Spektrums. Prominente Katholiken votierten – ohne ihren Glauben zu verlieren – unterschiedlich.¹⁵ Es gab vehementen Widerspruch gegen die Revolution seitens der Traditionalisten (*de Maistre*, *de Bonald*, der frühe *Lamennais*). Weiter bildete sich die Strömung des katholischen Liberalismus (*Lamennais*, *Buchez*), die die Trennung von Staat und Kirche grundsätzlich positiv wertete. 1870 entstand vornehmlich in Frankreich und Deutschland eine ausgedehnte Sozialbewegung, ein Linkskatholizismus, der auf die gesellschaftlichen Probleme der Zeit einging.

Der Papst drängte auf eine Einigung mit der Republik. Die päpstliche Bejahung der Demokratie bezog sich jedoch nur auf den sozialen Bereich, nicht auf den politischen. Demokratie wurde in kirchlicher Lesart lange Zeit als „Dienst fürs Volk“ verstanden. Doch selbst in dieser Sicht der Demokratie – nämlich als soziales und nicht politisches Phänomen – zeigen sich gewisse Affinitäten des Lehramtes zu dieser Staatsform – jedenfalls stärkere als zum Liberalismus. 1944 verwendete Papst *Pius XII*. in seiner Weihnachtsansprache den Begriff „Demokratie“ erstmals im eindeutig politischen Kontext. Seither gilt christliches und demokratisches Gedankengut beinahe als untrennbar.

Die alte Indifferenzlehre verblieb seither nur noch als Feld theoretischer Auseinandersetzungen. Sie hatte auch in der katholischen Publizistik lange Zeit ihren

Widerhall gefunden. *Carl Schmitt* gebraucht in einer erhellenden Schrift den Begriff der *complexio oppositorum*:¹⁶ Das Papsttum repräsentiert demnach das monarchische Element, das Kardinalskollegium das aristokratische, das breite katholische Verbands- und Parteienwesen wiederum das demokratische.

Von den geschichtlichen Erfahrungen kann man nur bedingt auf die Gegenwart schließen. Das bedeutet aber nicht, daß sämtliche Analogiebildungen in Bezug auf die heutige Situation irrelevant wären. Die etwas grobschlächtige Gegenüberstellung von Eliten und Volk fordert auch das christliche Bekenntnis heraus. Klar ist, daß es auch hier keine eindeutige Abbildung des Glaubens auf den politischen Bereich geben kann. Es erschließt sich nicht recht, welche Übereinstimmungen zwischen den meist postmodernen Eliten mit ihrer üblichen Befürwortung von Abtreibung, Homosexualisierung und Gender-Mainstreaming (mit dessen Negierung der Schöpfungstheologie) einerseits und der herkömmlichen Sozialethik der Kirchen andererseits vorliegen sollte.

Höhere Kirchenvertreter kennen diese offenkundige Unvereinbarkeit. Daher suchen sie Gemeinsamkeiten eher *in puncto* Migrationsagenda und globalistischen Humanitarismus. Der amtierende Nachfolger Petri liebäugelt mit dem UN-Programm. Kritiker werfen ihm vor, daß unter seiner Ägide die Kirche zu einer profanen Nichtregierungsorganisation zu werden drohe.¹⁷ Viele gläubige Katholiken hätten wohl eine deutlichere Ablehnung des überall, meist sublim geforderten Rechts auf Abtreibung durch den Pontifex gewünscht, das neben der Hungerbekämpfung und der Eindämmung des Klimawandels als wichtiges UN-Ziel gilt. Dieses angebliche Recht wird üblicherweise getarnt mit den unverfänglich scheinenden Worten „reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte“.

Der erwähnte Widerstand in Ländern wie Ungarn und Polen gegen eine zentralistische Vereinnahmung durch liberalglobalistisch ausgerichtete EU- und sonstige Eliten wäre nicht so groß, hätten nicht religiöse und kulturgeschichtliche Einflüsse die Kollektividentität der betreffenden Länder nachhaltiger bestimmt, als das in anderen Regionen in Europa der Fall ist. Aus diesem Grund sind die Reserven gegen Massenmigration und dem dadurch bedingten Identitätsverlust relativ groß.

Betrachten wir den „christlichen Populismus“ am Beispiel der Präambel der ungarischen Verfassung. An einer Stelle heißt es: „Wir sind stolz darauf, daß unser König, der Hl. Stephan I., den ungarischen Staat vor tausend Jahren auf festen Fundamenten errichtete und unsere Heimat zu einem Bestandteil des christlichen Europas machte. Wir sind stolz auf unsere Vorfahren, die für das Bestehen, die Freiheit und die Unabhängigkeit unseres Landes gekämpft haben. Wir erkennen die Rolle des Christentums bei der Erhaltung der Nation an“.

Wie sehr hebt sich ein solches Bekenntnis von Würdenträgern in West- und Mitteleuropa ab, die aus Angst vor dem Vorwurf der Ausgrenzung sogar mit dem Begriff des christlichen Abendlandes nichts mehr anzufangen wissen und diesen entsorgen wollen. Kritische Einwände gegen den erwähnten Satz der ungarischen Verfassung lauten, solche Sätze implizierten eine Instrumentalisierung des Glaubens. Bei genauerem Hinsehen jedoch erkennt man lediglich einen

Rekurs auf traditionelle Prägungen, die bis heute fortwirken. Es ist gewiß keine Schande, wenn manche osteuropäische Staatsmänner wenig Neigung verspüren, ethnosuizidale Tendenzen zu unterstützen.

Die oben erwähnten Debatten über die „illiberale Demokratie“ haben durchaus auch im katholischen Raum Vorläufer. So hat sich der katholische Philosoph und Diplomat *Jacques Maritain* schon früh zur „illiberalen Demokratie“ bekannt.¹⁸ Er verband mit diesem Begriff die Kritik am Kapitalismus und dessen Folgen, zu denen er auch die Schwächung der Familien rechnete.

In Ungarn und Polen akzentuiert der höhere Klerus das Verhältnis Glaube und Politik anders als es in Westeuropa üblicherweise geschieht. Als Beispiel sei der ungarische Bischof *László Kiss-Rigó* genannt, der 2015 von einer muslimischen Invasion nach Europa gesprochen hat. Er weiß um die damit verbundenen Bedrohungen. Ihm sind auch die Rechtsbrüche nicht weniger illegaler Migranten an der Grenze Ungarns bekannt. Sein Regierungschef sieht die christliche Identität des Landes gefährdet und nimmt auch aus diesem Grund den Schutz der Grenzen ernst. In der Slowakei und anderen osteuropäischen Staaten existieren ebenso massive Vorbehalte gegen die schrankenlose Aufnahme Kulturfremder und die drohende Balkanisierung der eigenen Nation.

Ein Bündnis glaubenstreuer Katholiken mit identitären Nationalen in Polen ist Stein des Anstoßes für linksliberale Journalisten. Eine solche Allianz ist keineswegs überraschend, gibt es doch eine tiefe historische Symbiose zwischen Katholizismus und nationalpolnischer Identität. So markierten etwa massenhafte Rosenkranzgebete von rund 150.000 Polen, die an den Sieg der Verteidiger des Abendlandes über islamische Eindringlinge vor Jahrhunderten erinnern wollten, im Herbst 2017 eine starke Bruchlinie gegenüber dem Westen. Hier verteidigten Teile der höheren Geistlichkeit eher den Typus „Cucked Christianity“. Diese Haltung lehnt es ab, die Selbstbehauptung einer Kultur, eines Volkes oder einer Nation zu fördern. In der Praxis bedeutet dies öfters die Hinwendung zu Formen einer Sozialreligion.

Vereinzelt gibt es auch außerhalb Osteuropas höhere Kleriker, die die einseitige Präferenz zugunsten der liberalglobalistisch-antipopulistischen Agenda in Europa und seine politischen Konsequenzen kritisch beäugen. Aufsehen erregte der Inhalt eines Interviews des Weihbischofes von Astana (Kasachstan), *Athanasius Schneider*. Er konstatierte einen von internationalen Mächten geplanten Bevölkerungsaustausch. Nationale und christliche Identitäten würden auf solche Weise langfristig bedroht. Kritiker sprachen diesbezüglich von sinistren Verschwörungstheorien.

Kurienkardinal *Robert Sarah* ist einer der dezidiertesten katholischen Kritiker der Liberalglobalisten. Interessant ist, daß *Sarah* von einer dogmatisch strikt konservativ-glaubenstreuen Position aus urteilt und gerade deshalb Nation und Identität der Völker grundsätzlich positiv betrachtet. Globalismus und Migrationseuphorie werden von ihm hingegen negativ bewertet. Zu den Verheißungen einer Welt ohne Grenzen stellt er ohne Umschweife fest: „Leider ist die Europäische Union das Kind einer solchen Schimäre. Die Aufhebung der alten Grenzen

löscht die Identität der herkömmlichen Nationen aus. Die Wurzeln, die jahrtausendealte Geschichte und die Kultur der verschiedenen Länder haben keinerlei Gewicht mehr [...]. Kein Wunder, wenn sich die Völker dagegen wehren, daß man ihre Identität und Geschichte, ihre Sprache und ihre Einzigartigkeit auslöschen möchte. Man will die Geschichte der Staaten auf dem Altar der finanziellen Interessen opfern. Doch das ist eine gefährliche Utopie“.¹⁹

Von solchen generellen Ansichten ist es nicht weit zu einer kritischen Perception des UN-Migrationspaktes, aber auch zu einer bejahenden Sicht der Nation: „Die Nationen sind wie große Familien.“ Zur Wunschvorstellung einer Neuen Weltordnung heißt es: „Die Führungsschichte der UNO träumt von einer globalen Regierung, welche die einst so unterschiedlichen Völker, Kulturen und Traditionen gemeinsam leiten soll. Dieser Traum ist Wahnsinn“.²⁰ Gerade partielle Distanz zu politischen Aussagen des Lehramtes verhindert ein zeitgeistig-linksliberales Mitläufertum bei wichtigen staatlichen Weichenstellungen. So kann man die grundlegende Perspektive rechtskatholischer Vertreter in der unmittelbaren Gegenwart in Kurzform umschreiben.

Doch auch theologisch gibt es (zumindest weitläufige) Affinitäten zum Populismus. Dies gilt mehr im Grundsätzlichen als im Detail. Die theologische Kategorie „Volk Gottes“, die seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine steile Karriere erlebt, ist wenigstens kurz zu erwähnen. Über Jahrhunderte präsentierte sich die katholische Kirche als Eliteherrschaft *par excellence*. Kleriker stellten fast ausschließlich das Führungspersonal dar. Seit dem letzten Konzil kam es zum langsamen „Abschied von der Ständekirche“ (*Peter Neuner*). Folgerichtig gibt es ein verbreitetes Plädoyer für eine „Theologie des Gottesvolkes“.²¹ Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Laien und Kleriker wird allenthalben hervorgehoben.

Vor rund fünf Jahrzehnten begannen, parallel zu diesen theologischen Kontroversen, die Debatten über politisch-soziale Reformen, die unter dem Stichwort „Demokratisierung der Kirche“ ausgetragen wurden.²² Nicht zufällig werden vor dem Hintergrund aktueller Populismus-Diskussionen bekannte Fragestellungen aktualisiert – meist sehr einseitig.²³ Während seit den 1960er Jahren vermehrt Bücher zum „Neuen Volk Gottes“ als Umschreibung der Kirche auf den Markt kommen²⁴, ist seit kurzem eine Wende zu beobachten. Da die Ablösung Israels als das (so die traditionelle Sicht) „alte Volk Gottes“ durch das neue, die Kirche, als problematisch begriffen wird, werden auf der theologischen Ebene neue Akzente gesetzt. Juden und Christen werden nun als das eine Volk Gottes gesehen.²⁵

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die liberale Demokratie liegt nicht im Totenkampf, wie Liberalglobalisten und ihre medialen Lautsprecher gern behaupten.²⁶ Ein solcher substanzloser Alarmismus soll die eigene Hegemonie bewahren. In Regionen, die bei allen Umbrüchen immer noch weithin von hohem Konsum und Individualismus geprägt sind, ist diese Staats- und Regierungsform immer noch deutlich mehrheitsfähig – aller etwaigen Kritik zum Trotz. *David Goodhart* schreibt in seiner viel diskutierten Veröffentlichung, daß die Bereitschaft zum Kompromiß und zur zivilen Ordnung in den Gesellschaften in West-

wie Mittel- und Europa überwiege. Nichtsdestotrotz darf die offene Flanke der offenen Gesellschaft keinesfalls unkritisch übergangen werden.

Der Populismus mit seinem angeblichen Ziel, die liberale Demokratie zu zerstören, wird in der öffentlichen Diskussion fast einhellig verurteilt, ohne zu fragen, ob es sich bei den verurteilten Phänomenen um konstitutionelle (und damit legitime) Spielarten handelt oder nicht. Meist ist die Frage zu bejahen. Ausgeblendet wird in vielen Debatten gern die Perspektive, die den Populismus in seinen distinkten Erscheinungsformen als innerstaatliche und -gesellschaftliche Reaktion auf Defekte eines arroganten Liberalglobalismus begreift, dessen Vertreter die Interessen des eigenen Volkes öfters negieren und weithin nur noch globalistische Zielsetzungen verfolgen.²⁷ Ins Auge fällt dabei der Bogen von der Migrationsagenda über die partiell selbstschädigende Euro- und Corona-Rettung bis hin zum Tanz um das goldene Klima-Kalb unter Inkaufnahme der schrittweisen Deindustrialisierung einiger zentraler Wirtschaftszweige wie der Autobranche.

Auch die Auseinandersetzung mit dem Populismus in seinen diversen Varianten bedarf der Differenzierung: Kritikwürdig ist, einen „reinen“ Volkswillen zu konstruieren und sich dann als dessen Repräsentanten aufzuspielen; denn ein solcher existiert nicht. Zu verteidigen ist aber die populistische Grundhaltung, wenn ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, der nicht adäquat in öffentlichen Medien vertreten ist, durch diese eine Stimme erhält. Man hat von einer „Repräsentationslücke“ (*Werner Patzelt*) gesprochen, die Populisten mitunter zu füllen beabsichtigen. Dieses Anliegen ist begreifbar und keinesfalls in toto abwegig.

Vor dem Hintergrund der Indifferenzlehre kann es aus katholischer Perspektive weder ein eindeutiges Votum für den populistischen noch für den liberalglobalistischen Idealtypus geben. Dieses Urteil impliziert jedoch nicht unbedingt Äquidistanz. Doch aus historischen und kulturellen Gründen stehen „Populisten“ (jedenfalls in vielen Fällen) dem Glauben in wohlbestimmter Hinsicht näher – nicht nur in östlichen EU-Ländern. Auch für viele evangelikale Unterstützer *Trumps* ist das christliche Fundament leicht zu belegen.

In historischer Perspektive zeigen sich zumindest seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer stärkere Verbindungen des Katholizismus zu verschiedenen Varianten der Demokratie. Gleichzeitig ist jedoch eine scharfe Distanzierung vom Liberalismus zu konstatieren. Der Bogen läßt sich von der Verurteilung *Lamennais* 1832 („mirari vos“) bis zum „Syllabus errorum“ durch Papst *Pius X.* und darüber spannen, der 1864 bloß profan-individualistisch fundierte Menschenrechte zurückweist. Von den herausragenden katholischen Gelehrten des letzten Jahrhunderts hat *Jacques Maritain* Argumente dafür geliefert, warum das Plädoyer zugunsten einer „illiberale Demokratie“ nicht pauschal antikatholisch sein muß, so sehr diese Meinung auch von zeitgeistkonformen Teilen des Katholizismus vertreten wird.

Analysiert man das Verhältnis der populistischen Spielarten zum katholischen Glauben, so darf man die Bedeutung der Kategorie „Volk“ in der kirchlichen Lehrverkündigung der letzten Dekaden nicht unterschlagen. Spätestens seit dem Zweiten Vatikanum ist das „Volk Gottes“ in vielen theologischen Entwürfen

präsent. Diese Wende ist auch in den aktuellen Debatten zu berücksichtigen, wenngleich das empirische Volk mit dem „Volk Gottes“ selbstverständlich nicht gleichzusetzen ist²⁸. Progressive Theologen wie *Walter Lesch*, Herausgeber des Sammelbandes „Christentum und Populismus“, haben wohl nicht unrecht, wenn sie eine gewisse inhaltliche Schnittmenge zwischen Christen und Populisten im Grundsätzlichen konstatieren, so sehr diese Tendenz aus ihrer Sicht abzulehnen ist. Am Faktum ist allerdings nicht zu rütteln.

Anmerkungen

- 1) Marco Buschmann: Die sterbliche Seele der Freiheit. Zur Verteidigung der liberalen Demokratie, Zürich 2020.
- 2) Kurt Kotschal: Sind wir Menschen noch zu retten? Gefahren und Chancen unserer Natur, Salzburg 2020.
- 3) Populär geworden ist diese Differenz durch die Monographie von David Goodhart: *The Road to Somewhere*. Wie wir Arbeit, Familie und Gesellschaft neu denken müssen, dt. Übersetzung Iffeldorf 2020.
- 4) Dazu ausführlich Andreas Heuer: Carl Schmitt und die Krise des gegenwärtigen Liberalismus, Berlin 2019.
- 5) Ryszard Legutko: Der Dämon der Demokratie. Totalitäre Strömungen in liberalen Gesellschaften. Deutsch von Krisztina Koenen, Wien 2017.
- 6) Zur Resonanz siehe die Hinweise: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/schauble-nationalstaat/>
- 7) Ausführlicher: György Schöpflin: Mitteleuropa in der Falle. Zur Mesalliance mit der EU, in: Osteuropa. Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen 68 Jg. Heft 3-5 (2018), S. 323-351; eine ähnlich kritische Haltung gegenüber dem Liberalglobalismus als der besten allen Welt findet sich bei Slavko Leban: Irrungen und Wirrungen Europas: Mensch und Masse in der modernen Gesellschaft, Graz 2020.
- 8) Aus der Literaturfülle stellvertretend für viele negative Deutungen: Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016; Yascha Mounk: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht, München 2018; ausgewogen stattdessen: Günter Scholdt: Populismus: Demagogisches Gespenst oder berechtigter Protest? Marburg 2020.
- 9) Der italienische Politologe Marco Tarchi hebt die Sonderstellung dieser Parteien, die schon seit Jahren Regierungsmacht behaupten, in der populistischen Familie hervor und konstatiert bei ihnen einen dominanten Zug des kulturellen Traditionalismus und einer Politik von „Recht und Ordnung“ (so im Interview mit der *Jungen Freiheit* [51/2020], S. 3).
- 10) Als wichtiges Manifest dieser Gruppe ist anzuführen: Joachim Kuhs / Volker Münz / Holger Schmitt: Mut zur Wahrheit: Warum die AfD für Christen mehr als eine Alternative ist, Bad Schussenried 2020.
- 11) Philip Gorski: Am Scheideweg. Amerikas Christen und die Demokratie vor und nach Trump, Freiburg/Basel/Wien 2020, S. 192, der inhaltlich Schnittmengen wie die Ablehnung von Abtreibung und Homo-Ehe erkennt, aber auch die Ernennung linientreuer Richter.
- 12) Genauer analysiert bei Peter Nitschke: Der Tod der demokratischen Ordnung – Eine neoklassische Rekonstruktion, in: *Zeitschrift für Politik* NF 54 (2007), S. 141-161.

- 13) Als Auswahl für diese Meinung sind folgende Titel anzuführen: Walter Lesch (Hg.): Christentum und Populismus. Klare Fronten? Freiburg/Basel/Wien 2017; Stefan Orth / Volker Resing (Hg): AfD, Pegida und Co.: Angriff auf die Religion? Freiburg/Basel/Wien 2017; Liane Bednarz: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München 2018; als Kontrapunkt zum Hauptstrom dienen folgende Sammelbände: Felix Dirsch / Volker Münz / Thomas Wawerka (Hg.): Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken, Graz 2018; weiter dies. (Hg.): Nation, Europa, Christenheit. Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus, Graz 2019.
- 14) Peter Tischleder: Die Staatslehre Leos XIII., Mönchengladbach 1925.
- 15) Immer noch grundlegend: Hans Maier: Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie, 5. Auflage, Freiburg/Basel/Wien 1988.
- 16) Carl Schmitt: Römischer Katholizismus und politische Form, 5. Auflage, Stuttgart 2008.
- 17) Zur Kritik dieses Kurses: Martin Lichtmesz: Notizen über Christentum, Populismus und die Religion des Globalismus, in: Dirsch / Münz / Wawerka: Rechtes Christentum (wie Anm. 13), S. 90-116.
- 18) Jacques Maritain: Christentum und Demokratie, Augsburg 1949.
- 19) Robert Kardinal Sarah (und Nicolas Diat): Herr bleibe bei uns. Denn es will Abend werden, Kiblegg 2019, S. 323.
- 20) Ebd.
- 21) Peter Neuner: Abschied von der Ständekirche. Plädoyer für eine Theologie des Gottesvolkes, Freiburg/Basel/Wien 2015.
- 22) Besonders stark rezipiert aus der Literaturfülle: Joseph Ratzinger / Hans Maier: Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten und Grenzen. 2. Aufl. Limburg/Kevelaer 2005.
- 23) Für die evangelische Kirche: Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Streßtest, Freiburg/Basel/Wien 2019.
- 24) Von prominenter Seite ist zu nennen: Joseph Ratzinger: Das neue Volk Gottes. Entwürfe zur Ekklesiologie, Düsseldorf 1972 u.ö.
- 25) Walter Kardinal Kasper: Juden und Christen – das eine Volk Gottes, Freiburg/Basel/Wien 2020.
- 26) Neben Mounks Darstellung ist zu nennen: Steven Levitsky / Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können, München 2018, deren larmoyanter Unterton kaum zu überbieten sein dürfte.
- 27) Selbstkritische Anhänger der Liberalglobalisten kommen mitunter nicht umhin, die Überheblichkeit des eigenen Lagers zu bekräfteln, um Reaktionen in Ländern wie Ungarn, Polen oder Rußland zu erklären. Als Beispiel ist das vielbeachtete Buch von Ivan Krastev / Stephen Holmes: Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin 2019, zu erwähnen, das einen Bogen spannt von der anfänglichen Begeisterung für das westliche Lebens- und Gesellschaftsmodell vor drei Jahrzehnten bis zu den heutigen Reserven in den gleichen Staaten.
- 28) So mit Recht Joseph Ratzinger: Glaube – Wahrheit – Toleranz. Das Christentum und die Weltreligionen, Freiburg i. Br. 2003, S. 57.

Prof. Dr. phil. Felix Dirsch lehrt Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Theorie an verschiedenen in- und ausländischen Universitäten.

Die Realität der Pressefreiheit

Die Pressefreiheit wird in Deutschland durch Art. 5 GG, Satz 1 geschützt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Dieses Grundrecht finden „ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“ (Satz 2).

Die Voraussetzungen einer vielfältigen und ungehinderten Pressevielfalt sind damit also gegeben. Die Verwirklichung der für die Demokratie unersetzlichen Pressevielfalt und Unabhängigkeit der Berichterstattung – ersteres ist Voraussetzung des letzteren – ist damit aber noch nicht gewährleistet. Woran liegt es, daß von dieser Verwirklichung immer weniger die Rede sein kann? Warum beklagen sich so viele Bürger über die Verengung des Meinungskorridors, über Mainstream-Journalismus, über Ausgrenzung durch Presse und Medien? Versucht man diesem Problem jenseits subjektiver Eindrücke wissenschaftsgestützt und argumentativ auf den Grund zu gehen, so erweisen sich drei Ebenen des Problems als entscheidend:

1. Die spezifische Dominanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland und damit verbunden - 2. das gegenwärtige Selbstverständnis der Journalisten und - 3. die Politik der Mikro-Skandalisierung in den sozialen Medien und die Regulierung der sozialen Netzwerke durch die Politik.

1. Die spezifische Dominanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

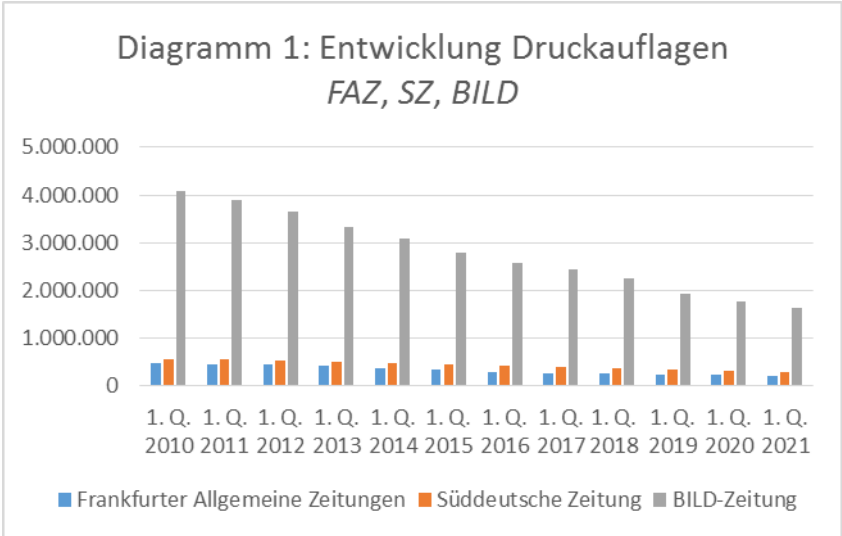
Der deutsche Rundfunk ist heute in einem dualen System organisiert. Neben den durch obligatorische Gebühren und Werbung finanzierten öffentlich-rechtlichen Sendern, welche dem englischen Vorbild der BBC nachgebildet wurden, gibt es die werbefinanzierten Privatsender, die von den Landesmedienanstalten kontrolliert werden.

Die Dominanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) zeigt sich aber im Aufkommen der zwangsweise und unabhängig von der Nutzung von jedem Haushalt erhobenen Gebühren. So nahmen die öffentlich-rechtlichen Sender 2020 über acht Milliarden Euro allein aus Gebühren ein.¹ Hinzu kamen im Jahr 2020 für die ARD knapp 300 Millionen Euro und für das ZDF 271 Millionen Euro Werbeeinnahmen.² Das erlaubte es dem ÖRR sage und schreibe 21 Fernsehsender sowie 74 Radiosender zu betreiben.³ Dazu unterhält der ÖRR umfangreiche Netzangebote wie Mediatheken oder Informationsportale wie tageschau.de, die gebührengestützt eine starke Marktposition und hohe Reichweite besitzen.

Mit über 30 Politmagazinen und Talkshows (hinzu kommt das breite Angebot des ÖRR-Nachrichtensenders Phoenix) alleine im Fernsehen, die nicht einmal ansatzweise in Analogie zur Zusammensetzung des Bundestages besetzt und ausgerichtet sind, zeigt sich eine starke Präsenz von meinungsbildenden Magazinen. Auch die Nachrichtensendungen sind nicht nur durch die expliziten als solche gekennzeichneten Kommentare, sondern auch durch Auswahl (*Agenda-Setting*), Rahmung (*Framing*), Aufladung (*Priming*) und Konnotation der Themen meinungsbildend und meinungsmachend.⁴ Das gilt im übrigen auch für die „Faktenchecks“, die ihrerseits eine Interpretation der politischen Wirklichkeit sind.

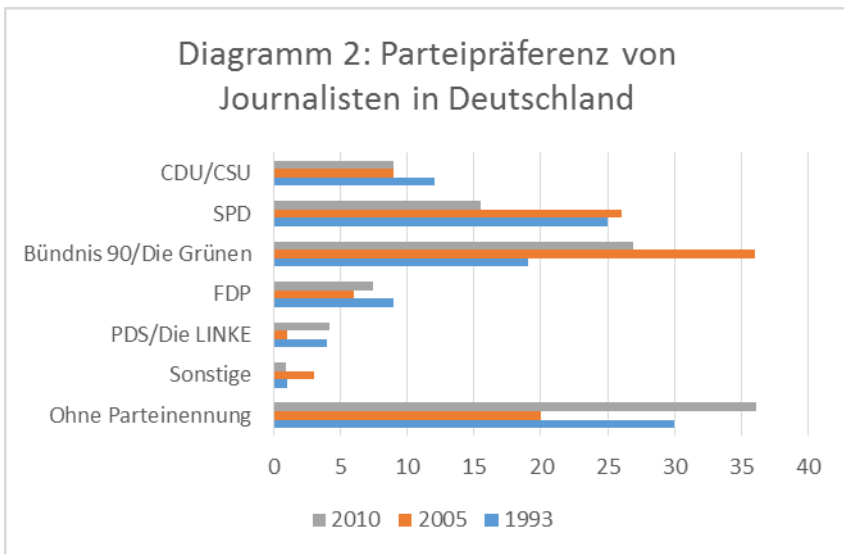
2. Das gegenwärtige Selbstverständnis der Journalisten

Die dominante Stellung des ÖRR wäre aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive wegen seiner Ogilopolisierungstendenzen allein schon dann problematisch, wenn er sich nur am Markt finanzieren würde. Verstärkt wird die Problemlage allerdings besonders, da der ÖRR aufgrund eines steuerähnlichen Systems alimentiert wird, wobei der ÖRR mit seinen Netzangeboten gerade den in einer Strukturkrise befindlichen Zeitungsverlagen mit dramatisch sinkenden Auflagen das Wasser abgräbt (Diagramm 1 zeigt die Auflagenentwicklung von FAZ, SZ und Bildzeitung). Der Zeitungsverlagsmarkt weist etwa mit der SPD eigenen Medienholding ddivg und der Bildung großer Verlagskonglomerate wie der Funke-Mediengruppe, beide mit einer Vielzahl von Regional- und Lokalzeitungen, seinerseits Monopolisierungstendenzen auf, was es den unabhängigen Verlags-häusern noch schwerer macht, sich zu behaupten.⁵

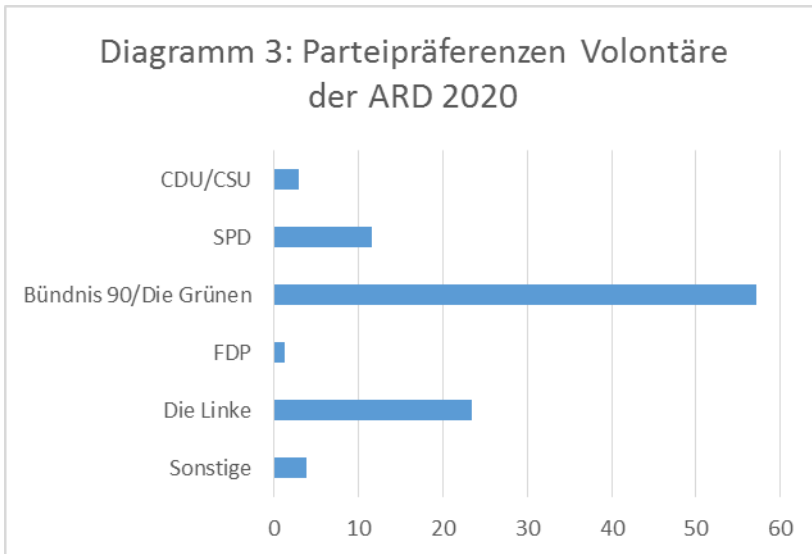


Quellen: *BILD*/B.Z. Deutschland-Gesamt (Mo-Sa), online unter: <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/7110> (22.6.21); *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Mo-Sa), online unter: <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/1056> (22.6.21); *Süddeutsche Zeitung* (Mo-Sa), online unter: <http://www.ivw.de/aw/print/qa/titel/1221> (22.6.21).

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage wird ein zweifach begründeter Haltungsjournalismus zu einer echten Gefahr für Meinungsvielfalt und einer real praktizierten Pressefreiheit. So nimmt die bereits jahrelang sogar in Umfragen über die Selbsteinschätzung festgestellte Einseitigkeit der politischen Ausrichtung der Journalisten insgesamt⁶ nun im Hinblick auf den journalistischen Nachwuchs des ÖRR groteske Züge an, wie eine Umfrage unter den ARD-Volontären im letzten Jahr ans Licht brachte.⁷ Eine auch nur vage Repräsentativität des Meinungsspektrums in der Bevölkerung ist damit auch nicht ansatzweise erreicht.



Quellen: Siegfried Weischenberg/Maja Malik/Armin Scholl, Journalismus in Deutschland 2005, in: *Media Perspektiven* 7 (2006), S. 346-361; Parteipräferenz von Politikjournalisten in Deutschland, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163740/umfrage/parteipraeferenz-von-politikjournalisten-in-deutschland/> (26.7.2021).



Quelle: Infratest dimap, in: Journalist (2020), S. 41, online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1184876/umfrage/sonntagsfrage-ard-volontaere/> (26.7.21).

Diese politische Schlagseite wird aber erst dadurch wirklich relevant, daß viele Journalisten auch des ÖRR immer öfter explizit vom althergebrachten Objektivitäts- und Neutralitätsanspruch im Sinne von *Hajo Friedrichs* („Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten, nicht in öffentliche Betroffenheit versinken, im Umgang mit Katastrophen cool bleiben, ohne kalt zu sein.“⁸) Abstand nehmen. So höhnte der Moderator des ARD-Magazins *Monitor* *Georg Restle* 2018 über „Journalismus im Neutralitätswahn“ und versuche zu begründen „Warum wir endlich damit aufhören sollten, nur abbilden zu wollen, ‚was ist‘“.⁹

Dieses Selbstverständnis zeigt sich deutlich am Umgang der ÖRR-Journalisten mit Gendern, also von der amtlichen Rechtschreibung nicht vorgesehenen Fehlschreibungen (Genderstern, Doppelpunkt), Flexionen und irritierenden Sprechweisen (Glottisschlag), die in vielen Talkshows (*Anne Will*), Nachrichtensendungen (*heute journal*) und ganzen Sendern (DLF) demonstrativ genutzt werden. Dies geschieht, obwohl laut einer ZDF-Umfrage 71 Prozent der Befragten dagegen sind¹⁰ und das Gendern weder den amtlichen Regeln noch dem Stand der Linguistik entspricht und auch nicht stringent umzusetzen ist.¹¹

Gerade ein allgemeines, von der Öffentlichkeit finanziertes Programm sollte eigentlich die Kriterien des Rates für Rechtschreibung beherzigen. Demnach sollen auch „geschlechtergerechte Texte [...] sachlich korrekt sein, verständlich und lesbar sein, vorlesbar sein (mit Blick auf die Altersentwicklung der Bevölkerung und die Tendenz in den Medien, Texte in vorlesbarer Form zur Verfügung zu stellen), Rechtssicherheit und Eindeutigkeit gewährleisten, übertragbar sein im Hinblick auf deutschsprachige Länder mit mehreren Amts- und Minderhei-

tensprachen (Schweiz, Bozen-Südtirol, Ostbelgien; aber für regionale Amts- und Minderheitensprachen auch Österreich und Deutschland), für die Lesenden bzw. Hörenden die Möglichkeit zur Konzentration auf die wesentlichen Sachverhalte und Kerninformationen sicherstellen.“

Außerdem betont der Rat, daß „geschlechtergerechte Schreibung nicht das Erlernen der geschriebenen deutschen Sprache erschweren darf (Lernbarkeit).“ Diese Kriterien sieht der Rat bei den Schreibungen mit „Asterisk, Unterstrich, Doppelpunkt und anderen verkürzten Zeichen“ nicht erfüllt.¹² All das – das amtliche Regelwerk, die Empfehlungen des Rats für Rechtschreibung, die Meinung des Publikums – scheint den Missionsdrang der ÖRR-Journalisten nicht im Geringssten zu beeindrucken.

Der Bias der Journalisten, nicht nur derjenige des ÖRR, wird in einer neuen Studie von Kommunikationswissenschaftlern der Universität Trier bestätigt, welche das Twitter-Verhalten von Journalisten untersucht hat: Auf die Grünen fällt demnach der höchste Anteil von „kooperativen Tweets“ und der geringste Anteil an negativen Bewertungen von Journalisten.¹³ Damit nähert sich das Selbstverständnis der Journalisten wieder dem älteren deutschen journalistischen Idealtypus des Missionars an, übrigens scheint sich auch der ehemals stärker als „Spürhund“ verstehende angelsächsische Journalist diesem Leitbild anzunähern.¹⁴ Haltung statt Informationspflicht – das findet sich auch im früher so genannten Kirchenfunk.

Nun gibt es im gesamten Angebot des ÖRR nur noch wenig Sendungen mit Religionsbezug: Im Fernsehen werden fünf Magazine, alle nicht im Hauptprogramm, und im Radio zehn Sendungen mit religiöser Thematik ausgestrahlt.¹⁵ Auch diese verfolgen aber ganz überwiegend eine progressive bzw. linkskatholischen oder linksprotestantischen Agenda im Sinne des sog. Synodalen Weges, von „Maria 2.0“ oder der Politik der EKD. Traditionelle, konservative oder einfach nur gläubige Stimmen kommen kaum oder gar nicht zu Wort.

Wie sind diese Phänomene nun zu erklären? Die relative politische Homogenität der Journalisten erklärt sich zum einen aus deren Sozialisation. Den unsicheren, von prekären Arbeitsverhältnissen geprägten Journalistenberuf ergreifen vornehmlich Studenten aus den Geisteswissenschaften, die sich durch übergreifende Ansätze der *Gender* und *Post-Colonial Studies* zu Agendawissenschaften entwickeln, und diejenigen, denen eine bürgerliche Familienexistenz und Sicherheit nicht Kriterien bei der Berufswahl sind. Das journalistische Rekrutierungspersonal stammt also einer eher nach links tendierende Personengruppe. Auf den heute obligatorischen Journalistenschulen wird dieser Trend noch verstärkt.

Den letzten Schliff erhalten die Journalisten dann in den bereits von einem linken Klima (siehe Diagramm 2 und 3) beherrschten Redaktionen, wo nach dem Gesetz der Schweigespirale *Dissenters* zunehmend verstimmen.¹⁶ Wer Karriere machen oder auch nur seinen Job behalten will, paßt sich weitgehend an. Daher sind die Beteuerungen von Verantwortlichen wie dem SWR-Intendanten *Kai Gniffke*, sich um Ausgewogenheit bemühen zu wollen,¹⁷ kaum mehr als Lippen-

bekanntnisse; selbst, wenn sie ernst gemeint sind, scheitern sie an den strukturellen Gegebenheiten.

3. Skandalisierung und Regulierung der sozialen Netzwerke

Es ist ein Irrtum zu glauben, Journalisten schrieben oder sprächen vor allem für das Publikum. Wichtig ist für Journalisten – ähnlich übrigens wie für Professoren –, was ihre *Peer Group*, also andere Journalisten von ihnen halten. Denn dadurch, durch die Rezeption der Kollegen, wird ihre Reputation erzeugt und werden ihre Karrierechancen bestimmt.

Für den kurzatmigen Journalismus ist das Interaktionsmittel erster Wahl: Twitter. Auf der Plattform dieses Kurznachrichtendienstes versammeln sich alle Journalisten und auch Politiker, und dort wird ihr Ranking zumindest für die virtuelle Welt ausgehandelt. Blöd also, wenn man dort die Welt anders als die Mehrheit sieht und damit ins Zentrum eines politisch-korrekt orchestrierten Shitstorms gerät; noch blöder, wenn dies wiederholt geschieht und am blödesten, wenn man auf Twitter dauerhaft stigmatisiert und ausgegrenzt wird.

Bei diesem unschönen Spiel mischen nun die ÖRR-Journalisten, vorgeblich nur in privater Mission, wieder ganz vorne mit, immer noch staatlich alimentiert. Durch eine Politik der Mikro-Skandalisierung, den täglichen Shitstorm, werden *Dissenters*, Konservative und Radikalliberale, Christen und Libertäre dort vorgeführt und zum Schweigen gebracht.

Die Politik hat das Problem von *Hatespeech*, Haß und Hetze in den sozialen Netzwerken nur vordergründig erkannt. Vor allem hat sie nicht erkennen wollen, daß Haß und Hetze gerade von denjenigen ins Feld geführt wird, die damit einer eigenen Haß-Agenda folgen. Die eingeführten Sanktionen gegen Netzwerke, die die sog. Haßrede nicht rechtzeitig löschen, sind nun so gewaltig,¹⁸ daß die großen Plattformen wie Twitter und Facebook ganze Löschkommandos unterhalten, die Nutzer sperren oder ganz von ihren Plattformen entfernen, diese damit zum Verstummen bringen und in manchen Fällen deren Existenz zerstören. Da Haßrede praktisch nur von „rechts“ als solche wahrgenommen und geächtet wird, verstärkt auch dieser Mechanismus die Einseitigkeit.¹⁹

Fazit

Wenn wir den gegenwärtigen Stand der Realität, also des Ist-Zustandes und der Verwirklichung der Pressefreiheit anschauen, so müssen wir eine ernüchternde Bilanz ziehen. Zwar ist die Pressefreiheit grundgesetzlich geschützt, in der Praxis wird sie aber durch politische, plattformspezifische, rechtliche, und wie schon seit jeher ökonomische²⁰ Restriktionen eingeschränkt.

Dies gilt auch für die kirchliche Presse bzw. Berichterstattung über Religion und Kirche. War in der Presselandschaft dafür in der Vergangenheit die *FAZ* bis zur Ära *Reißmüller* eine seriöse Anlaufstelle,²¹ so steht sie in der Gegenwart für eine unklare Agenda, wenig kritisch gegenüber der Totalpolitisierung der EKD und ebenso wenig kritisch gegenüber dem Synodalen Weg und dessen Ziel einer

freilich nur schwammig formulierte Revision des juristischen und hierarchischen Baus der katholischen Kirche.

Jenseits der *FAZ* sieht es ebenfalls mau aus. Meist herrscht blankes Unverständnis gegenüber dem spezifischen Heilscharakter der - und eine Ignoranz der theologischen Grundlagen vor. Die früher wichtigen Blätter wie der *Rheinischer Merkur* und *Christ und Welt* sind bis zur Unkenntlichkeit gestutzt und nach Fusionen als linksliberale optionale Beilage der *ZEIT* geendet.

Bleibt in der bundesdeutschen Presselandschaft *Die Tagespost*, die gut gemacht und lesenswert ist, und nun als Wochenzeitung erscheint. Allerdings liegt die verbreitete Auflage bei nur 12.000 Exemplaren. Hinzu kommt die gestutzte Bistumspresse, die meist den jeweiligen Progressismus der Diözesen wiedergeben. Diese sind auch stark in ihrer Auflage geschrumpft, auch bei praktizierenden Katholiken gehört ihr Abonnement oder ihre Lektüre nicht mehr zum Selbstverständnis.

Natürlich gibt es vom offiziellen *katholisch.de* über *kath.net* und *kath.info* oder *CNA* zahlreiche Portale und Blogs im Netz. Diese Vielfalt ist wie im allgemeinen politischen Bereich, wo ebenfalls eine Zunahme unabhängiger Blogs und Portale aller Schattierungen zu beobachten ist, begrüßenswert, steht aber auch für die Versäulung der Medienlandschaft und den Rückzug des Publikums in passende Echokammern. Um die für die Pressefreiheit problematischen Dominanz linker und linksliberaler ÖRR-Journalisten zu brechen, dafür bedarf es aber einer neuen mutigen Generation, die es wagt, mit *Rudolf Augsteins* berühmten, im übrigen von *Rosa Luxemburg* entlehnten Diktum ernst zu machen: *Sagen, was ist.*

Anmerkungen

1) Erträge aus dem Rundfunkbeitrag bleiben stabil, Meldung aus der SZ vom 15.06.2021, <https://www.sueddeutsche.de/medien/rundfunkbeitrag-einnahmen-2020-1.5322526> (26.7.21).

2) Weidenbach, Bernhard: Bruttowerbeumsätze von Das Erste (ARD) in den Jahren 2006 bis 2020, Statistik und Kommentar in: Media Perspektiven 3/2021 vom 7.4.21, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/172725/umfrage/werbeumsaetze-der-ard-seit-2003/> (26.7.21).

Weidenbach, Bernhard: Bruttowerbeumsätze des ZDF in den Jahren 2006 bis 2020, Statistik und Kommentar in: Media Perspektiven 3/2021 vom 7.4.21, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/172750/umfrage/werbeumsaetze-des-zdf-seit-2003/> (26.7.21).

3) Übersicht der Senderfamilie von ARD, ZDF und Deutschlandradio, https://www.rundfunkbeitrag.de/der_rundfunkbeitrag/senderfamilie/index_ger.html (26.7.21); Weidenbach, Bernhard: Entwicklung der Anzahl der öffentlich-rechtlichen und privaten Radiosender in Deutschland in den Jahren von 1987 bis 2021, Statistik und Kommentar in: ARD-Werbung Sales & Services vom 15.7.21, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36329/umfrage/radiosender-anzahl-oeffentlich-rechtliche-und-private-seit-1987/> (26.7.21).

4) Unter Framing versteht man in der Kommunikationswissenschaft die Perspektivierung, Selektion, Akzentuierung und Attributtierung eines Themas; unter Priming die Beeinflus-

sung der Bewertungsmaßstäbe und die Salienzsteigerung von Themen, vgl. Heinz Bonfadelli: Medieninhaltsforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Stuttgart 2002, S. 146-159; Ders./Thomas N. Friemel: Medienwirkungsforschung, 5. Auflage, Konstanz 2015, S. 188f., 196–205; Christian Schemer: Priming, Framing, Stereotype, in: Wolfgang Schweiger, Andreas Fahr (Hrsg.): Handbuch Medienwirkungen, Wiesbaden 2013, S. 153-169.

5) Zur Zeitungskrise am Beispiel der FAZ vgl. Peter Hoeres, Zeitung für Deutschland. Die Geschichte der FAZ, München, Salzburg 2019, S. 390-392, 399-403, 445-448.

6) Siegfried Weischenberg/Maja Malik/Armin Scholl, Journalismus in Deutschland 2005, in: Media Perspektiven 7 (2006), S. 346-361; Parteipräferenz von Politikjournalisten in Deutschland, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163740/umfrage/parteipraeferenz-von-politikjournalisten-in-deutschland/> (26.7.2021).

7) Quelle: Infratest dimap, in: Journalist (2020), S. 41, online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1184876/umfrage/sonntagsfrage-ard-volontaere/> (26.7.2021).

8) Interview mit Hanns Joachim Friedrichs von Jürgen Leinemann und Cordt Schnibben, in: Der Spiegel 26.3.1995, online unter <https://www.spiegel.de/politik/cool-bleiben-nicht-kalt-a-73e327d0-0002-0001-0000-000009176410> (26.7.2021). Der nach Friedrichs benannte Preis wird mittlerweile auch für Journalisten vergeben, die eher das Gegenteil von Friedrichs journalistischem Verständnis verkörpern. Die Preisträgerin von 2018, Anja Reschke, hatte daher erhebliche Schwierigkeiten mit dem zitierten Satz und wollte ihn zunächst nur auf den journalistischen Umgang mit Katastrophen bezogen wissen, worauf bezöge sich dann aber die „gute Sache“?. Dann versuchte sie ziemlich hilflos, doch noch Friedrich für ihren Haltungsjournalismus zu vereinnahmen, vgl. Rede von Anja Reschke am 28.11.2018, online unter <http://www.hanns-joachim-friedrichs.de/index.php/dankesrede-von-anja-reschke.html> (26.7.2021).

9) <https://twitter.com/georgrestle/status/1014133298245853184>; der Tweet bewarb Georg Restle, Plädoyer für einen wertorientierten Journalismus in: WDR Print Juli/August 2018, S. 44.

10) Sophia Floto, ZDF-Umfrage: Mehrheit der Menschen lehnt Gendern in den Medien ab, in: NOZ 20.7.2021, <https://www.noz.de/deutschland-welt/medien/artikel/2370687/zdf-politbarometer-mehrheit-gegen-gendern-in-den-medien> (26.7.2021). Die Umfrage ist auf den Netzseiten des ZDF nur schwer auffindbar, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-corona-impfpflicht-kanzlerkandidaten-100.html?slide=1626375458070> (27.7.2021).

11) Vgl. bspw. Peter Eisenberg, Von wegen amtlich, in: FAZ 10.1.2019, S. 6; Horst-Haider Munske, Zwangsbeglückung der Sprachgemeinschaft, in: FAZ 22.7.2021, S. 6.

12) Rat für Rechtschreibung, Geschlechtergerechte Schreibung: Empfehlungen vom 26.03.2021, https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf (26.7.2021).

13) Nina F. Schumacher/Peter Maurer/Christian Nuernbergk, Towards New Standards? Interaction Patterns of German Political Journalists in the Twittersphere, in: The International Journal of Press/Politics 6/2021, S. 1-21, <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/19401612211025502> (26.7.2021). Die Studie bezieht sich auf Mitglieder der Bundespressekonferenz.

14) Vgl. in Gegenüberstellung britischer und deutscher Journalisten: Köcher, Spürhund; für einen Vergleich amerikanischer und deutscher Journalisten: Donsbach, Journalismus.

15) Dies sind: STATIONEN (BR Fernsehen); AUS CHRISTLICHER SICHT (SR Fernsehen); Nah dran – Das Magazin für Lebensfragen (MDR Fernsehen); Glaubwürdig (MDR Fernsehen); Orientierung (ARD-alpha); Tag für Tag (Deutschlandfunk); Aus Religion und Gesellschaft (Deutschlandfunk); Schalom (Deutschlandfunk); Schabat Schalom (NDR Info); SWR 2 Glauben; vertikal – horizontal. Glaubens- und Gewissensfragen (NDR Info); SWR Aktuell Aus Religion und Gesellschaft; Religionen (Deutschlandfunk Kultur); Himmel und Erde (hr-Info); Glaubenssachen (NDR Kultur)

16) Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, 6. Erweiterte Neuauflage München 2001 (zuerst 1980).

17) Moritz Schwarz, Interview mit Prof. Kai Gniffke, in: Junge Freiheit vom 27. März 2020, <https://www.jf-archiv.de/archiv20/202014032711.htm> (26.7.2021).

18) Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz: Bekanntmachung der Leitlinien zur Festsetzung von Geldbußen im Bereich des Networkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) – Netz-DG Bußgeldleitlinien vom 22. März 2018, <https://www.bundesanzeiger.de/pub/publication/OQ9ESKavUzbSVCH8nYU?0> (26.7.2021).

19) Meldung der Bundesregierung: Entschieden gegen Hetze im Netz vom 3. April 2021, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/gesetz-gegen-hasskriminalitaet-1722896> (26.7.2021).

20) Erinnert sei an Paul Sethes Sentenz aus dem Jahr 1965 „Freiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“ Paul Sethe, Leserbrief, in: Der Spiegel 5.5.1965, S. 17f., Zitat S. 18.

21) Allerdings gab es in der FAZ auch schon früh dezidierte Linkskatholiken. Eine solche war Wilma Sturm, die für die Zeitung seit deren Gründung schrieb. Sie entwickelte sich zu einer regelrechten Vietnamaktivistin, verteilte Flugblätter, sammelte Geld und schmuggelte ihre Aktivitäten auch in einen Bericht über das „Politische Nachtgebet“ in Köln ein, das sie selbst zum Ärger von Kardinal Frings mit initiiert hatte. Vgl. Wilma Sturm, Zur Nacht gebetet, in: FAZ 10.12.1968, S. 4.

Prof. Dr. Peter Hoeres ist Inhaber des Lehrstuhls für Neueste Geschichte an der Universität Würzburg.

Bericht und Gespräch

Marc von Knorring

Lähmender Zeitgeist

Wer es gewohnt ist, sich jenseits der öffentlich-rechtlichen Medien und der großen Tages- und Wochenzeitungen über die aktuellen Entwicklungen in Politik und Gesellschaft zu informieren, wird, sofern er nicht völlig vom kommenden Untergang des Abendlandes überzeugt ist, beherzt zu diesem Buch greifen – verspricht der Titel doch, was die meisten einschlägigen Publikationen nach erschöpfender Analyse der Misere oder wesentlicher Teile davon am Ende (doch) nicht bieten, sodaß sie dem Leser zwar profunde Einsichten vermitteln, ihn jedoch darüber hinaus bestenfalls ratlos, schlimmstenfalls noch frustrierter als zuvor zurücklassen. Ebendiesem Leser dürfte nun freilich rasch der Gedanke kommen, daß nicht er es sei, den der Autor vor allem ansprechen möchte.

Klaus-Rüdiger Mai: Die Zukunft gestalten wir! Wie wir den lähmenden Zeitgeist endlich überwinden. Langen Müller Verlag München 2021, 232 S.

Zwar fordert *Klaus-Rüdiger Mai* erst an relativ später Stelle seines Buches ausdrücklich dazu auf, „nicht immer nur die *Süddeutsche Zeitung* oder die *FAZ* zu unterstützen, sondern aus Gründen der Vielfalt“ auch alternative Medien zu kaufen und zu studieren (170), doch die Art, wie er den Leser von Beginn an an die Hand nimmt, ihm Schritt für Schritt erläutert, wo die Probleme liegen und was droht, wenn Gegenwehr ausbleibt, läßt kaum einen anderen Schluß zu.

Mehr als um alle anderen scheint es ihm um das gewiß nicht kleine Heer derjenigen zu gehen, die „lieber einen Blick in die Tagesschau als in die Fakten werfen“ (111), den offiziellen und offziösen Verlautbarungen prinzipiell Glauben schenken, dabei zwar merken oder zumindest spüren, daß etwas schief läuft, als Angehörige der Mittelschichten auch tatsächlich konkret in ihren Lebensentwürfen bedroht sind, sich aber bis dato nicht zu kritischer Distanz durchringen konnten oder wollten – und einen gewissen Bildungshintergrund haben, unterfüttert der Autor sein engagiertes Plädoyer für die „Freiheit“, die den Dreh- und Angelpunkt seiner Überlegungen bildet, doch nicht zuletzt mit Analysen und Reflexionen von Philosophen und Staatstheoretikern verschiedenster Couleur.

So führt er seinem Publikum eindringlich und überzeugend vor Augen, daß nichts Geringeres anstehe als ein „Kampf um die Freiheit“ (7). Nur die uneingeschränkte Nutzung der im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechte durch den

einzelnen Staatsbürger garantiere das Bestehen der Volksherrschaft, vulgo Demokratie – was unmittelbar einleuchtet, denn Herrschen bedeutet hier eben nicht einfach nur, bei Wahlen sein Kreuzchen zu machen, sondern beginnt damit, sich unbegrenzt über Alternativen informieren und Lösungen für die anstehenden Probleme in Staat und Gesellschaft offen diskutieren, mithin Meinungs- und Pressefreiheit aktiv und passiv in Anspruch nehmen zu können (von anderen Grundrechten noch gar nicht zu reden). Bereits damit aber liege es im argen, so *Mai*, denn die nahezu durchweg linken oder linksliberalen Parteien und Medien des „Mainstream“ maßten sich seit Jahren an, dem Bürger intellektuell überlegen zu sein, sein Denken auf mehr oder weniger subtile Weise zu lenken und ihm faktische Sprechverbote aufzuerlegen.

Engstens mit ihnen verbündet und verwoben seien die ebenfalls linksgrünen, nicht zuletzt migrantischen sogenannten „Non-Government Organisations“, kurz NGOs, die tatsächlich auf indirektem Weg durch Steuergelder finanziert würden und als Handlanger im Kampf gegen Andersdenkende fungierten. Gemeinsam mit den „Vertreter[n] des globalisierten Finanzkapitalismus“ (30), denen es um möglichst freien Geldfluß und die exakte Planbarkeit gewinnbringender Investitionen gehe, arbeite man an der Abschaffung der Grenzen und Nationen zugunsten eines undemokratisch-zentralistischen Maßnahmen-Großstaates wie (zunächst) der vor allem mit deutschen Zwangsbeiträgen gepöppelten EU; Ziel sei die „Große Transformation“ – von den Protagonisten als ökologischer „Great Reset“ verbrämt – in Gestalt der Überwindung bzw. Auslöschung von „Ländern, Völkern, Traditionen, Kulturen, Menschen und Familien“ (30).

Seine Macht übe der linksgrüne polit-mediale Komplex, den der Autor „Neue Herrschaft“ nennt, konkret dadurch aus, daß er die Mehrheitsgesellschaft durch permanente Geschichtsverdrehung, Hypermoralisierung und (Sprach-) Verwirrung zugunsten von Minderheiteninteressen (man vergleiche vor allem „Anti-Rassismus“- und „Gender“-Ideologie) ihrer Identität beraube und spalte, sie durch die Auslösung und Beschwörung von Krisen in Schach halte, gegebenenfalls unter selektiver Beziehung angeblich wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse auf intellektuell peinlich niedrigem Niveau.

So hätten die maßgeblichen Kräfte in Regierungen und Parteien die „Corona“-Pandemie von Beginn an dazu genutzt, der Bevölkerung Angst und Schrecken einzujagen und dann ihre öko-sozialistischen Umbaupläne eben durch die unbekümmerte, dezidierte Beschränkung der im Grundgesetz verbürgten Freiheits- (Versammlungen!) wie auch der parlamentarischen Mitspracherechte noch stärker voranzutreiben – für manche von ihnen offenbar nur die Blaupause für noch rigidere Maßnahmen, als deren Rechtfertigung dann die schon lange massiv kolportierte, vermeintlich drohende „Klimakatastrophe“ diene.

Auch hier suche man Diskussionen im Keim zu ersticken, brandmarke zu diesem Zweck Andersdenkende gegebenenfalls als „Corona-“ oder „Klimaleugner“ oder versehe sie gleich mit dem Universalstempel für den von Grund auf bösen (nicht zwingend konservativen!) Feind: „rechts“, und der „zivilgesellschaftliche“ Druck läßt nicht lange auf sich warten. Der Umbau von Staat und Gesellschaft bzw. deren Auflösung werde unterdessen ganz praktisch durch ökonomische Zerset-

zung, unkontrollierte Zuwanderung und die Aufgabe des Rechts als verbindlichen Ordnungsrahmens vorangetrieben.

Nur um der Form Genüge zu tun, referiert der Rezensent all dies im obligaten Konjunktiv, denn *Mai* ist in allen Punkten Recht zu geben. Dabei formuliert er sachlich, doch eingängig, griffig, präzise und an gegebener Stelle auch scharf, argumentiert klar und schlüssig, belegt seine Darstellung dicht mit Aussagen der neulinken und „ultraliberalen“ Akteure und ihrer Vordenker sowie mit Beispielen aus der politischen Praxis.

So wird schon dieser Teil des Buches auch zum Gewinn für den bereits „aufgeklärten“ Leser, der sich auf die stufenweise Entwicklung und Vertiefung des Lagebildes samt ihren durchaus nicht wenigen, aber stets mit einem Perspektivwechsel einhergehenden Wiederholungen und Zusammenfassungen einläßt und sich an der (erfrischend wirkenden!) direkten Ansprache des Lesers nicht stört – mit Blick auf das wohl vorrangig im Fokus stehende Publikum könnte man es kaum besser machen. Doch bietet der Autor allen potentiellen Rezipienten etwas: einen generellen Weckruf, erhellende Analysen der Zusammenhänge im Detail und nicht zuletzt Argumentationshilfen.

Gerade letztere sind angesichts des herrschenden Zeitgeistes bitter nötig, um andere davon zu überzeugen, daß es keine Alternative zum Nationalstaat gibt, dem einzigen Garanten für ein „föderales, freies und demokratisches Land [...] mit vielfältigen Regionen, die Heimat bieten, weil sie auf Eigenheit, Kultur und Tradition bauen“ (131). „Deutschland macht seine Kultur, seine politische Ordnung, seine Geschichte, seine wirtschaftliche Kraft, seine Landschaften als die von Menschen in Jahrtausenden von Generation zu Generation bearbeitete Natur, seine Errungenschaften, seine demokratischen und sozialen Standards aus“ (134), und so verhalte es sich *mutatis mutandis* eben auch mit jedem anderen europäischen Land.

Nur hierauf könnten sich Identität und Verpflichtung gründen: „Gegenwart und Zukunft Europas liegen in dem Bündnis der souveränen Staaten Europas, der aufgeklärten und freien Nationen Europas“ (136). Und: „Keine Wirtschaftskultur in Europa ist besser oder schlechter als die andere, sie passen nur nicht in ein gemeinsames Staatsgebilde. Auf diese Weise werden Spannungen und Konflikte zur Zukunft Europas, weil Europas Geschichte und Europas Erfolg auf den Regionen und Nationen, auf der Vielfalt und Unterschiedlichkeit beruhen“ (186). Dabei macht *Mai* kein Hehl aus seiner Überzeugung, daß allein eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, mit den gebotenen Maßnahmen zur Sicherung eines funktionierenden Marktgeschehens ebenso wie der sozialen Balance, dynamische Entwicklungen und Anpassungen ermögliche und damit der Freiheit entspreche.

Vor diesem Hintergrund, auf der Basis sowohl liberaler als auch konservativer und sozialdemokratischer Ideen und eines Verständnisses unserer Verfassung, wie es deren Urhebern zu eigen und jahrzehntelang selbstverständlich war, entwickelt *Mai* nun seine Vorstellungen von einer positiven Gestaltung unserer Zukunft. Not tue nichts weniger als eine Neubegründung der durch Grüne und Linke zerstörten bürgerlichen Ordnung. Diese aber „beruht [stets] auf einer Kul-

tur, im Wesentlichen auf der Kultur der europäischen Aufklärung und der nationalen Identität, die Teil der Kultur ist und die Bereiche Erbe, Tradition, Sprache und historische Erfahrung umfaßt“ (194); „Kultur und Geschichte sind [...] auch das Schlachtfeld, auf dem wir für unser Land, für unsere Demokratie und für unsere Art zu leben streiten müssen. Ein Volk, das seine Geschichte, seine Kultur und Tradition verliert, stirbt oder fällt unter den zentrifugalen Kräften der Weltpolitik auseinander“ (147).

Daher gelte es zuvörderst, den Blick der Deutschen auf die positiven Seiten ihrer Geschichte zu lenken, an die sich anknüpfen ließe – und dafür bedürfe es, als wesentlichster Grundlage der Erneuerung überhaupt, „einer Bildungsreform an Haupt und Gliedern“ (201), die eine vorurteilsfreie Befassung mit der Vergangenheit an Schulen und Universitäten sicherstelle. Auf der Basis des dadurch neu geschaffenen Selbstverständnisses der Nation könne dann die notwendige Reform ihrer Demokratie in Angriff genommen werden, mit den Zielen „der Deregulierung und des Bürokratieabbaus“ (111), der Wiederherstellung des liberalen Rechtsstaates und der Geltung der Grund- und Freiheitsrechte in ihrem ursprünglichen Sinn.

Das Mittel der Wahl seien „Volksentscheide auf Bundesebene [...], die aber nur Fragen grundsätzlicher Bedeutung betreffen dürfen“ (153), wie etwa die Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU oder „klimapolitische“ Eingriffe; außerdem müsse das Mehrheitsprinzip wieder zur Geltung gebracht werden – vergleiche allein die seit Februar 2020 andauernde Misere des Landes Thüringen. Notwendig seien dann die Etablierung „von neuen demokratischen Playern“ (159) im liberal-konservativen Spektrum sowie die Begrenzung der Macht der Parteien im Staat, wozu freilich gleich vier Voraussetzungen gegeben sein müßten: Weitgehende Unabhängigkeit der Abgeordneten von ihren Parteien durch ausschließliche Direktwahl, Wählbarkeit nur bei Vorliegen von Berufsabschluß und -erfahrung als Absicherung des Lebenswegs, Begrenzung der Bekleidung von Wahlämtern auf zwei Perioden und schließlich „das Verbot staatlicher Finanzierung der Zivilgesellschaft“ (166), besonders mit Blick auf den machtpolitisch motivierten, antidemokratischen „Kampf gegen rechts“.

Um unterdessen ökonomisch wieder auf die Beine zu kommen, sei ebenfalls die Bildungsreform zentral, denn nur sie gewährleiste Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes, ohne den eine „Neuformulierung der sozialen Marktwirtschaft“ (204) nicht denkbar sei. „Die Förderung mittelständischer oder großer unternehmergeführter Firmen“ (206), die Entmonopolisierung der (auch politisch verderblich wirkenden) „Digitalindustrie“ über ein neues Kartellrecht, die Streichung aller staatlichen Förderungen und Vergünstigungen, die der „Finanzialisierung und Oligopolisierung“ (208) über die Öko-Schiene dienen, eine klare Bevorzugung der Industrie und die Förderung wirklich nachhaltiger Technologien könnten dann die heimische Wirtschaft wieder auf eine reale Grundlage stellen, zukunfts- und wettbewerbsfähig machen.

Selbstredend müsse man auch „das Experiment des Euros [...] beenden“ (111) und die Verflechtungen innerhalb der EU auflösen, die alles einebnete, was die Stärken des Kontinents ausmachten, um dann „Europa“ die einzig fruchtbrin-

gende Zukunft als Staatenbund im Sinne *Charles de Gaulles* zu sichern. „Zur Reform der Demokratie gehören die Prinzipien der Subsidiarität, der Regionalität und der Föderalität“ (187) – und damit auch die Entscheidung der Staaten, wer wirklich politisches Asyl braucht und wen sie als Bürger aufnehmen, denn „es ist zutiefst asozial, den Sozialstaat durch die ungehinderte Einwanderung in die Sozialsysteme zu sprengen und gleichzeitig den Garanten des Sozialstaates, nämlich den Nationalstaat, zu zerstören“ (73).

Sonderrechte für „Migranten oder Deutsche mit Migrationshintergrund“ (151) dürfe es auch nicht geben, und der Staat müsse sich überall innerhalb seiner Grenzen durchsetzen. „Das setzt voraus, daß der deutsche Staat sich wieder als deutscher Staat, als Nationalstaat begreift, daß er Staat aller Deutschen ist. Und deutscher Staatsangehöriger ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt“ (195), und zwar nur diese, denn die doppelte Staatsbürgerschaft müsse abgeschafft werden, um Loyalitätskonflikte zu vermeiden; mehr noch: „Wer deutscher Staatsbürger ist, muß es sein [...] wollen – mit allen Rechten und Pflichten“ (195), und klar sei: „Wer die deutsche Kultur ablehnt, lehnt auch die deutsche Demokratie ab“ (147), die allein wirklich integrationsfähigen Zuwanderer „bringen etwas ein und [...] etwas dazu, aber eben dazu“ (136).

Man kann im Detail anderer Meinung sein, die Schwerpunkte hier und da vielleicht anders setzen, wird aber im ganzen zustimmen: Ja, so könnte es gehen. Aber wie soll es zu schaffen sein? Hier setzt *Mai* klare Prioritäten: „Reformieren wir die Demokratie, aber wichtiger noch, nutzen wir die Rechte, die wir jetzt schon haben“ (168). Daß der von ihm skizzierte „legitime Aufstand der Bürger als Wähler“ (151) natürlich schon damit beginnt, die Wahlprogramme und Verlautbarungen von Parteien und Spitzenpolitikern abzugleichen und einzuordnen, liegt dabei auf der Hand.

Konkret ruft der Autor dazu auf, die deutsche Sprache generell, insbesondere ihre zentralen politischen Begrifflichkeiten (allen voran natürlich „Demokratie“) wieder unverfälscht zu gebrauchen, um sich so im Diskurs zu behaupten, außerdem dazu, auf Verantwortungsethik statt moralisierender Gesinnungsethik zu pochen und – siehe oben – unabhängige, freie, kritische Medien zu unterstützen, sich in Vereinen zu engagieren bzw. einschlägige neu zu gründen und schließlich auf die dem Wähler rechenschaftspflichtigen Land- und Bundestagsabgeordneten zuzugehen, um ihr Abstimmungsverhalten im konkreten Fall zu beeinflussen.

Die Hindernisse resp. drohenden Konsequenzen sieht natürlich auch er: „Den Bürgern wird das Dach über dem Kopf abgerissen, und sie werden nachdrücklich aufgefordert, sich über den offenen Himmel zu freuen. Auch wenn es hagelt, wollen sie nicht riskieren, für auffällig erklärt zu werden. Wer es ausspricht, daß es hagelt, dem verhagelt es zuallererst die Karriere“ (69).

Und gerade die Bildungsreform als zweifellos wichtigste Voraussetzung, um die Lügen der „Neuen Herrschaft“ zu durchschauen – ob mit Blick auf das allgegenwärtige „Nazi“-Geschrei oder den akademischen Analphabetismus der „Fridays for Future“-Organisation –, sei als „Aufgabe [...] herkulisch, weil sie die Brechung der Vorherrschaft der Linksliberalen voraussetzt“ (201), die ja

selbst in jahrzehntelanger Wühlarbeit die Standards an Schulen und Universitäten, gerade in den so wichtigen geisteswissenschaftlichen Fächern, massiv herabgesetzt hätten, sodaß sich heute immer mehr (von den viel zu vielen) Studenten einem offenen Diskurs verweigerten und in atemberaubender Unwissenheit die alten „bürgerlichen Standards“ (98) ablehnten – um dann im Berufsleben schlimmstenfalls als Journalisten oder Politiker ihre Schlüsse für die Praxis daraus zu ziehen.

So verwundert es dann auch nicht, so müßte man hier ergänzen, wenn das Spitzenpersonal der etablierten Parteien nicht nur aus reiner Böswilligkeit den Schutz der Würde des Menschen, der traditionellen Familie, der körperlichen Unversehrtheit und des Eigentums und andere Grund- bzw. „Bürgerrechte“, die auch *Mai* als zentral ansieht, vom Bundesverfassungsgericht in seinem Sinne uminterpretieren läßt oder mal eben nonchalant einfachgesetzlich aushebelt.

Was aber nützt das Pochen auf den Rechtsstaat, wenn auf diese Weise das Recht nach und nach sein Gesicht verändert? Und was, wenn die Kirchen, wie der Autor ebenfalls zumindest andeutet, als Quasi-NGOs den Verfall des Glaubens zugunsten einer ersatzreligiösen Hypermoral noch mitbefeuern, konkret also mit der Anerkennung von zig Geschlechtern die Schöpfung ad acta legen, muslimische Minderheiten im Zweifel höher schätzen als die christlichen Nächsten und zur „Klima“-Panik beitragen?

Die Antwort ergibt sich für den Leser, ob nun einschlägig „vorgebildet“ oder nicht, aus der Lektüre des Buches von selbst: aktiv werden und Verantwortung für das eigene Land übernehmen, im Sinne der Vorschläge *Mais*, und diese gegebenenfalls auch weiterdenken, also z.B. den Kontakt zu Gleichgesinnten suchen, um gemeinsam einerseits stärkeren und sichtbareren Widerstand und Aufbauarbeit leisten, andererseits den Einzelnen vor Repressalien der „Zivilgesellschaft“ schützen zu können.

Genau darauf zielt auch der Appell des Verfassers am Ende seiner Schrift: „Bilden wir also eine Gemeinschaft der Starken, der Leistungswilligen, der Neugierigen, der Strebsamen und der Kreativen, der Fleißigen und der Ehrgeizigen, schätzen wir die bürgerlichen Tugenden von Ehrlichkeit, Pünktlichkeit und Verlässlichkeit. [...] Lassen wir uns vor dem Bösen aus unserer Geschichte, das auch in uns steckt, stets gewarnt sein, aber lassen wir uns von dem Guten, auf das wir stolz sein dürfen, verführen und motivieren. Um das zu können, benötigen wir wie die Luft zum Atmen die Reformation unserer Kultur und unseres Staates, die Reformen im Bereich der Bildung, der Demokratie, des Selbstverständnisses und der Wirtschaft voraussetzt“ (218).

„Es liegt an uns, an Ihnen und an mir“ (219) – dieses Bewußtsein bei seinen Lesern hervorzurufen und sie zum Handeln zu motivieren, ist wohl das wichtigste Anliegen *Klaus-Rüdiger Mais*, denn die sich anbahnende Diktatur kommt nicht gewalttätig daher, ihre Protagonisten setzen vielmehr, auch wenn sich Beugungen des demokratischen Prinzips und Rechtsbrüche von ganz oben zu häufen beginnen, auf die Konditionierung des Wählers, auf den langsamen Übergang durch die Manipulation der Masse, die unter „Freiheit“ vor allem den Genuß von

Wohlstand und Sicherheit versteht, ganz auf Individualismus und Bequemlichkeit getrimmt ist, weil alles andere ihr aberzogen wurde, Einschränkungen indes-
sen (noch) klaglos hinnimmt, wenn man ihr mit einem echten oder vermeintlichen größeren Übel droht oder ein säkulares Heilsversprechen gibt.

Das Bewußtsein, daß eben nicht einfach „alles immer so weitergeht“, voran und bergauf, daß der erfolgreiche „Marsch durch die Institutionen“ der 68er vielmehr der Bundesrepublik Deutschland bereits großen Schaden zugefügt hat und noch größeren zuzufügen droht, ist unabdingbar für die Bereitschaft, an einer Richtungsänderung mitzuwirken. Anders, als viele glauben, ist weder die Demokratie im allgemeinen noch in ihrer hiesigen Spielart davor gefeit, mißbraucht zu werden bzw. in die Diktatur abzugleiten; sie stellt dem wohl höhere Hürden als andere Herrschaftsformen entgegen, doch wenn die erst einmal überwunden sind, wird es genauso schwierig, die Lage wieder ins Lot zu bringen – also gilt es, zu handeln.

Prof. Dr. Marc von Knorring ist außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Passau.

Gustav Schnürer und die Kulturgeschichte

Wer in der vergifteten Atmosphäre unsere Zeit zu einem Gegengift greifen möchte, der sollte sich einmal *Gustav Schnürer* anschauen. Ihn dem Vergessen zu entreißen und an einer Renaissance dieses großen Gelehrten und seiner herrlichen Bücher mitzuwirken, könnte von katholischen Intellektuellen unserer Tage als wichtige Aufgabe begriffen werden.

Wer war er? Von Hause aus Schlesier, geboren im Jahre 1860, wurde er mit neunundzwanzig Professor für mittelalterliche Geschichte an der neugegründeten Universität Freiburg im Uechtland in der Schweiz.¹ Daß er die Gelegenheit ergriff, sich dieser akademischen Unternehmung zu verschreiben, der er dann freilich ein Leben lang die Treue hielt, sagt wohl viel über seinen Charakter aus. *Schnürer* muß ein Mann voller Tatendrang gewesen sein, in dem sich ein durchdringender Geist mit einer erheblichen Schaffenskraft in glücklicher Weise verbanden. So war er nicht nur an der Redaktion, Gründung und Herausgabe verschiedener historischer Zeitschriften beteiligt, sondern engagierte sich auch in der Verwaltung seiner Universität als mehrmaliger Direktor und Dekan. Dabei soll er für deren Konsolidierung und Entwicklung von großer Bedeutung gewesen sein.²

Schnürer war aber auch, was man heute wohl einen engagierten Katholiken nennen würde. Die Katholische Deutsche Studentenverbindung Teutonia im CV sieht ihn als ihren Gründer an.³ Daneben war er karitativ tätig und trat auch in dieser Hinsicht als Vereinsgründer hervor. Überhaupt scheint *Schnürer* ein sozialer, menschenzugewandter Mann gewesen zu sein. *Ignatius Staub O.S.B.*, Abt von Einsiedeln, charakterisiert ihn im Geleitwort zu der zu *Schnürers* 70. Geburtstag herausgegebenen Festschrift als „begeisterten und begeisternden Professor“ und spricht ihn als „verehrten Meister und Freund“ an.⁴

Schnürer gehörte mit einem Wort zu jenen Schriftstellern, bei denen man sich unwillkürlich fragt, wie sie nebenher noch ein Werk von solcher Qualität und Umfang haben hervorbringen können. Man kann durchaus die These wagen, daß dieses Werk einzig dasteht. Jedenfalls ist mir nichts untergekommen, daß in seiner Art vergleichbar wäre. *Schnürer* malt gewaltige Panoramen ganzer Epochen. Er tut dies vor allem unter kulturellen und damit auch gesellschaftlichen Gesichtspunkten, jedoch niemals abstrakt, sondern immer bezogen auf die großen Denker, Dichter und Künstler der jeweiligen Zeit, von denen seine Bücher geradezu bevölkert sind.

Wer eintauchen möchte in die Zeit der katholischen Reform, ihren großartigen Gestalten begegnen und ein Gefühl für den vibrierenden Geist der Epoche bekommen möchte, der kommt an seinem „Kirche und Kultur in der Barockzeit“ auch heute nicht vorbei.⁵ Wer die 800 Seiten inhaliert hat, meint, dabei gewesen

zu sein. Das Werk ist bis heute unersetzlich, ist in deutscher Sprache seither doch nichts mehr zur Barockkultur erschienen, das ihm an Fülle des durchgearbeiteten Materials und im intimen Verständnis des Stoffes an die Seite gestellt werden könnte. Der Barock ist unserer Zeit eine ferne und kaum mehr verstandene Epoche. Was heute landläufig als Barock bezeichnet wird, ist in Wahrheit oft Rokoko, über dessen Zeit *Schnürer* freilich auch einen wunderbaren Band geschrieben hat.⁶

Ganz anders verhält es sich mit dem Mittelalter, daß sich seit Jahrzehnten in breiten Kreisen einer ungebrochenen Popularität erfreut, die eine Schwemme von Literatur hervorgerufen hat, darunter auch Herausragendes. Gleichwohl bleibt *Schnürers* dreibändiges Hauptwerk „Kirche und Kultur im Mittelalter“⁷ ein Klassiker – oder sollte es wieder werden. Es sind die Fülle des dargebotenen Stoffes und der angenehme Ton, die auch hier begeistern.

Wer mehr über die Grundlagen seines Denkens erfahren möchte, der greift zu den „Anfängen der abendländischen Völkergemeinschaft“.⁸ Dabei verrät der Titel bereits Wesentliches der Sichtweise *Schnürers*. Für ihn stellt Europa eben eine *Gemeinschaft* eigenständiger, jedoch kulturell verbundener Völker dar. Obwohl diese Völker ihre Eigenständigkeit wahren und sogar immer deutlicher ausprägen, formen sie doch deutlich erkennbar *einen* Kulturraum, in dem die Rolle der führenden Nation immer wieder wechselt, in dem die eine Nation auf-, die andere absteigt.

Liege hierin, so *Schnürer*, die Gefahr der Zersplitterung, so begegne diese dezentrale Struktur doch zugleich auch der gegenteiligen Gefahr der Erstarrung, von der politisch stärker vereinheitlichte Kulturräume historisch erfaßt worden sind. *Schnürer* nennt das Beispiel Byzanz, dessen Erstarrung als Byzantinismus sprichwörtlich geworden ist.⁹ Spontan kommen einem aber auch der arabische und chinesische Kulturraum in den Sinn. Sie alle haben ihre Überzentralisierungen mit jahrhundertlangem politischem Niedergang bezahlt – Byzanz sogar mit seiner Auslöschung. Demgegenüber, so könnte man ergänzen, hat sich das abendländisch geprägte Europa wohl nicht die ewige, so doch eine lang anhaltende Jugendlichkeit bewahrt. Es hat immer wieder ein Talent zur Selbsterneuerung bewiesen. Nur in den letzten Jahrzehnten scheint es von diesem Talent verlassen worden zu sein.

Die abendländische Kulturgemeinschaft formt sich für *Schnürer* ursprünglich aus den christlich gebliebenen Teilen des westlichen römischen Reiches, die durch die einwandernden Germanen politisch neu organisiert werden, während diese wiederum durch die geistige Kraft der katholischen Religion und Kirche kultiviert werden.¹⁰ Die kulturelle Essenz Europas stellt demnach der Katholizismus dar, ursprünglich er allein. Später treten in Nordeuropa seine protestantischen Derivate an dessen Stelle. Für *Schnürer* ist klar, daß Europa schon zu seiner Zeit am Scheideweg steht, daß es sich entweder erneuert oder „sein eigenes Grab schaufelt“, wie er bildkräftig im Vorwort schreibt.

Worin diese Erneuerung nur bestehen kann, daran kann nach dem Gesagten kein Zweifel bestehen. Wenn das Wesen des Abendlandes, wie jedes Kulturkreises, in

der Religion zu suchen ist, die diesen Kulturkreis erst hervorgebracht hat, dann kann die Revitalisierung dieses Kulturkreises nur durch die Revitalisierung seiner Religion geschehen. In den Worten *Otto von Habsburgs*: „Europa wird christlich sein oder es wird gar nicht sein.“ Nun war allerdings die Kirche zu Zeiten des *XI. Pius*, in denen die Hauptwerke *Schnürers* erschienen, zwar von außen her angegriffen, im Innern aber intakt. Davon kann heute freilich keine Rede mehr sein. Damit ist, verglichen mit den Zeiten *Schnürers*, nun eine weitere Komplikation eingetreten, so daß man wird sagen müssen, daß eine Gesundung Europas unmöglich ist, solange nicht zuvor eine Gesundung der Kirche und insbesondere des Papsttums eingetreten ist.

Wovon *Schnürer* bewegt ist, das ist die Liebe zu diesem Europa und zu der Religion und Kirche, die dieses Europa maßgeblich geistig geformt haben. Er blickt mit jener Freundlichkeit auf den Gegenstand seines Interesses, der ein vollständiges Verstehen überhaupt erst ermöglicht. Manche mögen ihn daher als Apologeten ansehen. Es steht ihnen frei. Tatsächlich sind seine Schriften ohne jede Schärfe, von makelloser Wissenschaftlichkeit ohne jemals bräsig oder unangenehm doktrinär zu werden.

In ihnen begegnet man, was man heute so oft vermißt: Das Streben nach intellektueller Integrität, Wahrhaftigkeit und historischer Gerechtigkeit. *Schnürer* zu lesen bereitet – mit einem Wort – immer Freude. Und die gute Nachricht lautet: Er ist antiquarisch hoch präsent und leicht zu beziehen. Katholische Intellektuelle haben mit anderen Worten keine Entschuldigung mehr, die überfällige und schuldige *Schnürer*-Renaissance nicht ab morgen schon beginnen zu lassen.

Anmerkungen

- 1) Schmiedinger, Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Auflage, Schnürer, Gustav; Pfaff, Carl, in Historisches Lexikon der Schweiz, Gustav Schnürer, Version vom 5.10.2020, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/008050/2020-10-05/>.
- 2) http://www.rathay-biographien.de/persoenslichkeiten/S/Schnuerer_Gustav/schnuerer_gustav.htm.
- 3) <https://www.teutonia.ch/geschichte.html>.
- 4) Studien aus dem Gebiete von Kirche und Kultur, Festschrift für Gustav Schnürer zum 70. Geburtstag, gewidmet von Freunden und Schülern, Paderborn 1930, S. 5 f.
- 5) Schnürer, Gustav, Katholische Kirche und Kultur in der Barockzeit, Paderborn 1937.
- 6) Schnürer, Gustav, Katholische Kirche und Kultur im 18. Jahrhundert, Paderborn 1941.
- 7) Schnürer, Gustav, Katholische Kirche und Kultur im Mittelalter, 1. Band Paderborn 1937, 2. Band Paderborn 1929, 3. Band Paderborn 1929.
- 8) Schnürer, Gustav, Die Anfänge der abendländischen Völkergemeinschaft, Freiburg i.B. 1932.
- 9) Vergl. hierzu die Einführung a.a.O., S. 1-6.
- 10) A.a.O.

Dr. Peter Gullo wurde für eine verfassungsrechtliche Arbeit zur Kulturstaatlichkeit promoviert. Er lebt und arbeitet in Berlin.

Hans-Peter Raddatz

Von der Transformation zum „Reset“

Anmerkungen zum modernen Kulturkampf

Der Makro-Horizont

Es dürfte kaum ein Thema geben, das öfter und kontroverser diskutiert wurde und wird als die Moderne und ihre mehr oder minder aggressive Ablösung von der christlich geprägten Vorgängerkultur. Letztere wird auch die „jüdisch-christliche“ genannt, eine aus system-analytischer Sicht wenig brauchbare Nivellierung des christlichen, speziell jesuanischen Einflusses, der immerhin ausschlaggebend für nicht nur eine Epoche, sondern nicht weniger als eine Zeitenwende war und ist, die eine Weltkultur hervorbrachte.

Hinzu kommt, daß zu dem jüdischen Einfluß als nicht minder wesentliche Elemente der „Altkultur“ die griechische Philosophie und das römische Recht gezählt werden. Sie gingen indes ihrerseits nicht nur ethisch und logisch in die Jahrtausend-Kultur Europas ein, sondern auch mit einer eher verborgenen, sozusagen handwerklichen Dreiheit, die in der Verbindung aus jüdischer Mystik (Kabbala), griechischer Sophistik und römischer Rhetorik besteht. Sie sind nicht die einzigen, aber wesentliche Domänen des anonymen Machtraums, in dem die Konzepte elitärer Massenlenkung entstehen, vergehen und die Geschichte formieren. Unter Hinzunahme orientalischer Magie bilden sie ebenso das Praxis-Gerüst der Gnosis (griech.: Wissen, Erkenntnis), der Grundstruktur esoterischer Alternativen zur christlichen Erlösung.

Es geht um ein „geheimes, offenbartes, heilsnotwendiges Wissen, ein Wissen, das nicht natürlich erworben wird, ein Wissen, das den Erkennenden verwandelt. Dieses Wissen ist eine Erkenntnis des absoluten Anfangs und der Bedingungen dessen, was diesen Anfang in die Verstrickung eingehen ließ: Es ist immer die Erzählung von Fall der himmlischen Mächte von der Emanation der Äonen und Welten bis hinab zur Schöpfung ‚dieser‘ irdischen Welt, dem Kerker der Seele (J. Taubes, *Der dogmatische Mythos der Gnosis in: Sloterdijk/Macho [Hrsg.], Weltrevolution der Seele*, 264).

In diesem Makro-Rahmen geht es um nicht weniger als das Problem des Menschenbezugs in der Ausübung von Macht, um die Art und Weise, in der sich die kultur-evolutionäre Dominanz zur Führung Berufener über der Masse der zu führenden „Herde“ gestaltet. Dazu ist mit dem Blick auf eben die Geschichte, speziell auf die aufklärerische Gegnerschaft, festzustellen, daß es primär der christliche bzw. jesuanische Impuls war, der mit dem „Ersten Stein“ als Warnung vor dem Machtmißbrauch die Theologie der transzendenten Erlösung und das singuläre Geschehen einer human-kulturellen Zeitenwende in Gang setzte.

So mancher Leser dieser Zeitschrift hat sich in der Vergangenheit dem Verfasser dieses Beitrags gegenüber erstaunt gezeigt, daß die System-Analyse Themen behandelt, die gemeinhin der Theologie vorbehalten sind bzw. sein sollten, sich aber mit dem Fortschritt der Moderne zunehmend aufdrängen. Dabei wird oft nicht beachtet, daß die Analyse nichts mit den Dingen des Glaubens, sondern vieles mit dessen machttechnischer Anwendung zu tun hat und daher Urteile über die Vorurteile erarbeitet, die in der Domäne des Glaubens und noch weit mehr in der Moderne zustande kommen. Denn sie will die Macht der Religion, speziell des jüdisch-christlichen Humanum, mit der Macht dessen, „was allen Kulturen gemeinsam ist“, offiziell mit der Toleranz der Interkulturalität, obsolet werden lassen.

In den links-rechten Politreligionen kommt dies mit dem Ziel einer entsprechend radikalen „Systemüberwindung“ zur Geltung, die sich in den Genoziden an den christlichen Kulaken Rußlands bzw. Juden Europas Bahn brach und der historischen Effizienz des Islam zuneigt, dessen Djihad die gleichen Feindbilder aus der Region vertrieb bzw. „ausmerzte“. Die Ausübung von Macht ist zweifellos allen Religionen gemeinsam – mit dem einen Unterschied des christlichen Menschenbezugs allerdings, den die Systemanalyse zum Maßstab der Macht des Menschen über den Menschen als *Macht des Menschen für den Menschen* macht. Dies umso mehr, als die Moderne sich als Gegenentwurf sieht und die Humanität dieses Bezugs als „Logozentrismus“, „gnadenlose Rationalität“, „Repression“ und vieles mehr bekämpft.

Diese Wende ist natürlich nicht vom Himmel gefallen, sondern füllt ganze Bibliotheken mit einer immensen Literatur über die Genese des Prozesses. Sie sprengt den Rahmen dieses Beitrags bei weitem, wobei für unser Thema der Hinweis auf den *Humanismus* wichtig ist, weil dieser Begriff – zumeist unbelegt – als Passepartout bzw. Transformations-Medium für verschiedenste Strömungen herangezogen und auch mißbraucht wurde und wird.

So zum Beispiel als Domäne der Reformation, als Übergang von der Scholastik in die Wissenschaft, als „Liberalisierung“ der kirchlichen Dogmatik, als Formkraft der Ästhetik und des Künstlergenies, nicht zuletzt als Leitmotiv des autonomen Renaissance-Menschen – „Wissenschaftsgeschichtlich sollte man jedoch stets berücksichtigen, daß es sich bei all diesen Konzepten nicht um wohldefinierte Einheiten handelt, sondern um Konzepte, die sich auf ganze Cluster von Phänomenen beziehen“ (D. Groh, *Göttliche Weltökonomie*, 30f., 59). Die epochale Bandbreite und im Grunde beliebige Auslegbarkeit des Begriffs erfuhren gemäß moderner Umkehrlogik einen erheblichen Bedeutungswandel, der den Humanismus in die Humanität überführte und sowohl für die esoterische als auch extremistische Machtpolitik reklamiert (Humanistische Union).

Je weiter der aktuelle Kulturwandel fortschreitet, desto „natürlicher“ erscheint die Abwehr der alten Ethik und biologischen Reproduktion (Abtreibung) sowie Entsorgung überflüssigen Alters (Sterbehilfe) und um so klarer tritt die Auffassung der Kultur-Revolutionäre hervor, der zufolge sie seit der Renaissance ein Erfolgsrezept von zeitenwendendem Format betreiben, einen fundamentalen Neustart der Welt, den man im saloppen IT-Jargon „Reset“ nennt.

Indem die Moderne das grundsätzlich „Neue“ bedeutet, braucht sie eine andere Logik, die sich allein schon aus dem Kampf gegen den „Logozentrismus“ ergibt, also eine Logik-Flucht bedingt, die sich selbsttätig verstärkt, in zeitweiliger Irrationalität, Borderline-Mentalität und Affinität zu Gewaltssystemen zum Vorschein kommt und in einen solchen Trend auch wieder im Rahmen der Globalisierung eingetreten ist. In diesem Kontext haben Begriffe Konjunktur, die mit Wandel, Wende, Reform, Transformation, Neustart, Umbruch und natürlich mit dem Neuen an sich zu tun haben – Erneuerung, Neuordnung, Neugestaltung, sogar Neuschöpfung

Im Zuge der modernetypischem Selbststeigerung verstärkt sich die elitäre Privilegierung, die zu als „neu“ erklärten Leitmotiven als Gottesersatz übergeht, um mit „neuen Menschen“ eine „neue Welt“ zu schaffen – eine Dynamik, die notwendigerweise den Menschenbezug in den Modus fortlaufender Funktionalisierung bzw. Vernetzung überführen muß, weil nur so eine „Neue Weltordnung“ als Alternative entstehen kann. Da sich mit der Selbststeigerung die Logik-Flucht beschleunigt, kommt eine zunehmende Unfähigkeit zum Denken in Unterscheidungen zum Ausdruck, die sich in einem obsessiven Harmoniezwang Bahn bricht. Dies versetzt das akademische Rad der Ismen, Logien, Sophien, Archien, Manien, Phobien in immer schnellere Rotation, in Reformen, Umbrüche und Erneuerungen, die noch dazu im wuchernden Datenkontinuum der Computer-, Technik- und Geld-Ära das Denken und Verhalten im „Horizont des Seins“ (*Martin Heidegger*) auf Reflexe verkürzten und *Paul Virilio* (gest. 2018) einst den „rasenden Stillstand“ befürchten ließen.

Welche Machtdimension sich seit der Aufklärung entfaltet, kann nicht nur an den Erfolgen der Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch an der Esoterik der politreligiösen Extreme studiert werden, die mit den Leitmotiven der Klasse, Rasse und „Kasse“ (Privatisierung der Staaten) dem Maßstab der „Ganzheit“ folgen und über die Zwischenstation des primär deutschen Orientalismus eine unumkehrbare Familienähnlichkeit mit dem Islam entwickeln. Sie steigen mit dem bürgerlich-christlichen Feindbild nicht nur in den Djihaad ein, sondern reagieren im Exklusionsdogma um so härter, je kleiner die einzuschließenden Minderheiten werden und je größer somit auch das Problem der auszugrenzenden, „intoleranten“ Abweichung wird, die in Gestalt der altkulturellen Bevölkerung im Wege steht.

Mit dem genderwidrigen Beharren auf dem eigenen Geschlecht ziehen sich die früher als selbstverständlich geltenden Heterosexuellen heute eine ins Mythomagische gesteigerte Aggression zu, die sich nicht nur in den alpha-männlich dominierten Horden-Status der Natur-Evolution rückabwickelt. Da die Regression nicht abschließbar ist und das bis heute nicht als faßbar erforschte Bewußtsein erfassen will (s.u.), weitet sich der resultierende Zwang ins endlich Transzendente, in ein diesseitiges „Gottesreich“ aus und geht auf Ultra-Ursprünge des SSS-Formats – *Sündenfall, Sintflut, Sodom* – zurück. Sie auszuloten ist den „Humanwissenschaften“ wiederum verboten (Günter Dux. Die Moral in der prozessualen Logik der Moderne, Einleitung – 2004) und fordert umso konkreter die Betrachtung aus systemischer Distanz heraus.

Denn mit dem Wissenschaftsbegriff der klassischen Aufklärung, der mit Religionskritik und Freihandel, mit der Produktion links-rechts-radikaler Sozialismen und deren faschistischer Fusion in der geldnormierten Globalisierung einhergeht, befreit heute der aktuelle US- bzw. UNO-gestützte Strukturwandel die als „repressiv“ geltenden Institutionen und Staaten von Beständen der Natur- und Gemeinwohl-Ressourcen und schichtet sie in den sogenannten „Shareholder Value“ um. Dieser schein säkulare Vorgang nimmt selbst pseudo-religiöse Zügen an, die sich in Ritualen der Gx-Konferenzen, Raumfahrt-Events, Davos-Foren etc. ausdrücken, begleitet von einer immensen Börsenhausse mit staatsfinanzierten Kreditkrisen und der Absicherung durch stringente, interkulturell begründete Inquisitions-Prothesen. In der software-geprägten Gegenwart vergleichen unabhängige Autoren wie *Andrej Sorin (Mind and Software)* die politreligiöse Programmierung des funktional vernetzten Menschen mit einem „Reset“ der alten Existenzform, das sich in den Strukturen der Programmierung niederschlägt. Hinzu kommt die digitale 0/1-Struktur der Maschinenebene, die den Nutzer in ein An/Aus-Denken zwingt, indem ihn die Tastatur strukturiert und wenn der Bildschirm nicht das erwartete Ergebnis liefert, in tiefe Verunsicherung versetzt. Mithin kann einsichtig werden, daß er im Digitalmodus selbst zur *Information* und zu *Entropie* (Abfall) wird, wenn er nicht „funktioniert“.

Obwohl (oder weil) das cartesische Cogito als scheinbar mechanistisch oder gar „solipsistisch“ abgelehnt wird, laufen alle Betriebssysteme und großen Anwendungen auf eine funktionale Mechanisierung des Bewußtseins hinaus, vor der *Descartes'* Hellsicht durch seine Verbindung von Sein und Denken warnte. Da sich mit der Aufgabe des prüfenden Denkens für ihn eine tierhafte Rückentwicklung verband, zog und zieht er – bei *Heidegger* sogar als „Lottergeist“ – bis heute die neo-inquisitorische Aggression der aktivistischen Kultur-Kader mit samt ihrer pseudo-intellektuellen Vor-„Denker“ auf sich. Sie bilden nach den Mustern der „arischen“ Rassen- und prolet-arischen Klassen-Gesellschaft nun eine planet-arische Massen-Gesellschaft heraus, die nicht nur „um des Reimes willen“ (*C. Morgenstern*) auch eine Gesellschaft der elitären Kassen ist, mithin auf dem faschistischen Korporatismus des Konzern-Kapitalismus beruht und vollständig zu verinnerlichen ist, wenn eine institutionelle Laufbahn Erfolg haben soll.

2. Reset und Transformation

Die „Reset“-Idee erlangte im zunehmend technisierten Ismen-Karussell der Nachkriegszeit, mit fortwährender Beschwörung von Reformen, Wendephasen, Strukturwandlungen einen quasi-rituellen Anstrich, der sich in den wirkmächtigen Übergängen vom Gold- zum Börsenstandard, von der Produktions- zur Dienstleistungs-Gesellschaft, von der Nachfrage zur Angebotswirtschaft, von der Analog- zur Digital-Technik, von der „normalen“ Propaganda zur audiovisuellen Massen-Konditionierung in den „sozialen“ Medien und Netzwerken etc. zu einer Art Pseudo-Religion verfestigte. Insofern wird ein Artikel in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift interessant, der das „Große Reset“ bzw. die „Große Transformation“ zur Diskussion stellt und vor dem kulturhistorischen Makro-Hintergrund

der offensichtlich nicht ganz einfachen, langfristig gewachsenen Thematik zu näherer Betrachtung anregt.

Ersterer Begriff wurde von *Klaus Schwab* in die Diskussion eingeführt, vom Gründer des Davoser Elitenforums, der ihn 2020 in Verbindung mit der Pandemie in Umlauf brachte, während letzterer vom Wirtschafts-Soziologen *Karl Polanyi* (gest. 1984) kommt. Er entwickelte in den 1940er Jahren die These, der zufolge eine seit dem Frühkapitalismus wachsende Kollaboration von Staat und Markt, Politik und Wirtschaft das Krisen-Dilemma des Handelsliberalismus, Industrialismus und Monetarismus erzeugt habe. Dies verfestigte sich in einer „Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz der Gesellschaft zu Waren“ und leiste, wie die Weltkriege bewiesen, mit Macht- und Verteilungskämpfen den offenbar gewordenen, radikalen Tendenzen unangemessenen Vorschub.

Wenngleich linksgewirkt, paßte diese Sicht nicht in die Aufschwungmentalität der Nachkriegszeit, die mit einer konzerngeführten Parteienherrschaft, Interkulturalität und Zuwanderungspolitik eine starke faschistische Komponente – bei *Jürgen Habermas* sogar einen „Linksfaschismus“ – mit sich führte. Als „Große Transformation“ erlangte sie wieder erneuerte Aktualität, als die „Diversität“ der Globalisierung auf kulturkehrende Weise zutage trat, d.h. als die moderne Alternative mit sozialen, rechtlichen, finanziellen und kulturellen „Reformen“ die „demokratische“ Aushöhlung der bürgerlichen Staatsform bestätigte.

Wir haben das weitgespannte Sichtobjektiv der Systemanalyse einleitend angedeutet und werden es weiter ausführen, weil die immense Bandbreite der Transformation ohne diesen Hintergrund nicht verständlich und dem Autor des Artikels nur bedingt bewußt ist. Ein wichtiges Indiz analytischer Kurzschlüsse ist die kritiklose Übernahme von zentralen Begriffen des globalen Strukturwandels, die kraft des Elitenprivilegs oft euphemistisch das Gegenteil von dem anstreben, was sie verbal aussagen. Das klassische Beispiel ist die Toleranz, die den Europäern suggeriert, daß die von ihnen zu tolerierenden Minderheiten mit dem Begriff die gleiche Bedeutung verbinden, wie sie in Europa entstanden ist – ein Effekt, den *Kant*, selbst Spezialist und Vordenker des Begriffsmißbrauchs, „Erschleichung“ nennt.

Wer ein „Reset“ der Welt beansprucht, ist seiner Sache offenbar sicher, weil er auf der ganzen Bandbreite und Praxis der bisherigen Kulturkehre bzw. Systemüberwindung fußt und auf oberster Ebene Kenntnis von Einflüssen hat oder haben kann, die den Fortschritt zur „Weltgesellschaft“ sicherstellen und dabei sogar von mediokren Verschwörungstheorien profitieren. Das „Reset“ signalisiert allerdings im Programmier-Modus – speziell im Hinblick auf die Pandemie – eine gewisse Verunsicherung, weil ein Neustart einer intakt laufenden „Default“-Situation nicht nötig wäre. Ein Reset der systemischen Art fand z.B. nach der Finanzkrise 2008/2009 statt, als man die fatale Quelle der Katastrophe, die sogenannten „strukturierten“ oder gar „toxischen“ Produkte – Optionen, Zertifikate, Kreditbündel – schlicht fortsetzte und sogar noch mit der Übernahme notleidender Staatsanleihen die regulierende Funktion der Verschuldung und damit des Geldes an sich außer Kraft setzte.

Dies scheint nun eher geeignet, die ethikfeindliche Rückentwicklung ins Archaische zu fördern, die aus den links-rechten Experimenten bekannt ist und sich der Systemanalyse zufolge als totalitäre Konsequenz der globalen Überhitzung wiederholen kann. Ablesbar an den identischen Exponential-Kurven des Welt-Wachstums der Bevölkerung, Börsen-Volumina und Staatsverschuldung seit Ende des 19. Jahrhunderts läßt sich nicht nur eine Vorstellung von der Umwelt- und Klima-Obsession als Ergebnis des Besitz-Feudalismus und der „interkulturellen“ Hunger-Expansion, sondern vor allem vom statistisch und globalpolitisch überfälligen Bedarf einer umfassenden Korrektur entwickeln. Diese kann nun freilich nicht von einem einfachen „Reset“ bewältigt werden, weil es nichts an der Umkehrlogik gegen die „repressive“ Altkultur ändert, sondern muß angesichts der sich verschärfenden Krisen auf dem bewährten Erfolgsrezept des eigenen Fortschritts beharren, logischerweise also eine weitere Radikalisierung des Strukturwandels betreiben. Die vollzieht sich seit jeher unter den Bedingungen der „freiheitlichen“, d.h. geldnormierten Mechanisierung des Denkens sowie kraft moderner, „demokratisch-rechtsstaatlicher“ Vermassung der „Risiko“-Gesellschaft, die ihrerseits den Freiheitsbegriff offenlegt, den der hier vorgestellte Artikel im Auge hat.

Dort wird *Polanyi* eine Anlehnung an die „Illiberalität der Linksliberalen“ vorgeworfen, eine „totalitäre Tautologie (ich bin frei, wenn ich freiwillig das tue, was ich will, um größere, überindividuelle Ziele zu verwirklichen), die Freiheit grundsätzlich verkennt, „wenn Polanyi von der Aufgabe, mehr Freiheit für alle zu schaffen, spricht“. Der Autor hat recht, „daß eine Gesellschaft nicht deshalb frei genannt wird, weil sie frei ist, sondern weil ihre Mitglieder frei sind“, doch kommt weder das Ideal dieser theoretischen Vorstellung, noch die eigene Affinität zum Wirtschaftsliberalismus zur Sprache, die auch das Problem des Sozialismus unerwähnt läßt, ganz zu schweigen von der Tautologie *Kants*: „Du kannst, denn du sollst“. Im Dialog-Getriebe unserer Zeit enthält das Risiko auch „Chancen“, die sich aufgrund der asymmetrischen Anthropologie macht-„gerecht“ verteilen. Bei näherem Hinsehen enthüllt sich der Zwang des Strukturwandels zur Destruktion bzw. Umkehrung der Altkultur in eine „Neue Weltordnung“, indem wie die Vermögensumschichtung „von unten nach oben“ beweist, die Chancen sich quasi-physikalisch am Pluspol des Eliteprivilegs und die Folgen der Risiken am Minuspol der Massenverarmung sammeln.

Der Autor hat im weiteren recht mit dem Vergleich der deutsch-grünen Wirtschaftsvision mit der bolschewistischen Planwirtschaft *Stalins*, weil bei klaren Vorgaben „die Kader alles entscheiden“. Wenn also ein Leitmotiv, der „Weg als Ziel“ verbindlicher Gleichschaltung gegeben ist, sollte auch die „totalitäre Tautologie“ wieder möglich sein. „Vom Ziel her, von der Mission her, Gesellschaft in der Art von Sozialalchemisten zu gestalten, bedeutet den historisch bekannten Versuch, eine Utopie umzusetzen, die in der Verwirklichung zur Dystopie werden muß, weil die Wirklichkeit der Utopie das Bett des Prokrustes ist“.

So zutreffend diese Einschätzung ist, so erstaunlich erscheint der Verzicht auf den durchaus naheliegenden Schluß, daß die wirtschaftlich motivierte, islamisch betonte Zuwanderung eine realutopische Verwirklichung bedeutet, in der die

Fusion der „demokratischen“ Parteien und die Fusion der Staaten in der Europäischen Union unter wirtschaftsliberaler Ägide das Prokrustesbett zu einer komfortablen Lagerstatt der (elitären) Profiteure machten. Der Schluß liegt um so näher, als der Autor selbst die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus relativiert, denn „wenn bisher keine menschliche Gesellschaft existierte, die nicht Krisen produzierte, dann stellt die Krisenproduktion des Kapitalismus keine Besonderheit dieser Gesellschaftsform dar, sondern ist eine *anthropologische Konstante aller menschlichen Gesellschaften* (Kursivierung vom Verfasser). Während es von hier nur noch ein Schritt zur elitären Privilegierung ist, die im Machtgang systembedingte Krisen erzeugt, macht der Gedankengang des Artikels bemerkenswerterweise exakt an dieser Grenze Halt. „Das aber würde die wirkliche interessante Frage auf, welche Gesellschaftsform mit Krisen produktiv umzugehen versteht, in welchen Gesellschaften das ‚Krisenmanagement‘ konstruktiv und in welchen es destruktiv ist“.

Damit nicht genug, spannt der Gang der Debatte die Leser auf die Streckbank der gewalthaltigen Ismen und Logien, indem das künstliche Wachstum der Börsen durch die willkürliche Geldproduktion und das Risiko-Rating durch private Agenturen den Markt außer Kraft setzt. Da „die Krisentheorien ... eine Synthese aus Kapitalismus und Sozialismus anstreben, weisen (sie) zwei blinde Flecken auf, einen historischen und einen normativen“. Während der dritte, der faschistische, sozusagen „noch blinder“ ist, soll die Krisenrhetorik im Grunde obsolet sein, weil sie das Wesen der Krisen und ihre Funktion konstruktiver Entwicklung „verkennt“.

Indem die Große Transformation „in sich zusammenbricht, wenn ihr das Krisenargument genommen wird“, ist dem modernen Kulturwandel auch die Zumutung genommen, sich mit der Krisenproduktion und deren parasitären Erscheinungsformen konfrontieren zu lassen. Das trifft auch auf die Umstände des Reset zu, die die Begrifflichkeiten des *Shareholder und Stakeholder* manipulieren und gegeneinander ausspielen. O-Ton *Schwab*: „Wir brauchen ein Umdenken, den Übergang vom kurzfristigen zum langfristigen Denken, den Übergang vom Aktionärskapitalismus zur Verantwortung der Stakeholder. Ökologische, soziale und Good Governance müssen einen angemessenen Teil der Rechenschaftspflicht von Unternehmen und Regierungen darstellen“ (World Economic Forum, The Great Reset).

Darin kommt nicht vor, daß die „Good Governance“ die Krisenanfälligkeit, speziell durch die Hedge Fonds überhaupt erst verursacht hat (vgl. Raddatz, Der Absturz – 2007), so daß es weiter heißen kann: „Die Coronavirus-Pandemie stellt einen grundlegenden Wendepunkt (sic) auf unserem globalen Kurs dar. Einige Analysten sprechen von einem Scheideweg, andere von einer tiefen Krise ‚biblischen‘ Ausmaßes, das Ergebnis ist jedoch gleich: Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr“. Das hält die Systemanalyse freilich für einen Lapsus, denn sie geht ebenfalls von einer Wende, allerdings der systembedingten Art aus (s.o.), in der eine tiefe Korrektur überfällig ist und die Pandemie ohne Verschwörungsverdacht eine so formative wie unmenschliche Rolle spielen kann, aber keineswegs muß. Dies um so plau-

sibler, als die „Stakeholder“ nicht wie behauptet, Kunden, Lieferanten und Aktionäre, sondern die (primär westlichen) Steuerzahler und Konsumenten sind, deren Einkommen, Besitzstände und Gemeinwohl den globalen Kulturwandel finanzieren und die Super-Hausse zu einem so gigantischen wie garantierten Plusgeschäft für immer dünnere Eliten machen.

Es ist nun die Physiknähe des Vorgangs, die Menschen im Rahmen des Denkschwunds zu Funktionsmodulen reduziert und die statistische Korrektur, ein „Gesundshrumpfen“ des exponentiellen Wachstums der Weltbevölkerung möglich erscheinen läßt, zumal die zugleich digitalisierte Sozialkontrolle die überflüssigen Module eben nicht als Menschen, sondern als Entropie (Abfall) erkennt und auch die „alte“ Zinsfunktion des Geldes aus dem neokulturellen Ruder gelaufen ist und sich dabei – ob zufällig oder nicht – dem Zinsverbot des Islam annähert. Die professionellen „Säkularen“ unter uns mögen sich drehen und wenden, wie sie wollen – sie kommen nicht um die ihnen unangenehme Konsequenz herum, der monetären Gottesprothese nützlich zu sein und der abgelehnten Bibel zuzustimmen, die den Menschen bekanntlich längst bescheinigt hatte, nur einem von zwei Herren – „Gott oder Mammon“ – dienen zu können. Von diesem Verdacht läßt sich auch der Autor des in Rede stehenden Artikels nicht ganz freisprechen, weil er den Risikobegriff des Elitenprivilegs übernimmt, nach dem es die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus „eigentlich“ nicht geben soll: „Entzieht man dieses Axiom, bricht die Theorie von der Großen Transformation wie ein Kartenhaus zusammen“.

Das ist tatsächlich der Fall, wenn wie vorliegend verlangt, ein weiteres Kriterium bzw. Dogma erhalten bleibt: die Heilsordnung sich selbst regulierender Märkte. Wie dann der im Grunde gut gemeinte Anspruch erfüllt werden soll, die Transformation, „das folgenreichste und wirkmächtigste Schlagwort unserer Zeit“, in einen analytisch brauchbaren und für den wißbegierigen Leser hilfreichen Griff zu nehmen, bleibt im Dunkeln. Es trifft zu, daß sich das Schlagwort auf „Ökonomie, Geschichte, Politik der Gesellschaft, Soziologie“ bezieht; es trifft allerdings nicht zu, daß sich aus ihm „Nachhaltigkeit, Systemveränderung, klimaneutrale Gesellschaft und klimaneutraler Wohlstand ergeben“.

Da die „Wahrheit“ weder in der völligen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, noch in idealen Selbstheilungskräften der Märkte liegt, bringt der Anspruch, das Problem „in diesen Bereichen zu betrachten“, keine effektiven Ergebnisse. Dennoch soll er sich erfüllen „ökonomisch als Gemeinwohlwirtschaft, historisch mit den neuen Narrativen von Diskriminierung und Postkolonialismus, sozusagen als Geschichtsrevisionismus, politisch im Rahmen der sich ausweitenden Identitäts-, Migrations- und Klimapolitik, gesellschaftlich als Gerechtigkeitsdiskurs und Genderismus, soziologisch bezüglich des Problems der veränderten Struktur der Gesellschaft.“ Indem dies für den Autor „u.a. in die wichtige Frage mündet: Wer herrscht und wer wird beherrscht?“, kommt ein ernstes Defizit, zumindest eine mangelnde Distanz zum Thema zum Vorschein. Sie würdigt weder die unbeeinflussbare Tatsache, daß Ökonomie, Geschichte etc., von machtgerechten Vordenkern besetzt werden, noch die ebenso eherne Konsequenz, daß Gemeinwohl,

Diskriminierung, Gerechtigkeit etc. den zeitgemäßen, heute interkulturellen Kriterien folgen, die die Massenlenkung gegen jeden Widerstand absichern.

3. Krise, Gnosis und Kultur

Die „veränderte Struktur der Gesellschaft“ – immerhin die Moderne an sich – wird als Problem erkannt, aber keiner Analyse unterzogen, die die ohnehin überflüssige Frage nach Herrschern und Beherrschten erübrigen würde. Der Autor läßt keine Gelegenheit aus, den Kapitalismus von der Verantwortung für Krisen freizusprechen, und gerät wiederholt in die Nähe der tatsächlichen Machtverhältnisse, ohne die letzte Konsequenz zu ziehen; „Wir leiden nicht an dem, was ist, sondern an dem, was uns gesagt wird, was sein soll“. Zwar wird anerkannt, daß Krisen immer die Folge von Verteilungskämpfen, zuweilen auch von erzwungenem Wachstum, sogar von „schöpferischer Zerstörung“ (*J. Schumpeter*) sind, doch wird die naheliegende Frage umkurvt, warum und wie es zu der Krisenkette überhaupt kommen konnte. Zu dieser Scheuklappe trägt wiederum das Desiderat der Selbstregulierung bei, das seinerseits eine Kollateralfolge des Denkschwunds ist und das frühere Mittel des Arguments, damit allerdings auch denkende Menschen erspart.

Denn „Krisen sind im Kapitalismus Entwicklungstreiber. Krisen zerstören Hemmendes, Unproduktives und ebnen so dem Neuen, dem Produktiven den Weg. Was unter Krise verstanden und mißverstanden wird, ist eigentlich das Lebelement des Kapitalismus, die Selbstoptimierung. Andere Gesellschaftsordnungen gehen an ihren Krisen zugrunde, der Kapitalismus erneuert sich in ihnen“. Eher noch deutlicher – auch im Hinblick auf Abtreibung und Sterbehilfe als Impulse der Zuwanderung – plädierte Friedrich von *Hayek* (gest. 1992), Gründer der radikal-liberalen Mont-Pelerin-Gesellschaft, dafür, „nicht die Erhaltung aller Leben“ anzustreben, „weil es notwendig sein kann, individuelles Leben zu opfern, um eine größere Zahl von anderen Leben zu erhalten“ (F. Hinkelammert, Kritik der utopischen Vernunft, 101 – 1992).

Damit ist die Grundthese eines jeden Totalitarismus formuliert, die sich exakt in anderen Kontexten, z.B. im interkulturellen Bereich spiegelt. So erfahren wir, daß *Saladin*, bekannte Toleranzikone der islamophilen Aufklärung, den Massenmorden seiner Soldaten in schöpferischer Zerstörungsfreude beiwohnte: „Wie viele Ungläubige töteten sie, um dem Islam Leben zu geben ... wieviel Vielgötterei rissen sie nieder, um den Eingottglauben zu bauen“ (F. Gabrieli, Die Kreuzzüge aus arabischer Sicht, 185f. – 1973; Kursiv. v. Verf.).

Immer wieder spielt die „Ganzheit“ kollektiver Phänomene, der göttliche Rat-schluß ebenso wie die moderne Komplexität, die Rolle des Faszinosums, das vertreten von hinreichend befähigten Erleuchteten, dem Massenwillen den „richtigen“ Impetus verleiht. Denn in der Verbindung des „Neuen“ mit der „Weltordnung“ kommt das Grundmuster aller Religionen und Weltdeutungen in den Blick, die mit dem Neuen, Besseren, Wahren die jeweilige Vorgängerin verdrängen und mit mehr oder weniger Gewalt ein neues Zeitalter einläuten.

Als fundamentale Basis des „Aufstiegs und Falls“ der Epochen, sozusagen als überzeitliche Prägeform der Muster, erweist sich wie oben angedeutet, aus systemanalytischer Sicht die *Gnosis* (Wissen, Erkenntnis) geeignet, die zugleich auch die Matrix der Esoterik als Quelle des Wissens um die verborgene Einheit der Welt bildet. Hier wirken übernatürlich begabte Führungsmenschen, die sich von kosmischen Kräften beauftragt sehen, die von einem Demiurgen (Weltenbauer) defekt geschaffene Welt zu korrigieren und in eine „Neue Ordnung“ zu führen, die die gesamte Menschheit unter einem „Höchsten“ vereint.

Während das Prinzip der Beseitigung der alten Welt zugunsten einer Alternative den Islam geradezu idealtypisch kennzeichnet, sei daran erinnert, daß im Langzeit-Trend der Kultur-Evolution in Europa eine Variante entstand, die mit der GRIC-Kombination *graeco-romano-iudaeo-christo*-logischer Einflüsse die römische Herrschaft überwand und sich im Zuge der Verdrängung durch den Islam aus dem Orient auf den Westen konzentrierte. Über ein Jahrtausend lang wirkte diese in der Kirche organisierte Kombination (ca. 500 bis 1500) unter dem Zeichen des Kreuzes auf die ansässigen Völker zivilisierend ein und brachte zwischen profaner Militanz und transzendenter Erlösung ein welthistorisch relevantes Kultur-Unikat hervor, gegen das der Islam sich welthistorisch definiert.

Allmählich nachvollziehbar, entfaltete auch die Moderne gnostische Elemente, indem sie als Alternative zur kirchlich bestimmten Altkultur dieselbe zur falschen Weltansicht und den eigenen Entwurf zur neuen Pflichtlösung erklärte. Dies läßt sich natürlich weniger in der theologischen, sondern eher in der esoterisch-analytischen Literatur nachlesen. Aus deren Perspektive soll das neue Zeitalter „nicht das Ende des Christentums, sondern dessen Umformung in eine spirituellere und umfassendere Vision bewirken, die den ursprünglichen Intentionen des Stifters eher entspricht als der dogmatische Glaube der Kirchen. Ähnliche Sichtweisen gründen sich auf die Entdeckung der ‚gnostischen Bibliothek‘ von Nag Hammadi“.

„Deren Interpretation legt der öffentlichen Wahrnehmung nahe, daß die Sammlung bislang unbekannter bzw. kirchlich verbotener ‚Evangelien‘ (*Apokryphen* – d. Verf.) alternative Berichte über Jesu Leben und Lehren enthält und das Neue Testament „wenig mehr ist als eine völlig einseitige und daher irreführende Auswahl“. Daraus zogen und ziehen viele Teilnehmer an der Diskussion den Schluß, daß Jesus einst ein Gnosis-Lehrer war, „seine wahre Botschaft aber von den Kirchenvätern absichtlich verdunkelt und verfälscht wurde, um sie schließlich durch eine eigene anti-gnostische Theologie-Fabrikation zu ersetzen. Diese Perspektive könnte von der New-Age-Warte vermuten lassen, daß der historische Aufstieg des Christentums eine überzeitliche Fehlentwicklung war, die sich auf falsche Auslegungen und Darstellungen der jesuanischen Botschaft und Absichten gründeten“ (W. Hanegraaff, *New Age Religion and Western Culture*, 319 – 1996).

Das wird im weiteren angeblich bestätigt durch Selektionen passend erscheinender Denker wie Alchemisten, Gnostiker, Kabbalisten, Hermetiker etc., wobei auch die Esoterik keine Argumente braucht, weil sie sich durch den Einsatz intuitiver Spiritualität als der „Wahrheit an sich“ erübrigen. Es genügt die Feststel-

lung, daß das Dogma von Nizäa mit dem Beschluß des trinitarischen Gottes und dem anschließenden Aufstieg des Christentums „das erste Desaster“ und der Erfolg der cartesischen Mechanistik „das zweite“ repräsentiert. „Wir begegnen hier einem erstaunlichen Mangel an genauem, historischem Interesse. Man sucht vergeblich nach detaillierteren Beschreibungen der einschlägigen Prozesse. Alles was sich findet, ist eine Aufzählung allgemeiner „Richtig-Falsch“-Optionen mit offensichtlich polemischer Zielrichtung“ (Hanegraaff, a.a.O., 323 – Übers. v. Verf.).

Während dies den esoterischen Impetus in der strafbewehrten Gleichschaltung moderner Radikal-Systeme bestätigt, weist unser Gewährsmann auf die klärungsbedürftige Tatsache hin, daß das alternative New-Age-Denken „irrational“ wirken muß, weil es einerseits das kartesische Cogito verdammt, sich andererseits aber kaum auf die wissenschaftliche Seite der Neuzeit bezieht, aus der es kommt. Die Rationalität der klassisch-politischen Aufklärung bildet für die Esoteriker „kein Problem“, weil sie verschwiegen wird (324). Dieses Verfahren wiederholt sich im aktuellen „Kulturdialog“ und verfügt gemäß dem Kantischen Imperativ kategorisch, daß der Islam „kein Problem“ ist, weil er speziell – wie die Toleranz generell – „aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit herausführt“ (*Kant*) und damit ein Defizit abdeckt, das man im Islam *djahiliya* (= Unwissenheit, Barbarei) nennt.

Hier bleibt „der Status orientalischer Religionen entscheidend unbestimmt“, während „kaum überraschend die jüdisch-christlichen Traditionen um so spezieller diskutiert und härter verurteilt werden“. Das Verschwinden von Problemen verdankt sich natürlich der Einebnung relevanter Unterschiede, die mit Denk- und Sprechverboten von der Deutungsmacht ausgeht und deren Freiheit von Rechtfertigungen garantiert. Diese ist wiederum durch den „Ersten Stein“ der christlichen Zeitenwende in Frage gestellt, der die Macht so lange nicht aus der Schuld am Übel der Welt entläßt, wie sie das Naturrecht des Humanum mißachtet (s.o.).

Welche Machtdimension sich seit der Aufklärung entfaltet, kann nicht nur an den Erfolgen der Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch an der Esoterik der politischen Extreme studiert werden, die dem Maßstab der „Ganzheit“ folgen und damit der Transformation eine spezifische Familienähnlichkeit mit dem Islam verleihen. Sie steigen nicht nur in den Dihad gegen das jüdisch-christliche Feindbild ein, das sie mit dem Koran teilen, sondern reagieren aufgrund des Exklusionsdogmas um so härter, je kleiner die einzuschließenden Minderheiten werden und je größer das Problem der auszugrenzenden, intoleranten Abweichung wird. Mit dem genderwidrigen Beharren auf dem eigenen Geschlecht ziehen sich die Heterosexuellen heute eine ins Mytho-Magische gesteigerte Aggression zu, die sich nicht nur in den alpha-männlich dominierten Horden-Status der Natur-Evolution rückabwickelt.

Da die Regression nicht abschließbar ist und das bis heute nicht als faßbar erforschte Bewußtsein erfassen will (s.u.), weitet sich der resultierende Zwang in das endlich Transzendente aus und geht auf Ultra-Ursprünge des SSS-Formats – *Sündenfall, Sintflut, Sodom* – zurück. Sie auszuloten, ist den „Humanwissen-

schaften“ verboten (Günter Dux. Die Moral in der prozessualen Logik der Moderne, Einleitung – 2004), was umso konkreter die Betrachtung aus systemischer Distanz herausfordert.

Denn die christliche Kultur des Fische-Äons basiert auf der Wechselwirkung *Sündenfall – Erlösung*, die von der Esoterik-Warte dem Programm-„CHIP“ aus *Collectivism, Hetero-Nomism, Intolerance, Patriarchalism* folgt (ebd.,318f.) und nur vom Wassermann-Äon (*Age of the Aquarius*) durch den „Fall aus der alten Sünde“, durch die alternative Erlösung von der mißlungenen, schlicht falschen Kultur überwunden werden kann. In der Geschichte der Esoterik spielt dieser „Gegenfall“, der gnostische Aufstieg zum kosmischen Antigott, in der Tat eine ultra-revolutionäre Rolle, die sich gegen humane, kultur-evolutionäre Ethikbegriffe stellen muß und an Sokrates und Jesus menschheitlich relevante Macht-Exempel statuierte. Eine zutreffende Vorstellung von der umfassenden Dimension der gnostischen Weltreligion vermittelt das „Lese- und Arbeitsbuch der Gnosis“ (Hrsg. P. Sloterdijk / T.H. Macho), das auf über 1000 Seiten mit einer Fülle von Beiträgen zu allen formativen Epochen aufwartet.

Dabei kommt die Gnosis des Mega-CHIP etwas zu kurz (s.o.), der das Antigenom der Neo-Kultur auf selbstlaufende Funktionsvernetzung und digitale Kontrollierbarkeit programmiert und zunehmende Ähnlichkeit mit einer chemophysikalischen Gleichschaltung der Teilchen-Wanderung zum Pluspol und/oder einer ergodischen Bahnung (*Ergodik* = Arbeit am Zufall) in einem quantendynamischen Kraftfeld entfaltet. Die Vergleiche bestätigen sich im rasanten Fortschritt der funktionalen Arbeits- und Konsum-Vernetzung, der in den Kurven der globalen Meta-Sektoren *Bevölkerung-Börsen-Verschuldung* seinen exponentiellen Ausdruck findet (s.o.) und sowohl statistisch als auch realpolitisch nach einer Korrektur verlangt.

Dies freilich nur aus der deduktiven Faktensicht der Altkultur, während die induktive Perspektive des modernen Fortschritts in den sozialen Verwerfungen der Globalisierung die Vorphase eines weiteren Systemsprungs auf eine neue Existenzebene erkennt. Da es nur die eine Richtung gibt und eine Korrektur, weil „artfremd“, außerhalb jeder Denkmöglichkeit liegt, kann nur eine Maßnahme innerhalb der Gegenkonzeption in Frage kommen, die man denn auch systemgerecht „Reset“ nennt.

4. Herren und Knechte

Zwar scheint der Artikel auch den Systemaspekt abzudecken, doch bleibt dessen spezifische Eigenschaft zwischen linearen und nichtlinearen Phasen, Notwendigkeit und Zufall, kraft des Krisendogmas (s.o.) eher unbelichtet. „So gesehen bilden die Krisen die Norm jedweder Gesellschaft, sie sind Entwicklungsstimulantien, Entwicklungsauslöser. Mehr noch, ich sehe sie als Unfähigkeit, auf einer bestimmten gesellschaftlichen Stufe, in einem bestimmten System zu einem Ausgleich zu kommen, die daher eine Weiterentwicklung des Systems erzwingen. Haben wir es mit einem dynamischen System wie dem Kapitalismus zu tun, folgt eine Weiterentwicklung, ein statisches System wie der Sozialismus wird

von Krisen zerstört. Der Unterschied besteht, wofür Polanyi vollkommen blind ist, in der Freiheit des Marktes“.

Wofür nun allerdings unser Autor nicht vollkommen., aber weitgehend blind ist, liegt in der fatalen Kollaboration von Staat und Markt, die sich ihrerseits nicht statisch darstellt, sondern in einem dynamischen Vexierbild die Dominanzverhältnisse ändert, mal zugunsten des einen, mal des anderen. Seit den fundamentalen CCC-„Reformen“ (*constructivistic-cognitive-cultural*) der 1970er Jahre, die man zeitweilig sogar als „kopernikanisch“ empfand, und der anschließenden Wende zur Service-Gesellschaft und Angebots-Wirtschaft ist der Staat der „Knecht“ des Marktes, der denn auch dessen Souveränität allmählich auflöst und in neo- imperiale Strukturen der überwunden geglaubten Radikal-Vergangenheit überführt – zu verfolgen in der Mega-Retorte der EU-Einigung.

Der Autor bleibt innerhalb der machttechnischen Asymmetrie, deren Führungsakteure in Extremphasen krisenhafter Machtausuferungen irrational bis archaisch erscheinende Denk- und Verhaltensformen vormoderner Entwicklungsstadien annehmen, die „an Naturvölker erinnern“ (*John Searle*). Insofern die Erleuchteten ihren Obskurantismus auf die Masse allgemein und ihre Gegner speziell projizieren, und beiden ernste Konsequenzen androhen, bleibt auch der Artikel dem Liniendenken verhaftet. Denn die dort vertretene Affinität zum Wirtschaftsliberalismus projiziert ihre Unheilsahnungen unrealistisch auf diejenigen, die vertreten, was nicht sein sollte, aber die Realität des obwaltenden Globalismus bildet: den Staat und das Staatsvolk als Knechte einer kollektiv geldnormierten Wirtschaft, die in ein neues Imperium driftet.

Erneut wird das Dilemma des asymmetrischen Hirten-Herde-Hebels nicht beim Namen der systemisch angelegten, anthropologisch unausweichlichen Ungerechtigkeit genannt, und somit die Krise als „Letztbegründungszwang“ und „Religionsersatz“ mißverstanden. Man braucht weder Philosoph, noch Christ zu sein, um die menschheitlich relevante Bedeutung der Macht-Märtyrer *Sokrates* und *Jesus* und ihre Ironien zu würdigen. Deren Zeitlosigkeit kündigte den totalitären Obskurantismus einer ausufernden Moderne schon mit *Napoleon* an, sagte mit Machtkritikern des 19. Jahrhunderts die katastrophalen Folgen der *Kant-Hegel-Philosophien* voraus und läßt in aktuell-faschistischer Fusion von Kapitalismus, Sozialismus, Islam und digitaler Intelligenz eine biotechnische, nichtmenschliche „Vollendung“ erwarten.

Das alles will unser Autor natürlich nicht, sondern nimmt es unfreiwillig in Kauf, solange die Krise, wie es ausdrücklich heißt, „mit dem Kapitalismus nichts zu tun hat“. Es trifft dagegen zu, daß dem Marxismus und Linksliberalismus „ein großes metaphysisches oder religiöses Bedürfnis innewohnt, ein innerweltliches Erlösungsstreben“. Das betrifft ganz „natürlich“ auch die anderen Meta-Strömungen der Moderne, den Nazismus und Interkulturalismus, den neomythischen Technizismus und Genderismus, die allesamt die jüdisch-christliche Human-Ethik bekämpfen und in der Verarmung des Denkens und Stereotypisierung des Verhaltens eine quasi-physikalische Rückkehr zur Ganzheit im gnostischen „Höchsten“ betreiben.

Die Betriebsanleitung liegt in der uralten, auf den Orient zurückreichenden Tradition der ordinierten Esoterik begründet, die eine ultimative, allerdings auf die Eliten und ihre schöpferische Zerstörung beschränkte „Erlösung“ verspricht und hinsichtlich ihrer kulturkehrenden Bedeutung eine gesonderte Darstellung erfordert. Die weltpolitische Dimension des Vorgangs bestätigt sich in den Imperativen der dominanten Zwänge im Macht-Masse-Modus, die der akademische Diskurs, geschweige denn die aktuelle Politik im eigenen Interesse nicht offen diskutiert, nicht diskutieren kann.

Denn es geht um jenes eingangs erwähnte, mysteriöse Datenkontinuum des systemischen Dilemmas, in dem „über das zu schweigen ist, über das man nicht reden kann“ (*Ludwig Wittgenstein* – gest. 1951), die formative, magisch ergänzte Dreiheit aus Mytho-Mystik, Sophistik, Rhetorik, die sich mit der Technik, Metaphorik und interkulturellen Dialektik zur Matrix der Moderne verbindet. Um so grundlegender kommt der jesuanische „Erste Stein“ der Machtschuld an den Übeln der Welt zum zeitenwendenden Ausdruck, an dem sich, solange es denkende Menschen gibt, alle Mächte der Welt, den Djihad des Islam eingeschlossen – besonders spektakulär die aktuell-vatikanische Gleichung Gott = Allah (2016) – die Zähne ausbeißen.

Ein Beitrag zur esoterischen „Erlösung“ hätte an deren Gegenentwurf zum abgelehnten, jüdisch-christlichen Sündenfall-Erlösungs-Prinzip anzusetzen, womit die Theologie in keiner Weise kritisch tangiert ist. Denn er zieht zunehmend einschneidende, unstrittige Polit- und Sozial-Konsequenzen der Machtausuferung nach sich, die die Zeitenwende des „Ersten Steins“ gegen Machthybris, Geldgier und Frauenfeindschaft bestätigen und in der globalen „Reset“-Gegenwart einen quasi-religiösen Neo-Totalitarismus mit einem zusätzlichen, von der Pandemie „inspirierten“, apokalyptischen Anstrich anbahnen. Daran hat allerdings die „pluralistische“ Nachkriegs-Theologie beider Kirchen einen gewissen Anteil, den ihre Vertreter und nicht, wie die Gläubigen des einträglichen Diskurs- und Dialog-Betriebs reflexhaft wiederholen, die kritisch-skeptischen „Abweichler“ zu verantworten haben.

In der Abwehr der „alten“ Ethik, unter den Zwängen interkulturell nivellierten „Denkens“, kommt die Umkehrlogik der Moderne mitsamt ihrer eingebauten Selbstradikalisierung zur Geltung, die sich seit der Aufklärung verstärkt transformiert und in der Beschleunigung ihre „Resets“ in demgemäß verkürzten Abständen verordnet. Mithin versteht sich, daß die Botschaft der Systemanalyse entsprechend stringent auszugrenzen ist, weil diese vom Humanum als Kennzeichen des Menschen an sich sowie vom Naturrecht auf individuell denkende Existenz als universalen Maßstäben der elitären Machtverantwortung ausgeht.

Dr. Hans-Peter Raddatz, Orientalist und Finanzanalytiker, ist Autor zahlreicher Bücher über die moderne Gesellschaft, die Funktionen der Globalisierung und den Dialog mit dem Islam.

